

<i>Erneuerbare-Energien-Gesetz: Novelle ganz im Sinne der Stromkonzerne</i>	36
<i>Geplante Freihandelsabkommen: Konzerninteressen ersetzen Demokratie</i>	40
<i>Degrowth-Konferenz in Leipzig: Wachsende Kritik am Wirtschaftswachstum</i>	44



Das ÖDP-Journal
Nr. 164 November 2014

Ökologie Politik



Digitalisierung des Alltags, Teil 2

UMSCHAU

Ökolumne: zur Nitratbelastung	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: DIGITALISIERUNG DES ALLTAGS, TEIL 2

Über Dave Eggers' Roman „Der Circle“ Ein Leben in der Transparenz-Hölle von Günther Hartmann	10
Zerstreuung versus Konzentration „Nichtstun wird als bedrängend empfunden“ Interview mit Pater Prof. Dr. Stefan Bauberger SJ	16
Elektronische Medien aus pädagogischer Sicht Medienökologie statt Medienhype von Uwe Buermann	18
Gesundheitsgefahren durch Mobilfunk Dauerstrahlung, Dauerstress, Burn-out von Peter Hensinger	22
Schutzmaßnahmen und technische Alternativen Wie sich Gesundheitsrisiken reduzieren lassen von Jörn Gutbier	28

DEMOKRATIE

Reform des Wahlrechts Jugendliche wollen wählen, denn es geht um ihre Zukunft von Felix Finkbeiner und von Dr. Johannes Resch	34
--	----

ENERGIEPOLITIK

Zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) Sonnensteuer statt Steuern in Richtung Zukunft von Dr. Michael Stöhr	36
---	----

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Zu den geplanten Freihandelsabkommen Bestimmen künftig Konzerne unsere Gesellschaft? von Hermann Striedl	40
Postwachstumstreffen in Leipzig Wachsende Kritik am Wirtschaftswachstum von Pablo Ziller	44

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Sebastian Frankenberger	47
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	49
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	51
Verbände	52
Neues aus der ÖDP von Pablo Ziller	58
Nachruf auf Michael Bettinger von Agnes Becker	59
Presseticker	60
Leserbriefe	62
Impressum	63

Foto: Günther Hartmann
Titelfoto: GREAT/ISTOCK/SHUTTERSTOCK.COM

Liebe Leserinnen und Leser,

in seinen „Regeln zur Unterscheidung der Geister“ nennt Ignatius von Loyola, Begründer des Jesuitenordens, als Erkennungsmerkmale für die „bösen Geister“ unter anderem: permanente Überlastung und Überforderung, Hast und Hektik. Seine Regeln stellte er auf, damit sich Menschen besser orientieren und klare Entscheidungen auf ihrem Lebensweg treffen können – klare Entscheidungen für ein gutes Leben, für ein gelungenes Leben. Gut ist eine Entscheidung, wenn sich ein Gefühl von Freiheit, Zufriedenheit, Freude und Frieden einstellt. Schlecht ist sie, wenn trotz anfänglicher Genugtuung oder Befriedigung letztlich ein Gefühl von Unfreiheit, Unzufriedenheit, Leere und Erschöpfung entsteht.

Unfreiheit, Überlastung, Überforderung, Hast, Hektik, Erschöpfung – das sind Schlagworte, die auch in diesem Heft auftauchen. Es dreht sich wie das letzte um die „Digitalisierung des Alltags“. Diese verändert die Welt, formt unser Denken und Fühlen, unsere Persönlichkeit und unsere Gesellschaft. Die Informationsflut wird immer größer und die Qualität der Inhalte immer seichter. Häppchenweise konsumierbar müssen Informationen heute sein, so geglättet, dass sie sich problemlos immer schneller durch die digitalen Kanäle jagen lassen. Die Folge ist eine geistige Verarmung und eine allgemeine Konformisierung.

Irritierend ist, auf welche große Zustimmung, ja Begeisterung diese Veränderungen stoßen. Warum ist das so? „Jedes Zeitalter hat seine Leitkrankheiten“, beginnt der in Berlin lehrende Philosoph Byung-Chul seinen Essay „Müdigkeitsgesellschaft“. Das 21. Jahrhundert sei nicht mehr bakteriell oder viral bestimmt, sondern neuronal. Während der Kampf gegen Bakterien und Viren nach einem einfachen Freund-Feind-Schema mit „Strategien der Negation“ verläuft, geht die Bedrohung heute von einem „Übermaß an Positivität“ aus. Überproduktion und Überkommunikation rufen – wie ein Zuviel an Fett – keine Immunreaktionen hervor. So ist der heutige Mensch Täter und Opfer, Herr und Knecht zugleich.

Um aus diesem Teufelskreis herauszukommen, braucht unsere Gesellschaft einen wachen Verstand, eine klare Wertorientierung, Mut und Entschlossenheit – kurz: das, wofür die ÖDP seit jeher steht.

Es grüßen Sie herzlich

Günther Hartmann

Pablo Ziller



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

zur Nitratbelastung

Seit 2006 steigt in einigen Regionen in Norddeutschland der Nitratgehalt im Grundwasser immer weiter an. Das ist gesundheitsgefährdend. Kinder, die dieses Wasser trinken, können lebensgefährliche „Blausucht“ bekommen: Sauerstoffmangel im Blut. Bei Erwachsenen trägt zu viel Nitrat im Trinkwasser zum Krebsrisiko bei.

Aber es gibt auch weitere Risiken im Grundwasser. Neben Nitrat

Gegenden verdünnt wird. Vor 30 Jahren waren steigende Nitratgehalte ein großes Problem. Damals wurde massiv Stickstoff auf die Äcker gekippt. Inzwischen hat man gelernt, durch gezielte Düngung Nitrat einzusparen.

In vielen Regionen hat es seit 2006 einen massiven Zubau von Biogasanlagen gegeben, vor allem in Regionen mit intensiver Tierhaltung. Mit dem Güllebonus bezu-

zuführen, denn wir hatten sie bis vor wenigen Jahren. Im Jahr 2007 wurde dieses wichtige Instrument abgeschafft. Damit erfasste jeder Hof, ob die Pflanzen auf dem Feld den ausgebrachten Dünger vollständig aufnehmen. Nun soll diese Verordnung für größere Betriebe mit hohem Viehbesatz ab 2018 wieder eingeführt werden.

Lange sträubte sich die Bundesregierung gegen die notwendigen Änderungen der Düngeverordnung. Ende August gab nun Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) seinen Verordnungsentwurf in die Diskussion. Die Bundesregierung muss der EU-Kommission gegenüber eine Stellungnahme zum Vertragsverletzungsverfahren nach Brüssel abgeben.

Noch Anfang 2014 hatte das Bundesagrarministerium eine solche Vorschrift abgelehnt. Der Bauernverband ist gegen eine solche Änderung. Für Agrarflächen, die eine bestimmte Neigung haben, sollen strengere Regeln gelten, damit die Gülle nicht weggeschwemmt wird. Die EU fordert ein Totalverbot der Düngung ab einer Hangneigung von 15%. Das lehnt die Bundesregierung wegen des Weinbaus und Bergweiden an Hängen ab. Die Nitratbelastung im Grundwasser wird so auch weiterhin ein kritisches Thema bleiben.



Foto: Ruth Rüdolf / pixelio.de

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Atomausstieg für Konzerne profitabel

Die letzten Jahrzehnte erhielten die Atomkonzerne etwa 210 Mrd. Euro Subventionen. Durch die beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke können sie weitere 200 Mrd. Euro Gewinne erzielen. Doch bald wollen sie sich aus dem Staub machen und die weiteren Kosten dem Steuerzahler zuschieben. Bisher haben sie dafür nämlich nur 36 Mrd. Euro an Rückstellungen gebildet – für den Abriss von über 100 Reaktoren und die Entsorgung des Atommülls. Wenn dieses Geld verbraucht ist, wird der Staat einspringen müssen, denn er hat zugelassen, dass die Energiekonzerne den Betrieb an Betreibergesellschaften auslagern. Die Beherrschungsverträge und damit die Haftung laufen 2022 aus.

» www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/Atomausstieg100.html



Peter von Bechen/www.pixelio.de

Globaler CO₂-Ausstoß steigt weiter an

Auf über 35 Mrd.t stieg im Jahr 2013 der weltweite CO₂-Ausstoß aus der Verbrennung fossiler Energieträger an. Das sind 1,9% mehr als im Vorjahr und seit der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009, als er bei 31,1 Mrd.t lag, der fünfte Anstieg in Folge. Spitzenreiter im Länderranking ist China mit 9,5 Mrd.t (2012: 9,1 Mrd.) vor den USA mit 5,9 Mrd.t (5,8 Mrd.), Indien mit 1,9 Mrd.t (1,8 Mrd.), Russland mit 1,7 Mrd.t (1,7 Mrd.), Japan mit 1,4 Mrd.t (1,4 Mrd.) und Deutschland mit 0,84 Mrd.t (0,82 Mrd.).

» www.cerina.org/co2-2013

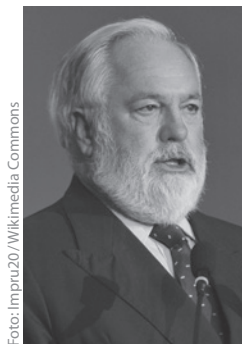


Foto: Impruz20/Wikimedia Commons

Kritik am neuen EU-Energiekommissar

Miguel Arias Cañete wird der neue EU-Kommissar für Energie und Klima. Er war bis zu seiner Wahl ins Europaparlament spanischer Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt – und bis 2012 Präsident der Ölfirma „Petrolífera Ducar“.

Umweltschützer kritisieren seine engen Verflechtungen mit der Ölindustrie, weshalb nicht zu erwarten sei, dass er sich für den Schutz des Klimas und für eine Energiewende einsetzen werde. Zudem sorgte er während seiner Amtszeit in Madrid für eine Erleichterung des Frackings.

» www.energiezukunft.eu → Suche: Cañete

Neue Runde in der Gen- und Giftspirale

Das US-Landwirtschaftsministerium hat sich dafür ausgesprochen, weitere gentechnisch veränderte Mais- und Sojapflanzen zuzulassen, die gegen bestimmte Herbizide resistent sind. Da jedoch in den USA inzwischen viele Unkräuter gegen die meisten Herbizide widerstandsfähig geworden sind, entwickeln die Agrochemie-Konzerne immer neue Pflanzen, die andere Herbizide vertragen. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis sich auch hier die Natur anpassen wird – während der Giftcocktail für Menschen und Tiere immer gefährlicher wird. In den USA beträgt der Marktanteil von Gen-Soja 94%, der von Gen-Mais 93% und der von Gen-Baumwolle 96%.

» www.keine-gentechnik.de → Nachrichten → 13.08.2014



Foto: Guenter Hamich / pixelio.de

Die Gärreste, die in Biogasanlagen entstehen, bringen die Landwirte aufs Feld aus.

Das führt zu einer massiven Überdüngung.

als Folge von Düngung stellen die Experten mittlerweile auch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sowie von Tierarzneimitteln im Grundwasser fest. Der Grenzwert der Trinkwasserverordnung liegt bei 50 mg Nitrat pro Liter Wasser. 60% des Grundwassers in Niedersachsen sind stark mit Nitrat belastet. Mehr als die Hälfte der anfallenden Gülle muss in andere Landesteile verbracht werden. Über Güllebörsen wird nach Flächen gesucht, die noch Nährstoffe gebrauchen können.

Auch in Nordrhein-Westfalen und Bayern gelingt die Trinkwasserversorgung nur noch, indem über zusätzliche tiefe Brunnen das Rohwasser mit Wasser aus anderen

schusste die Bundesregierung die Verwendung von Gülle in einer Biogasanlage. Das hat zu einer Konzentration von Biogasanlagen in Regionen mit vielen Ställen geführt. Die Gärreste, die in Biogasanlagen entstehen, bringen die Landwirte zusätzlich zur Gülle aus den Ställen aufs Feld aus. Das führt zu einer massiven Überdüngung, die die Nitratwerte im Grundwasser weiter ansteigen lässt.

Etwa 70.000 Euro kostet es, wenn Gärreste aus einer 500-kW-Anlage über viele Kilometer abtransportiert werden müssen. Deutschland setzt die EU-Nitratrichtlinie nicht richtig um. Im Grunde wäre es überhaupt nicht schwer, die von der EU geforderte „Hoftorbilanz“ ein-

Zensur beim Bericht über Klimawandel

John Broome, Ethik-Professor an der Universität Oxford, Autor eines Standardwerks über moralische Fragen des Klimawandels, vor drei Jahren vom IPCC in das Autorenteam für den 5. Sachstandsbericht berufen, berichtet nun ausführlich, wie die Ergebnisse seiner Arbeitsgruppe der Zensur zum Opfer fielen. Die Zusammenfassung des Berichts unterlag nämlich einer umfangreichen Mitsprache von Vertretern der Regierungen.

» www.klimaretter.info → Suche: Broome



Foto: Verena Berk / www.pixelio.de

Verkehrsaufkommen soll deutlich wachsen

Das Bundesverkehrsministerium veröffentlichte eine Studie, die kräftige Zuwächse des Verkehrs in Deutschland prognostiziert. Gegenüber 2010 wird der Güterverkehr (Tonnen-km) um 38 % zunehmen, der Personenverkehr (Personen-km) um 13 %. Beim Güterverkehr macht sich die weiterhin hohe Dynamik des internationalen Handels bemerkbar, aber auch der Binnenverkehr wächst stark an. Die Bahn wird mit 43 % den stärksten Zuwachs bei der Verkehrsleistung haben, gefolgt von den Lkw mit 39 % und der Binnenschifffahrt mit 23 %.



Grafik: BMVI

Auch der Pkw-Verkehr wird um 10 % zunehmen – trotz abnehmender Einwohnerzahl. Mit einem Anstieg um rund 65 % ist beim Luftverkehr zu rechnen.

» www.bmvi.de → Suche: Verkehrsprognose

Konzerne sponsern Parteien mit Tricks

Nur noch vier Großspenden gab es 2014 offiziell: an die CDU 100.000 Euro von Daimler und 55.000 Euro von der Metall- und Elektroindustrie, an die CSU 143.000 Euro von BMW, an die SPD 100.000 Euro von Daimler. Doch natürlich haben die anderen Konzerne und Lobbyorganisationen ihre Zuwendungen an die Parteien nicht eingestellt, sondern nur besser getarnt: Durch teure Werbeanzeigen in den Mitgliederzeitschriften der Parteien oder hohe Standmieten auf Parteitagungen wechseln Millionenbeträge die Seite und lassen sich als Betriebsausgaben sogar von der Steuer absetzen – gut verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit. Schon 2012 hatte die ARD-Sendung „Monitor“ in ihrem Bericht „Sponsoring – Einblicke in das Schattenreich der Parteienfinanzierung“ auf diesen Trick hingewiesen.

» www.abgeordnetenwatch.de/blog → 19.09.2014
 » www.youtube.com → Suche: Monitor Sponsoring



Screenshot: www.youtube.com

Riesige Plastikmüllteppiche auf den Weltmeeren

In den Weltmeeren treiben derzeit über 100.000.000 t Plastikmüll. Und der wird von den dort lebenden Tieren versehentlich geschluckt. Im Bauch eines Pottwals fanden Forscher 30 m² Plastikpläne, 4,5 m Plastikschlauch, 9 m Kunststoffleine und 2 Blumentöpfe. Das Material ist tief in unser ökologisches System eingedrungen. Und seine Zusammensetzung und seine langfristigen Auswirkungen sind noch weitgehend unbekannt. Bekannt ist allerdings, dass 100.000 Schildkröten, Meeressäuger

und Seevögel jedes Jahr qualvoll daran verenden. Das Video „It's a Plastic World“, eine Gemeinschaftsproduktion mehrerer Umweltschutzorganisationen, klärt nun darüber auf.

» www.itsaplasticworld.com/movie-deutsch

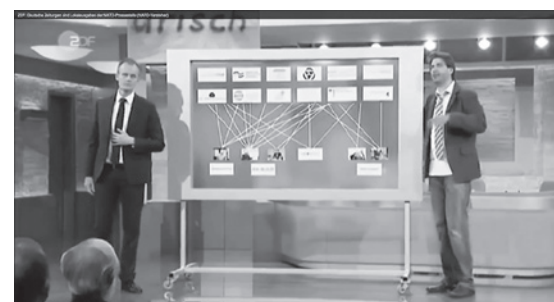


Screenshot: www.itsaplasticworld.com

„Zeit“-Journalisten verlieren Klage gegen „Die Anstalt“

Josef Joffe und Jochen Bittner, Journalisten der Wochenzeitung „Die Zeit“, klagten gegen das ZDF und dessen Satiresendung „Die Anstalt“. Die hatte lukrative Mitgliedschaften deutscher Top-Journalisten in mit der NATO verflochtenen Instituten und Stiftungen in einem Netzdiagramm erläutert. Zwar musste Joffe Mitgliedschaften eingestehen, fühlte sich aber wegen der vergrößerten Darstellung diffamiert und in seiner Berufsehre verletzt. Die Klage scheiterte. Das Landgericht Hamburg hob die einstweiligen Verfügungen wieder auf. Die Behauptung, „Joffe sei Mitglied, Beirat oder Vorstand von acht Organisationen, die auf einer Schautafel in der Sendung ‚Die Anstalt‘ von 2014 im ZDF genannt wurden“, ist nun wieder erlaubt, ebenso die zwischenzeitlich verbotene Behauptung, „Bittner habe im Zusammenhang mit der Rede des Bundespräsidenten Gauck vor der Münchner Sicherheitskonferenz für den Bundespräsidenten geschrieben“.

» www.youtube.com → Suche: ZDF Nato-Versteher



Screenshot: www.youtube.com

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Stopp dem Stopfen

Die Produktion von Stopfleber gehört zum Grausamsten, was sich der Mensch im Umgang mit den Tieren hat einfallen lassen. Gänsen und Enten lange Rohre in den Hals zu stopfen und ihnen Futterbrei direkt in den Magen zu pumpen, ist so quälerisch, dass sogar das relativ schwache EU-Tierschutzrecht diese Vorgehensweise verbietet. Doch dieses Verbot wird in einigen EU-Ländern nicht umgesetzt. Und die EU-Kommission bleibt untätig, während Millionen Tiere leiden. Trotz einer Fülle von wissenschaftlichen Belegen, eingereichten Beschwerden und unzähligen Stunden Lobbyarbeit hat sich an der Situation der Enten und Gänse kaum etwas geändert. Fordern Sie bitte die EU-Kommission auf, möglichst bald möglichst wirkungsvolle Schritte einzuleiten.

Schreiben Sie bitte an die:

European Commission/DG Environment
 Rue de la Loi 200
 B-1049 Brussels

Frieden gefährdet bayerische Arbeitsplätze

Deutsche Konzerne haben 2013 Rüstungsgüter im Wert von 5,8 Mrd. Euro exportiert – 1,14 Mrd. Euro mehr als 2012. 62 % gingen in Länder außerhalb der EU und der NATO. Damit liegt Deutschland nach den USA und Russland auf Platz 3 der Weltrangliste der Rüstungsexporteure. Dass dies auch so bleibt, dafür setzt sich der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer ein – und stört sich nicht daran, dass ein großer Teil der Waffenexporte an zwielichtige Regimes geht. Es stört ihn deshalb nicht, weil an diesen Exporten zehntausende bayerische Arbeitsplätze hängen. „So unverfroren wie Seehofer hat schon lang niemand mehr moralische Bedenken weggeräumt und die geltenden Richtlinien für Rüstungsexporte quasi als Geschwätz deklariert“, schrieb dazu Heribert Prantl in einem bissigen Kommentar in der Süddeutschen Zeitung.

» www.sueddeutsche.de → Suche: Bewaffnete Ehrlichkeit

Bücher

Konsum

Caspar Dohmen
Otto Moralverbraucher
 Vom Sinn und Unsinn engagierten Konsumierens
 Orell Füssli, April 2014
 224 Seiten, 18,95 Euro
 978-3-280-05521-2



Mit einem Streifzug durch die Geschichte des Boykotts beginnt das Buch. Die erste dokumentierte Kaufverweigerung war Ende des 18. Jahrhunderts, richtete sich gegen die Sklaverei und boykottierte Zucker. Über die amerikanischen Bürgerrechtsbewegung bis zu den heutigen Aktionen gegen ausbeuterische Praktiken in der Textilindustrie reichen die Beispiele, in denen Konsumenten Unternehmen zu teils erheblichen Veränderungen zwangen. Allerdings waren diese Erfolge nicht immer dauerhaft oder wurden oft von betroffenen Unternehmen wieder unterwandert. So stellt sich die Frage, ob engagierter Konsum manchmal nicht auch unsinnig ist. Am Beispiel des Fair-Trade-Kaffees zeigt Dohmen, wie sich eine neue Kampagne erfolgreich etablieren lässt, aber auch, welche Probleme auftreten können. Dass „kein Konsum“ noch besser ist als „engagierter Konsum“, kommt ebenso zur Sprache wie Aspekte nachhaltiger Geldgeschäfte und das Konzept des Grundeinkommens. (jw)

Lebensstil

Sarah Schill
Anständig leben
 Mein Selbstversuch rund um Massenkonsum, Plastikmüll und glückliche Schweine
 Südwest, März 2014
 224 Seiten, 14,99 Euro
 978-3-517-08991-1



Sarah Schill geht es wie so vielen von uns: Sie fragt sich, wie es mit dieser Welt weitergehen soll, wenn wir unseren derzeitigen Lebensstil fortführen. Deshalb startet sie in drei Schritten einen

mutigen Selbstversuch nach dem Motto „Raus aus der Komfortzone!“. Vegan, plastikfrei und aktiv will sie leben – und geht die Sache dabei ganz naiv an. Immer wieder (ver)zweifelt sie, gibt aber nicht auf, trotz des regen Unverständnisses in ihrem Umfeld. Die vegane Ernährung bekommt sie gut in den Griff. Viel schwerer ist das plastikfreie Leben. Aktiv bleibt sie stets, auch deshalb ist ihr Buch so lesenswert und bietet aus einer sehr persönlichen Sicht einen ermutigenden Gesamtüberblick über die Fragen eines ökologischen Lebensstils in der Gegenwart. Ob Mülltauchen oder das hautnahe Miterleben einer Schlachtung: Für nichts ist sie sich zu schade. Leider blendet sie die politische Ebene des individuellen Handelns zu sehr aus. Dennoch ist das Buch eine hervorragende Lektüre, besonders auch für Skeptiker und Zweifler am „anständigen Leben“. (pz)

Gerechtigkeit

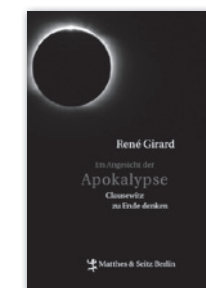
Ched Myers, Peter Hiltner
Genug für alle
 Vision Sabbat-Ökonomie
 Selbstverlag, Juli 2014
 120 Seiten, 6,00 Euro
 peter.hiltner@oedp.de



Der „Sabbat“ steht im Alten Testament für eine unermüdlich eingeforderte soziale und ökologische Gerechtigkeit. Im Unterschied zur „Toleranz“ der heutigen neoliberalen Wirtschaftspolitik gegenüber explodierendem Reichtum und zerstörerischer Armut ging das Alte Judentum immer davon aus, dass es ein Zuviel und ein Zuwenig gibt – und dass es zwischen beiden einen Ausgleich geben muss. Diesem Gedanken spürt das Buch nach und zeigt auf, was dessen Ernstnehmen für unsere heutige Gesellschaft bedeutet. (gh)

Krieg

René Girard
Im Angesicht der Apokalypse
 Clausewitz zu Ende denken
 Matthes & Seitz, Juli 2014
 388 Seiten, 39,90 Euro
 978-3-88221-388-1

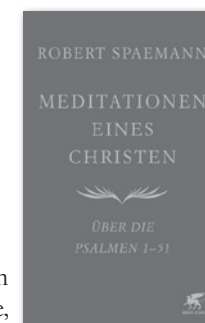


Für den durch seine umfassende Analyse des Sündenbockmechanismus berühmt gewordenen Kulturanthropologen sind bewaffnete Kon-

flikte, Umweltkatastrophen und Terrorismus Ausdruck eines planetarischen Gesetzes der entfesselten Gewalt. Der Krieg ist nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, die Mittel haben sich verselbstständigt zur Fortsetzung des Krieges ins Unendliche. Für Girard sind alle schuldig. Wenn Völker „schlafwandlerisch“ in eine gewaltsame Auseinandersetzung wie den Ersten Weltkrieg geraten können, dann erscheint deren Verhinderung als fast aussichtslos Unterfangen. Der preußische General Carl von Clausewitz hat die verhängnisvolle Eigendynamik militärischer Konflikte wie kein anderer erkannt – und vor dieser Erkenntnis kapitulierte, weshalb sein Hauptwerk „Vom Kriege“ unvollendet blieb. Girard denkt es zu Ende und sieht nur eine Lösung für die Spirale der Gewalt: den entschlossenen Verzicht darauf. (gh)

Glaube

Robert Spaemann
Meditationen eines Christen
 Über die Psalmen 1–51
 Klett-Cotta, Februar 2014
 416 Seiten, 49,95 Euro
 978-3-608-94887-5



Der Philosoph, der sich gerne in politische Debatten einmischte, vor menschlicher Hybris warnte und die Atomkraft radikal ablehnte, veröffentlichte nun im hohen Alter von bald 90 Jahren sein bisher persönlichstes Buch: besinnliche Reflexionen über die alttestamentlichen Psalmen. Seine Gedanken sind nicht das Ergebnis eines Buchkonzepts, sondern entstanden im Lauf von Jahrzehnten, also parallel zu seinen philosophischen Werken und zu seinen politischen Kämpfen. Seine Sprache ist einfach und verständlich, sein Denken klar und weise. Ein Geschenkipp für Weihnachten. (gh)

Geld

Theo Meier zu Evenhausen,
 Michael Grandt
Die ökologische Lösung der Schuldenkrise
 Weltenwandel, Juni 2013
 324 Seiten, 19,90 Euro
 978-3-981-5923-1-3



Krieg, Umweltzerstörung, Bankenmisere – das Buch stellt eine ökologische Lösung der Krisen vor. Die Kapitel 1 bis 4 widmen sind der Geschichte der Land- und Finanzwirtschaft sowie der Beschreibung alternativer Energiegewinnungsarten. Kapitel 5 zeigt technologische Lösungsmöglichkeiten, Kapitel 6 ihre Finanzierung. Kapitel 7 fasst alles zusammen. Schwachpunkte des Buches sind zum einen eine gewisse Langatmigkeit, die nicht nur Gründlichkeit, sondern auch Wiederholungen geschuldet ist, zum anderen ein Technikoptimismus, der nicht durch Fakten unterlegt ist. Trotzdem: Die vorgestellte Strategie zur Änderung des Finanzsystems macht es lesenswert. Ihr Kerngedanke ist eine Ökoinvestmentbank in staatlicher Hand, die ausschließlich in reale, nachhaltige Werte investiert, die Existenz „systemrelevanter“ Unternehmen ausschließt und auch wirtschaftlich schwachen Ländern ermöglicht, ökologisch zu investieren und wettbewerbsfähig zu sein. (ub)

Kirche

Manfred Lütz
Der blockierte Riese
 Psycho-Analyse der katholischen Kirche
 Neuauflage mit Papst-Franziskus-Update
 Pattloch, April 2014
 320 Seiten, 19,99 Euro
 978-3-629-13052-5



Das Buch bietet Zweierlei: eine unterhaltsame Einführung in die moderne Psychotherapie und eine ebenso unterhaltsame Einführung in die Probleme der katholischen Kirche. Lütz, Chefarzt einer psychiatrischen Klinik, betrachtet die Amtskirche und ihre Kritiker gleichermaßen als behandlungswürdig und unterzieht sie einer gründlichen Analyse. Mit heute üblichen Behandlungsmethoden zeigt er Auswege aus ihrer Krise auf. Damit kommt viel Amüsantes zutage. Humorvoll zeigt Lütz die psychologischen Verstrickungen, in der sich konservative und progressive Katholiken befinden, und es wird klar, warum sie sich gegenseitig blockieren. Lütz versucht, den Knoten durch überraschende Perspektivenwechsel zu lösen. Als er sein Buch im Jahr 1999 veröffentlichte, war Johannes Paul II. der Papst. Seither ist viel geschehen. Die Aufbruchsstimmung, die Papst Franziskus verbreitet, motivierte Lütz, sein Buch gründlich zu überarbeiten. (gh)

Über Dave Eggers' Roman „Der Circle“

Ein Leben in der Transparenz-Hölle

„Wahnsinn, dachte Mae. Ich bin im Himmel.“ So beginnt der neue Roman des amerikanischen Autors Dave Eggers. Er schildert den Aufstieg des jungen IT-Unternehmens „Circle“ zum die Welt verändernden und die Welt beherrschenden Großkonzern – aus der Perspektive einer ehrgeizigen Mitarbeiterin. Ein bitterböses Zukunftsszenario.

von Günther Hartmann

Die Namen der aktuell dominierenden Internet-Konzerne tauchen in Dave Eggers' Roman tatsächlich auf. Bei der Beschreibung des Unternehmens Circle heißt es, dessen Macht habe die von Facebook, Twitter und Google überlagert. Mit seinem Aufstieg haben sich alle bekannten Internetdienste zentralisiert. Wer hier arbeiten darf – wie die junge Mae Holland, die Hauptfigur des Romans –, ist stolz, seiner Zeit weit voraus zu sein. Doch auch die Unternehmenskultur ist faszinierend und unterscheidet sich radikal vom Gewohnten. Gut gelaunt und gesund zu sein, ist hier Pflicht. Alle tragen Armbänder, die ständig Daten über ihren Körper erfassen und an eine Gesundheitszentrale senden, die sie auswertet: Herzfrequenz, Blutdruck, Cholesterin, Wärmefluktuations, Kalorienverbrauch, Kalorienaufnahme, Schlafdauer, Schlafqualität, Verdauungseffizienz.

Circle hat große Ziele: Eine Rundum-Überwachung und vollkommene Transparenz sollen die Kriminalität verschwinden lassen. Kinder erhalten Chips implantiert, die ihre ständige Ortung ermöglichen. Überall sind Mini-Kameras

angebracht, überall gibt es Bildschirme, jeder überwacht jeden. Die Kongressabgeordnete Olivia Santos erklärt sich bereit, als erste Politikerin eine ständig laufende Mini-Kamera an ihrem Körper zu

tragen, die alles, was sie tut und sagt, öffentlich macht. Damit will sie die Politik transparent machen. Wer sich unter diesen Bedingungen nicht mit ihr treffen wolle, könne sich eben nicht mit ihr treffen, sagt sie. Damit löst Santos eine wahre Transparenz-Lawine aus. Wer keine Circle-Kamera tragen will, gilt als jemand, der etwas zu verbergen hat. Eines Tages wird Mae Holland ausgewählt, eine Mini-Kamera zu tra-

gen und das Ideal der Transparenz für alle vorzuleben.

„Geheimnisse sind Lügen“, „Teilen ist Heilen“ und „Privatsphäre ist Diebstahl“ lauten typische Slogans von Circle. Das We-

„Geheimnisse sind Lügen“

sen der Menschheit soll sich durch permanente Kommunikation und allumfassende Transparenz zum Besseren wenden. Jeder beobachtet jeden, jeder überwacht jeden, jedes Gehirn wäscht das andere. Dahinter steckt der naive Glaube an einen unaufhaltbaren Fortschritt, der vor allem das bringt, was technologisch machbar ist. Dass dies alles dem Wohl der Menschheit dient, wird stillschweigend vorausgesetzt. Der



BUCHTIPP

Dave Eggers
Der Circle
Kiepenheuer & Witsch,
August 2014
560 Seiten, 22,99 Euro
978-3-462-04675-5
www.dercircle.de



Zwang ist dabei gewaltfrei und sehr subtil. Alles geschieht freiwillig und mit einer inneren Überzeugung, wird nicht als unterdrückend und entfremdend, sondern sogar als befreiend empfunden. Auf die Frage,

„Teilen ist Heilen“

welche Bedeutung sie ihrem Leben geben will, antwortet Mae Holland, sie wolle gesehen werden, sie wolle den Beweis, dass sie existiert habe. Daseinsgrundfragen als eigentliche Triebfeder?

An der Spitze des Konzerns stehen die „Drei Weisen“. Ihre Persönlichkeit und ihre Motive bleiben im Dunkeln, aber vermutlich sind sie von einem pseudo-religiösen Missionierungseifer beseelt. Ihre Welt-

„Privatsphäre ist Diebstahl“

anschauung und ihre Botschaften stoßen auf positive Resonanz und bringen begeisterte Anhänger hervor. Angebot und Nachfrage passen zusammen und erzeugen eine Erfolgsgeschichte, der die Skeptiker wenig entgegenzusetzen haben. Am Ende des Romans überwacht das Unternehmen jeden Winkel dieser Welt. Alles ist transparent, friedlich,

freundlich und gesund. „Wir Leser sind entsetzt. Auch der Autor ist entsetzt. Und dieses Entsetzen ist ein bisschen erwartbar“, bemerkt dazu Iris Radisch in ihrer Rezension. „Dennoch bleibt eine Irritation, die man nicht mehr loswird: Hier wird zum ersten Mal von einer zukünftigen Generation erzählt, die nicht mehr wissen wird, was unser Entsetzen einmal zu bedeuten hatte.“

„Womöglich hat die Fixierung auf das Orwellsche Szenario den Blick dafür verstellt, dass Überwachung und soziale Kontrolle auch ganz anders ablaufen können: auf den ersten Blick eben nicht repressiv, sondern ganz sanft und freund-

lich“, findet Adam Soboczynski und sieht unsere heutige Gesellschaft nicht mehr allzu weit von Eggers' Utopie entfernt. „Die Wohnungen müssen schon deshalb nicht mit Kameras ausgestattet sein, da wir unsere Wünsche, unsere politischen Ansichten, unser Privatleben freiwillig ins Netz stellen und da wir es als positiv empfinden, uns zu vernetzen, auszutauschen, uns zu offenbaren. Dass sich unser Weltbezug damit

schleichend wandelt, die Wand zwischen Privatem und Öffentlichem eher unbemerkt bröckelt, ist ein Kennzeichen der digitalen Revolution, die uns heute ereilt. Gerade weil die Preisgabe der Informationen mit Lust erfolgt, lassen uns Nachrichten über geheimdienstliche Aktivitäten und die Vermarktung unserer Daten oft unberührt.“

ONLINETIPPS

Interview mit Dave Eggers
Wir brauchen eine neue Erklärung der Menschenrechte
FAZ, 09.08.2014
www.google.com → Suche: Neue Erklärung der Menschenrechte

Jan Brandt
Venice Beach, wo der Circle Wirklichkeit wird
FAZ, 09.08.2014
www.google.com → Suche: Wo Circle Wirklichkeit

Andreas Bernard
Der dritte Kreis der Hölle
FAZ, 09.08.2014
www.google.com → Suche: Circle Kreis Hölle

Harald Staun
Wie ist Widerstand möglich?
FAZ, 09.08.2014
www.google.com → Suche: Widerstand möglich

Antonia Baum
Sehen Sie's mal negativ
FAZ, 09.08.2014
www.google.com → Suche: Sehen Sie's negativ

David Hugendick, Ijoma Mangold, Iris Radisch, Marie Schmidt, Adam Soboczynski
Diese Welt ist neu, ist sie auch schön?
Zeit, 07.08.2014
www.zeit.de/2014/33/ueberwachung-dave-eggers-circle

Dietmar Dath
Die coole Schinderei der Zukunft
FAZ, 06.07.2014
www.google.com → Suche: Coole Schinderei Zukunft

Hans Magnus Enzensberger
Wehrt Euch!
FAZ, 28.02.2014
www.google.com → Suche: Enzensberger Wehrt Euch

Zerstreuung versus Konzentration

„Nichtstun wird als bedrängend empfunden“

Ständig neue Nachrichten, Informationen, Telefonate, Spiele – das ist Dauerstress und kann zu psychischen Problemen führen, wird aber von vielen Menschen bereitwillig akzeptiert, ja sogar bewusst gesucht. Eine Kultur der Zerstreuung breitet immer mehr sich aus. Die steht im Widerspruch zur religiösen Tradition der Meditation.

Interview mit Pater Prof. Dr. Stefan Bauberger SJ

ÖkologiePolitik: Pater Bauberger, warum sind heute so viele Menschen ständig mit ihren Smartphones beschäftigt?

Pater Stefan Bauberger SJ: Für die meisten Menschen ist es sehr

In dieser ist das eigene Dasein einerseits ganz und gar ausgelöscht, das Ich wird in gewisser Weise vernichtet, andererseits erfährt man sich als neugeboren in eine größere Wirklichkeit. Dieser Prozess ist aber kei-

„Die Meditation führt in eine tiefere Wahrnehmung der Wirklichkeit. Es eröffnet sich eine transzendente Dimension.“

unangenehm, sich eine gewisse Zeit lang – selbst wenn es nur eine halbe Stunde ist – mit nichts zu beschäftigen. Genau das vollzieht man jedoch in gewisser Weise in der Zen-Meditation: Einfach in die Gegenwart eintreten und das eigene Dasein und

neswegs immer angenehm, sondern manchmal extrem konfrontierend, weshalb es verständlich ist, dass die meisten Menschen das ausdrückliche Nichtstun ohne jede Ablenkung als bedrängend empfinden. Sie tendieren zur Flucht. Durch ständige

„Wenn Ablenkung und Zerstreuung überhand nehmen, flieht der Mensch vor seiner tieferen Bestimmung.“

die Wirklichkeit der Welt so wahrnehmen, wie sie gerade sind. In der Meditation zeigt sich, dass das in eine Art von tieferer Wahrnehmung der Wirklichkeit führt. Es eröffnet sich eine transzendente Dimension.

Ablenkung ist es möglich, der Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Wirklichkeit zu entfliehen. Ablenkung und Zerstreuung dürfen natürlich sein. Wenn sie aber überhandnehmen, dann flieht der



Prof. Dr. Stefan Bauberger SJ, Jahrgang 1960, trat 1981 dem Jesuitenorden bei, studierte Philosophie, arbeitete beim Jesuitenflüchtlingsdienst in Malaysia, studierte Theologie, wurde 1990 zum Priester geweiht, studierte Physik und promovierte darin. Seit 1999 ist er als Lehrbeauftragter, seit 2001 als Dozent und seit 2012 als Professor für Naturphilosophie an der Hochschule für Philosophie in München tätig. Zen-Meditation praktiziert er seit seiner Jugend und intensivierte sie mit zunehmendem Alter. 2000 wurde er vom indischen Zen-Meister Pater Ama Samy SJ zum Zen-Meister ernannt. Als solcher leitet er heute die Herzgrund-Sangha in München und das Almtal-Zendo im österreichischen Pettenbach.

www.bauberger.net

Mensch vor seiner tieferen Bestimmung – wie schade!

Haben Sie selbst ein Smartphone?

Ja, auch ich habe ein Smartphone und benutze es viel, ebenso wie Computer und Tablet – auch zur Ablenkung. Das ist an sich nichts Schlechtes. Die entscheidende Frage ist, ob noch genügend Zeiten bleiben ohne diese Ablenkung. Und ob diese Zeiten fruchtbar sind.

Wie beurteilen Sie die ständige Erreichbarkeit durch den Mobilfunk?

Man kann das Handy auch abschalten oder stumm schalten. Wer das nicht kann, sollte sich – wie beim Suchtentzug – zeitweilig dazu zwingen oder zeitweilig irgendwo hingehen, wo es keinen Empfang gibt. Dann regelt sich das schon und kommt in ein Gleichgewicht.

Wie beurteilen Sie den Wandel unserer Informationskultur durch das Internet?

Ambivalent. Einerseits gibt es wunderbare Zugänge zu einer Fülle von Informationen. Dieser Zugang ist heute auch viel egalitärer und das ist eine große Qualität. Andererseits gibt es viel Informations-

müll und die Auswahl ist eine große Herausforderung. Ich bemerke auch bei mir selbst manchmal eine Tendenz, weniger in die Tiefe zu gehen, weil die Fülle der Informationen zu groß ist.

Was raten Sie Jugendlichen und Erwachsenen für den Umgang mit digitalen Medien?

Drei Ratschläge erscheinen mir als besonders wichtig: (1.) Seid euch immer bewusst, dass Medien einen großen Einfluss auf das eigene Denken und die Wahrnehmung der Welt ausüben. (2.) Seid euch immer bewusst, dass die Reichen mehr Einfluss auf Medien haben, ja sogar sehr viel mehr als die Ar-

„Die Medien üben einen großen Einfluss auf das eigene Denken und die Wahrnehmung der Welt aus.“

men. Also haben sie auch mehr Einfluss auf das eigene Denken und auf die eigene Wahrnehmung der Welt. Das ist sehr schlecht. Wenn man sich dessen bewusst ist, ist es leichter gegenzusteuern. Es ist eine

BUCHTIPP

Stefan Bauberger
Der Weg zum Herzgrund

Zen und die Spiritualität der Exerzitien
Echter, März 2010
80 Seiten, 7,90 Euro
978-3-429-03254-8



wichtige Aufgabe, dieser Manipulationsmacht derjenigen, die Geld und Macht haben, gegenzusteuern. Man kann gegensteuern. (3.) Seid euch immer bewusst, dass die vir-

tuelle Welt die reale Welt ergänzt, aber nicht ersetzt. Es lohnt sich, in der realen Welt zu leben und sie zu gestalten!

Pater Bauberger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Zen-Meditation im Almtal-Zendo, einer ehemaligen Mühle im österreichischen Pettenbach. Weitere Infos: www.almtalzendo.at

Elektronische Medien aus pädagogischer Sicht

Medienökologie statt Medienhype

Der Umgang mit Computer und Internet gilt heute als Schlüsselqualifikation, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und einen Beruf ausüben zu können. Etwas unter geht dabei heute die simple Tatsache, dass es noch weitere Schlüsselqualifikationen gibt, die nicht nur genauso wichtig, sondern Voraussetzung für einen kompetenten Umgang mit den elektronischen Medien sind.

von Uwe Buermann

Zu den Schlüsselqualifikationen zählen heute Sprachkompetenz, Schreib- und Lesekompetenz, Rechenkompetenz, Sozialkompetenz und Medienkompetenz. Allerdings sind diese keinesfalls gleichwertig – weder in Bezug auf ihre gesellschaftliche Relevanz noch in Bezug auf die Reihenfolge, in der sie sich erwerben lassen. Die Frage, wann welche Schlüsselqualifikation sinnvoll erworben wer-

den kann, hat zum einen damit zu tun, dass einige sich aus anderen heraus ergeben, zum anderen mit der natürlichen menschlichen Entwicklung. Nur wenn beide Faktoren

Eigenwahrnehmung des älteren Kindes und späteren Erwachsenen fehlen. Auch die Sprachentwicklung und damit die generelle Fähigkeit, differenziert mit der Umwelt kom-

Die Aussage „Medienkompetenz beginnt mit Medienabstinenz“ ist nicht nur eine provokante These, sondern sollte zum Leitbild werden.

berücksichtigt werden, lassen sich die entsprechenden Fähigkeiten voll und ganz ausbilden. Diese Tatsache wurde in der jüngeren Vergangenheit leider zunehmend ignoriert. So beklagen sich denn heute schon immer mehr Vertreter der Wirtschaft darüber, dass bei den Schulabgängern grundlegende Schlüsselqualifikationen nicht mehr ausreichend ausgebildet sind.

Wenn wir auf die kindliche Entwicklung schauen, können wir deutlich erkennen, dass das Kind sich erst langsam zu einem Sozialwesen entwickelt. Der Säugling und auch noch das Kleinkind sind demnach nicht wirklich sozialkompetent, können es auch gar nicht sein, da ihnen die differenzierte Fremd- und

munizieren zu können, vollziehen sich schrittweise.

Die Lese- und Schreibkompetenz sind eine Grundvoraussetzung für den Umgang mit dem Internet, daran wird sich nichts ändern. Natürlich kann man den Kindern Lesen und Schreiben direkt am Computer beibringen, was an einigen Modellschulen auch betrieben wurde, aber dieser Ansatz ist höchst fragwürdig. Das Schreiben mit der Hand ist ein höchst komplexer Vorgang, bei dem nicht nur die Schriftzeichen als abstrakte Symbole für die gesprochenen Laute angeeignet werden, sondern die Motorik und übergeordnete Koordinationsfähigkeiten intensiv geschult werden. Im Vergleich dazu ist das Schreiben auf

der Tastatur abstrakter, da die ausgeübte Bewegung für jeden Buchstaben quasi gleich ist und deswegen mit Blick auf die Motorik wenig förderlich.

Die Hirnforschung belegt, dass sich das Gehirn in der Kindheit und Jugend umso reichhaltiger

Wir müssen also unbedingt die Reihenfolge beachten und die gesellschaftliche Relevanz. Lesen und schreiben können sind in unserer Gesellschaft unabdingbare Fähigkeiten, da die Schriftkultur in allen Lebensbereichen tief verankert ist. Analphabeten sind demnach tat-

Die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung zwingt zu schnellen Antworten, worunter allzu häufig die Qualität der Botschaften leidet.

entwickelt, je mehr Sinnesbereiche im Lernprozess gleichzeitig angesprochen werden. Da die elektronischen Medien immer nur einen begrenzten Teil der Sinne ansprechen, sollten sie zu Lernzwecken in der Kindheit, wenn überhaupt, nur sehr dosiert eingesetzt werden. Die Aussage „Medienkompetenz beginnt mit Medienabstinenz“ ist nicht nur als provokante These zu sehen, sondern sollte zum Leitbild erhoben werden.

Wer einen umfangreichen Wortschatz besitzt, lesen und leserlich schreiben kann, wird sich auch schnell den Zugang zu den elektronischen Kommunikationsmedien erschließen können. Umgekehrt gilt diese Aussage nicht, denn

sächlich durchweg benachteiligt, fallen aus unserer Gesellschaft heraus und sind permanent auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen. Im Berufsleben sind heute gewisse Grundkenntnisse im Umgang mit dem Computer und den damit verbundenen Kommunikationsmedien wichtig – ähnlich wie der Besitz eines Führerscheins. Allerdings gilt dies bei Weitem nicht für alle Berufe.

Wer keinen Führerschein besitzt, ist in seiner Mobilität eingeschränkt, kann aber das öffentliche Verkehrssystem nutzen und fällt deswegen nicht wie der Analphabet aus der Gesellschaft heraus. Gleiches gilt für die Nutzung der Kommunikationsmedien: Wer kein

Nachrichten werden immer oberflächlicher und die Kommunikation wird zum Selbstzweck.

Kinder, die mehr oder weniger von Anfang an nur mit der Tastatur oder dem entsprechenden Ersatz bei den Handys arbeiten, werden im späteren Leben keine leserliche Handschrift mehr entwickeln und damit in der Bandbreite ihrer Kommunikationsmöglichkeiten eingeschränkt bleiben.

Handy und keinen Computer besitzt, kann zwar keine SMS und keine E-Mail bekommen, aber mit persönlichen Gesprächen, Briefen und Telefonaten trotzdem am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilnehmen. Die Frage ist nicht, ob er sich dabei ausgrenzt, sondern inwieweit er ausgegrenzt wird.

BUCHTIPPS

Uwe Buermann
Aufrecht durch die Medien

Chancen und Gefahren des Informationszeitalters und die neuen Aufgaben der Pädagogik
Flensburger Hefte, 2007
224 Seiten, 18,00 Euro
978-3-935679-38-1



Manfred Spitzer
Digitale Demenz

Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen
Droemer, August 2012
368 Seiten, 19,99 Euro
978-3-426-27603-7



Christoph Möller (Hrsg.)
Internet- und Computersucht

Ein Praxishandbuch für Therapeuten, Pädagogen und Eltern
Kohlhammer, 2011
282 Seiten, 32,00 Euro
978-3-17-021874-1



Manfred Spitzer
Vorsicht Bildschirm!

Elektronische Medien, Gehirnentwicklung, Gesundheit und Gesellschaft
dtv, 2006
320 Seiten, 9,90 Euro
978-3-423-34327-5



Information ist noch kein Wissen

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt immer deutlicher, dass das Informationszeitalter nicht nur eine positive Entwicklung mit sich



Foto: Brigitte Heinen/pixelnode

bringt. Die Sorge der Kommunikationsmedienbegeisterten, dass alle, die nicht an den Neuen Medien teilhaben können oder wollen, in ein soziales Abseits geraten, ist sehr kritisch zu betrachten. Jeder, der die Neuen Medien nutzt, muss sich Tag für Tag in der Informationsflut behaupten, und so manch einer geht darin unter. Die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung zwingt zu schnellen Antworten, worunter nur allzu häufig die Qualität der Botschaften leidet. Nachrichten werden immer oberflächlicher und die

kommen. Genau diese Fähigkeit ist gefährdet, wenn vor der Informationsflut kapituliert wird, wenn die einzelnen Informationen nur noch sortiert und abgespeichert, aber nicht mehr sinnhaft verknüpft werden.

„Entschleunigung“ ist ein in diesem Zusammenhang mittlerweile häufig genutztes Wort. Statt sofort zu reagieren, sollte sich der Einzelne die Zeit nehmen, die er braucht, um das Gehörte oder Gelesene geistig aufzunehmen und zu verarbeiten. Je nach Thema und Situation kann diese Zeitspanne ein paar Se-



Foto: Günter Havlena / pixelio.de

Eine Informationsgesellschaft ist noch lange keine Wissensgesellschaft.

Kommunikation dient nicht mehr dem Austausch von Gedanken und Empfindungen, nicht mehr der Begegnung zwischen den Menschen, sondern wird zum Selbstzweck.

Eine Informationsgesellschaft ist noch lange keine Wissensgesellschaft. Eine einzelne Information hat noch keinen Wert, erst die sinnhafte und sachlich richtige Verknüpfung von mindestens zwei Informationen führt zu Wissen und Erkenntnis. Diesen Prozess muss jeder Mensch für sich alleine schaffen. Dies ist das große Manko aller Medien und aller Erziehungsmethoden. Wir können kein Wissen vermitteln, sondern nur den Wissenserwerb anregen und vorbildhaft zeigen, wie sich einzelne Informationen sinnvoll zu Wissen zusammenfügen lassen. Nur wer in der Lage ist, einzelne Informationen durch eigene Denkleistungen zu Wissen umzuwandeln, ist lern- und entwicklungsfähig, wird nicht nur altes Wissen rezipieren und tradieren, sondern aus eigener Kraft zu neuen Erkenntnissen und Ideen

kunden, Minuten oder Tage dauern. Hierfür braucht es Freiräume und Freizeiten. Wichtig ist dies vor allem bei allen zwischenmenschlichen Fragen. Ein Psychotherapeut z.B. muss sich voll und ganz auf sein Gegenüber einlassen und konzentriert zuhören und beobachten. Es ist unvorstellbar, dass er nebenbei E-Mails oder SMS liest oder schreibt. Zudem muss er anschließend das Gespräch nachklingen lassen, um zu einer wirklich fundierten Analyse kommen zu können. Gleiches gilt für viele andere Bereiche.

Hätten die Verfasser der Menschenrechte gewusst, welche Entwicklung die elektronischen Kommunikationsmedien nehmen würden, hätten sie sicherlich ein „Unveräußerliches Recht auf Unerreichbarkeit“ in ihre Liste aufgenommen.

Inhalt, Bedeutung und Form

Betrachtet man Kommunikation als reinen Austausch von Informationen, ist der jeweils gewählte Weg beliebig und es bietet sich an, den jeweils schnellsten zu nutzen.

Wie wir aber aus unserer Lebenserfahrung wissen, gibt es neben der informellen Ebene auch noch eine meist tiefere menschliche. Nur wer diese berücksichtigt, wird die jeweils angemessene Form für die Übermittlung von Informationen finden. Zum Glück sind wir uns noch alle einig, dass die Mitteilung über den Tod eines nahen Angehörigen vonseiten der Ärzte oder Polizei mündlich, aber sicherlich nicht per E-Mail oder SMS erfolgen darf. Letzteres würden wir als pietätlos empfinden.

In anderen Bereichen haben wir in den letzten Jahren eine schleichende Veränderung zu verzeichnen, die sich bei genauerem Nachdenken nicht als Fortschritt betrachten lässt. Der Satz „Ich liebe dich“ hat je nach Übermittlungsweg eine andere Bedeutung und damit Wertigkeit. Schon im direkten Gespräch kommt es auf die Position im Gespräch und die Intonation an, ein handschriftlicher Liebesbrief hat eine andere Wirkung als ein maschinengeschriebener, eine E-Mail

oder eine SMS – vor allem wenn in der SMS daraus eine Abkürzung wie „hdl“ („hab dich lieb“) wird.

Jugendliche und junge Erwachsene, die aufgrund zu früher und übermäßiger Nutzung elektronischer Kommunikationsmedien keine leserliche Handschrift mehr besitzen, können natürlich keinen handschriftlichen Liebesbrief verfassen – auch wenn sie wissen, dass dies eigentlich die angemessenere Form wäre. So manche gesellschaftliche Wandlung in diesem Bereich hat weniger mit einem Wertewandel zu tun, sondern mehr mit dem Verlust klassischer Fähigkeiten.

Kommunikation und soziale Isolation

Kommunikation ist die Grundlage für eine soziale Bindung und damit auch für Sozialkompetenz. Jemand, der nicht oder nur eingeschränkt kommunizieren kann, rutscht ins gesellschaftliche Abseits und damit in die soziale Isolation. Aber umgekehrt bedeutet der Umstand, dass man kommunizieren kann, noch lange nicht, dass man sozial und gesellschaftlich angebunden ist. Entscheidend dafür ist die Be-

in Wirklichkeit ist, wird zwar vielleicht den Arbeitsplatz bekommen, aber dann auch wieder schnell verlieren. Und jemand, der viel zu sagen hat, aber nicht bereit ist, sich

Manche gesellschaftliche Wandlung hat weniger mit einem Wertewandel zu tun, sondern mehr mit dem Verlust klassischer Fähigkeiten.

auf andere einzulassen, wird zwar viel publizieren, aber nicht kommunizieren, was dann zur sozialen Isolation führt.

Wir erleben heute, dass immer mehr Menschen als computersüchtig einzustufen sind. Viele davon sind letztlich auch kommunikationssüchtig – in einem krankhaften Sinn. In Spielen oder sogenannten „Sozialforen“ wie „Facebook“ konstruieren sie ein „Alter Ego“, das mit ihrer realen Persönlichkeit nur sehr wenig zu tun hat. Oft können diese Menschen nur noch in den virtuellen Zusammenhängen kommunizieren und rutschen im realen Leben immer mehr in eine soziale Isolation ab. Da ihr „Alter Ego“ weitab von ihrer wirklichen

dass Menschen durch die elektronischen Kommunikationsmedien in eine soziale Isolation geraten, aus der sie ohne Hilfe nicht wieder herauskommen. Solange nicht er-

kannt wird, dass Medienkompetenz auf den anderen Schlüsselqualifikationen aufbaut und deswegen in der Erziehung auch an letzter Stelle stehen muss, werden wir in Zukunft mehr Psychotherapeuten brauchen, die Betroffenen helfen, sich wieder in der realen Gesellschaft zu integrieren. Statt krampfhaft zu versuchen, die neuen Kommunikationsmedien in allen Bereichen zu etablieren, sollten wir die sachliche Frage stellen, in welchem Zusammenhang, zu welcher Zeit und in welchem Umfang deren Nutzung überhaupt sinnvoll ist, und somit den Zugang zu einer echten Medienökologie finden. ■

Statt sofort zu reagieren, sollte sich der Einzelne Zeit nehmen, um das Gelesene geistig aufzunehmen und zu verarbeiten.

reitschaft und Fähigkeit, sich auf sein Gegenüber einzulassen, seine Gedanken und Gefühle ernst zu nehmen und sich selber zu öffnen. Dabei kommt eine echte dauerhafte soziale Bindung nur dann zustande, wenn sich alle Beteiligten authentisch verhalten.

Dies gilt auch im Berufsleben. Jemand, der sich bei der Bewerbung völlig anders darstellt, als er

Persönlichkeit ist, können sie nur über elektronische Medien mit ihren „Freunden“ kommunizieren. Eine reale Begegnung und häufig sogar ein Austausch per Telefon sind unmöglich.

Neben der Gefahr, dass Menschen ins soziale Abseits geraten, weil sie keinen Internetzugang haben und nicht per E-Mail und SMS erreichbar sind, gibt es die Gefahr,

Uwe Buermann, Jahrgang 1968, war Lehrer für Computerkunde und ist heute als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Institut für Pädagogik, Sinnes- und Medienökologie“ (IPSUM) tätig. Seit 1996 hält er Vorträge über das Thema „Sucht“ mit den Schwerpunkten „Mediensucht“ und „Erziehung zur Medienkompetenz“. Als Autor veröffentlichte er zahlreiche Artikel und Bücher, zuletzt „Aufrecht durch die Medien“ im Flensburger Heftverlag.





Foto: Christian Pohl/pixelio.de

Gesundheitsgefahren durch Mobilfunk

Dauerstrahlung, Dauerstress, Burn-out

Die Zahl der Erkrankungen am Burn-out-Syndrom stieg in den letzten Jahren sprunghaft an. Als Erkrankungsursache gilt dauerhafter Stress. Der entsteht durch zunehmenden Leistungsdruck im Beruf – aber nicht nur. Auch Umwelteinflüsse wie die ständig zunehmende Strahlenbelastung durch Mobilfunkgeräte und WLAN üben einen starken Einfluss aus.

von Peter Hensinger

Nach Statistiken des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen (BKK) sind die Krankheitstage aufgrund von Burn-out von 2004 bis 2011 um das 18-Fache gestiegen: von 4,6 auf 86,9

je 1.000 Mitglieder (ohne Rentner). Nach dem Fehlzeitenreport 2012 der AOK berichten 20,8 % aller Beschäftigten über Erschöpfung. Die Zahl der psychischen Erkrankungen ist seit 1994 um 120 % gestiegen. Mehr

als 130.000 Personen waren 2011 wegen eines Burn-out-Syndroms krankgeschrieben. Jedes vierte Grundschulkind klagt über Kopf- oder Bauchschmerzen, Schlafstörungen und Appetitlosigkeit.

Der Psychiater Otto Benkert definiert das Burn-out-Syndrom als „eine spezifische Folge von Dauerstress; das Risiko des Abgleitens in eine Stressdepression ist immer gegeben“. Dauerstress – das ist zum einen eine Folge der stetig gestiegenen Leistungsanforderungen in unserer Gesellschaft: große Schulklassen, zu wenig Lehrer, kürzere Taktzeiten in der Produktion, Er-

folgsdruck, Überforderung, Überstunden, Mobbing durch Vorgesetzte und Kollegen. Zum anderen ist er eine Folge der digitalen Medien:

Studien zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Nutzung digitaler Medien und dem Auftreten von Stress und Depressionen.

pausenlose Erreichbarkeit, permanenter Datenstrom, Multitasking, Isolierung in virtuellen Welten.

„Studien zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Nutzung digitaler Medien einerseits und dem Auftreten von Stress und Depressionen andererseits“, schreibt der Hirnforscher Manfred Spitzer. „Chronischer Stress aufgrund mangelnder Kontrolle über das eigene Leben löst nicht nur mangelnde Immunabwehr, hormonelle Störungen, Beeinträchtigung von Verdauung, Muskulatur, Herz und Kreislauf aus, sondern auch das Absterben von Nervenzellen im Gehirn.“

Dauerstress führt langfristig zum Burn-out

Dieser Stress führt zu Veränderungen in den Zellen. Im Heft 4/2012 der Zeitschrift „umwelt medizin gesellschaft“ schreibt der Mediziner Volker von Baehr: „Die Situation wird dann besonders kritisch, wenn es durch den Einfluss von Umwelttoxinen und/oder verstärkter Entstehung von Peroxynitrit zu einer Beeinträchtigung der Funktion der Mitochondrien kommt. Diese sind für die Bildung des Energieträgers Adenosintriphosphat (ATP) verantwortlich. Es spricht vieles dafür, dass die passagere funktionelle Beeinträchtigung der Mitochondrien dem als Burn-out bezeichneten Krankheitsbild entspricht.“ Das

Peroxynitrit ist Folgeprodukt eines Überschusses an Freien Radikalen (ROS – Reactive Oxygen Species). Sie verursachen Zellschädigungen

durch oxidativen Stress, entzündliche Prozesse, die Erschöpfungen, Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Herzinfarkt und DNA-Schädigungen auslösen. Das zelluläre Energiedefizit entspricht dem psychischen und körperlichen Erschöpfungszustand des Burn-outs.

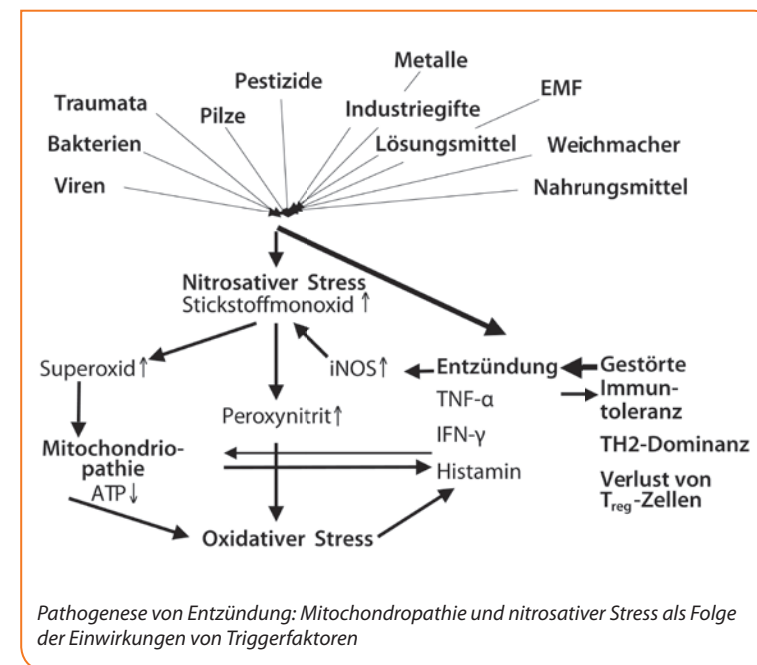
Mobilfunkstrahlung erzeugt Dauerstress

Burn-out entsteht aus dem Zusammenspiel verschiedener Einflüsse. Toxische Umwelteinflüsse wie Elektromagnetische Felder (EMF) spielen eine auslösende Rolle. Digitale

Endgeräte wie Handys, Smartphones, Tablets, Schnurlostelefone und WiFi-Spiele kamen in den letzten 20 Jahren zum schon immer bestehenden Alltags- und Arbeitsstress als neue Stresskomponenten hinzu. Die gepulste Mikrowellenstrahlung bewirkt ebenso wie der psychische Druck Zellstress durch Freie Radikale.

Der 2013 von Ulrich Warnke und Peter Hensinger veröffentlichte Forschungsbericht „Steigende ‚Burn-out‘-Inzidenz durch technisch erzeugte magnetische und elektromagnetische Felder des Mobil- und Kommunikationsfunks“ weist auf diese Parallele und Wechselwirkungen hin:

■ EMF erzeugen eine Überproduktion von zellschädigenden Freien Radikalen sowie stark reagierenden Sauerstoff- und Stickstoffverbindungen (z.B. Peroxynitrit), die wiederum DNA-schädigend sein können. Gleichzeitig werden die körpereigenen Abwehrstoffe



Quelle: umwelt medizin gesellschaft 4/2012, Volker von Baehr

– die endogenen Radikalfänger (Antioxidantien) – geschwächt.

■ EMF greifen störend in die Mitochondrien, eine Zentrale unseres Stoffwechsels, und damit in unsere Energieproduktion ein: Sie hemmen die ATP-Produktion, wodurch das Gesamtsystem geschwächt wird.

die zu einem Mangel an Zellenergie führt: zur „Mitochondriopathie“. Digitalisierung unserer Welt – das bedeutet für unsere Zellen, dass sie seit Ende der 1990er-Jahre einer ständig steigenden Belastung durch nicht-ionisierende Strahlung im Frequenzbereich 400–5000 MHz

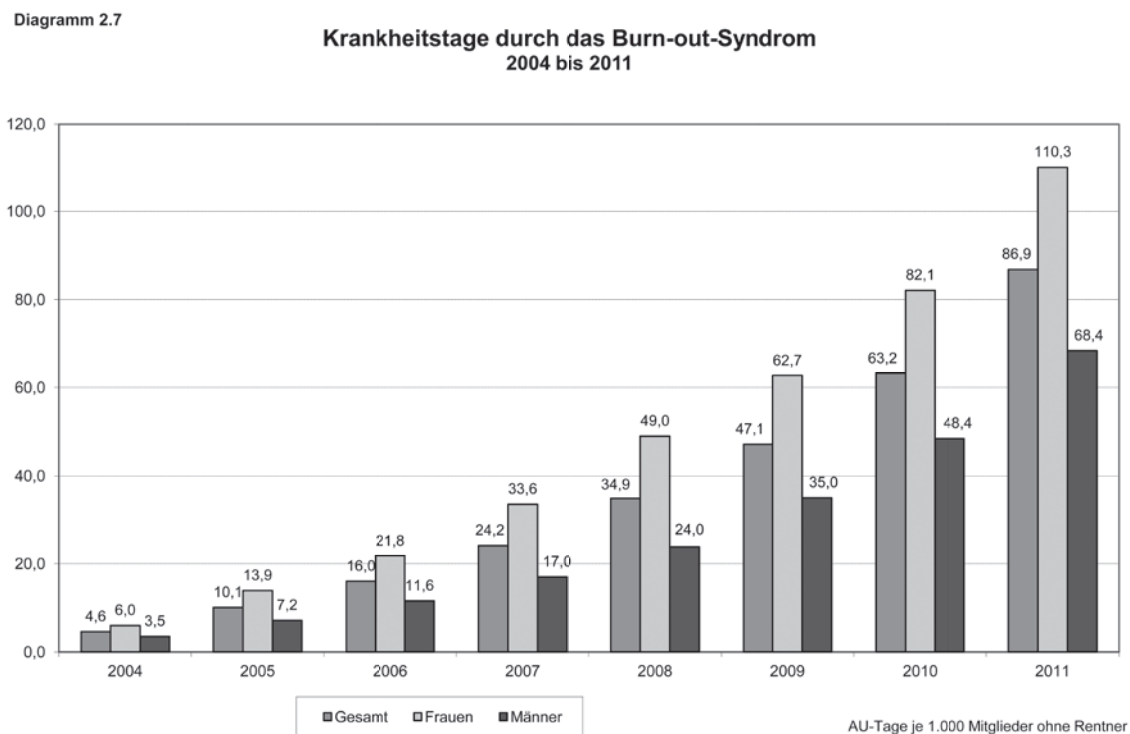
und dem durch Mobilfunkstrahlung ausgelösten Zellstress.

Eine Forschergruppe am Kieler „Institut für experimentelle Pathologie, Onkologie und Radiobiologie“ um Igor Yakymenko berichtet 2014 in der Fachzeitschrift „Oxidants and Antioxidants in Medical Science“, dass 76 der 80 von ihr begutachteten Studien den Schädigungsmechanismus nachweisen. Dies sei ein „unerwartet starker nicht-thermischer Charakter bei den biologischen Wirkungen“. Mikrowellenstrahlung der Mobilfunk-Endgeräte könne „zu mutagenen Wirkungen durch deutliche oxidative Schädigung der DNA“ führen, weil „die erhebliche Überproduktion von ROS in lebenden Zellen bei Exposition durch Mikrowellenstrahlung ein breites

Gepulste Mikrowellenstrahlung bewirkt ebenso wie psychischer Druck Zellstress durch Freie Radikale.

Warnke und Hensinger führen 46 Forschungsstudien an, die nachweisen, dass die Frequenzen des Mobilfunks – GSM, UMTS, WLAN – Freie Radikale generieren. Die Mobilfunk-Befeldung kann also eine krankmachende Spirale auslösen,

(Mikrowellen) ausgesetzt sind, an die sie nicht adaptiert sind. Die Wirkung ist die gleiche wie die in der umweltmedizinischen Burn-out-Forschung festgestellte. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen dem durch die Lebensumstände



Krankheitstage durch das Burn-out-Syndrom von 2004 bis 2011 je 1.000 Mitglieder (ohne Rentner)

Quelle: Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK)

Spektrum von Gesundheitsproblemen und Krankheiten verursachen könnte, einschließlich Krebs bei Menschen“. Diese Schädigungen

Zunehmend liegen auch Ergebnisse über direkte Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung auf die Stresshormonachse – u.a. Adrena-

Die Mobilfunk-Befeldung kann eine krankmachende Spirale auslösen, die zu einem Mangel an Zellenergie führt.

treten weit unterhalb der geltenden Grenzwerte ein.

Bestätigt wird der schädigende Wirkungsmechanismus der Mobilfunkstrahlung auch in einem 2013 veröffentlichten Forschungsbericht der Gesundheitsbehörde von British Columbia: „Er (der oxidative Zellstress) konnte ziemlich durchgängig bei Studien an Mensch und Tier speziell bei Spermien, aber

lin, Noradrenalin und Dopamin – vor. Klaus Buchner, Europaabgeordneter der ÖDP, hat dazu eigene Forschungsergebnisse in der sogenannten „Rimbach-Studie“ vorgelegt.

Kein WLAN in den Klassenzimmern!

Die Ergebnisse internationaler Forschungen verdeutlichen die Brisanz des Smartphone- und WLAN-Hy-

Die Ergebnisse internationaler Forschungen verdeutlichen die Brisanz des Smartphone- und WLAN-Hypes.

auch allgemein bei anderen Zellen, festgestellt werden. Mechanismen, bei denen oxidativer Stress durch eine Zunahme von ROS und einer Abnahme von Antioxidantien verursacht wird, sind bei neurodegenerativen Erkrankungen wie Parkinson und Alzheimer festgestellt worden.“

pes, besonders wenn in Zukunft in Schulklassen online mit Tablets gelernt werden soll: 30 surfende Schüler erzeugen im Klassenzimmer ein regelrechtes Strahlengewitter! Angesichts der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche heute im Durchschnitt schon über acht Stunden täglich digitale Endgeräte nutzen und sich damit permanent dem oxidativen Schädigungspotenzial aussetzen, ist der Einsatz von strahlendem Lernmaterial und WLAN an den Schulen besonders unverantwortlich und kontraproduktiv.

Besorgte Eltern bekommen von Schulbehörden und ihren IT- und Medienbeauftragten als Standardantwort, dass die Grenzwerte eingehalten würden. Es gibt aber weder für die Endgeräte noch für

Informationsplattformen

- Diagnose-Funk e.V.**
www.diagnose-funk.de
www.mobilfunkstudien.de
- Kompetenzinitiative e.V.**
www.kompetenzinitiative.net
- EMF-Portal der RWTH Aachen**
www.emf-portal.de

BUCHTIPPS

Kompetenzinitiative e.V. (Hrsg.)

Langzeitrisiken des Mobil- und Kommunikationsfunks

Tagungsband
Kompetenzinitiative e.V., 2014, 88 Seiten, 8.00 Euro
<http://shop.diagnose-funk.org>



Diagnose-Funk e.V. (Hrsg.)

Zellen in Strahlenstress

Warum Mobilfunkstrahlung krank macht
Eckpunkte internationaler Mobilfunkforschung
Diagnose-Funk e.V., 2008
52 Seiten, 6.00 Euro
<http://shop.diagnose-funk.org>



Anne Louise Gittleman

Warum Ihr Handy nicht Ihr Wecker sein sollte

Effektive Möglichkeiten, sich vor Elektrosmog zu schützen
Goldmann, 2011
384 Seiten, 8.99 Euro
978-3-442-21959-9



Otto Benkert

StressDepression

Warum macht Stress depressiv?
Warum macht die Depression das Herz krank?
C.H. Beck, 2009
240 Seiten, 12.95 Euro
978-3-406-58448-0



WLAN staatlich festgelegte Grenzwerte, denn davon hat sich die Industrie mit über 50 Mrd. Euro Lizenzgebühren freigekauft. Fälschlicherweise wird der SAR-Wert (Spezifische Absorptionsrate) für Endgeräte immer wieder als Grenz-

wert bezeichnet. Damit täuscht man eine verordnete Sicherheit vor. Beim SAR-Wert handelt es sich le-

Er sagt nichts über die Strahlungsaufnahme und -wirkung bei Kindern, denn als Modell diene ihm

Gesundheitspolitische Zeitbombe tickt

„Wenn Mobilfunkstrahlung so gefährlich wäre, müsste bei einer Handydichte von über 100% jeder Nutzer krank sein“, lautet ein häufiger Einwand. Doch beim Mobilfunk verhält es sich ähnlich wie beim Rauchen: Zwar bekommt nicht jeder Raucher gleich Lungenkrebs, trotzdem hat die Warnung „Rauchen kann tödlich sein!“ ihre

Die heutige Generation der Kinder und Jugendlichen wächst in einer Elektromog-Wolke auf.

diglich um einen unverbindlichen Richtwert, der sich zudem nur an thermischen Wirkungen orientiert.

ein erwachsener Mann mit einer Größe von 1,88m und einem Körpergewicht von 100kg.

Strahlenbelastung durch Endgeräte

Foto: Nico Korte / pixelio.de



Gerät	Abstand (m)	Leistungsflussdichte (µWatt/m² Peak)
Handy GSM 900 MHz	0,19	416.000
Handy GSM 1800 MHz	0,19	1.506.800
Smartphone WLAN	0,19	34.560
Notebook WLAN	0,19	211.200
Tablet WLAN	0,19	32.000
MP3-Player WLAN	0,19	28.800
DECT-Basis	1,00	34.568
WLAN-Access-Point	0,20	149.204
WLAN-Client (Router, Stick)	0,20	205.411
Babyphone 446 MHz	0,20	191.645
Heizungsfunksteuerung	0,50	1.086
Bluetooth	0,20	25.490

Der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) fordert aufgrund der Studienlage einen Vorsorgewert von 1 µWatt/m² als Höchstbelastung. Auch bei einer geringeren Leistungsflussdichte ist noch ein guter Empfang gegeben. 0,000334 µWatt/m² sind z.B. in der Schweiz als Mindestversorgungspegel vorgeschrieben.

Allianz reduziert ihren Elektromog

„Weniger Elektromog für 750 Mitarbeiter“ lautete ein Artikel in der Zeitschrift „Wohnung + Gesundheit“, Nr. 148/2013. Die gesundheitsfördernde Maßnahme wurde bei der „Allianz Handwerker Services GmbH“ und der „Mondial Assistance Deutschland GmbH“ eingeführt. Der Krankenstand sank daraufhin von 5% auf 3%. Norbert Bierbaum-Hillejan, der als Vorsitzender beider Firmen die Aktion initiierte, sagte im Interview: „Die Maßnahme hat für beide Firmen ca. 150.000 Euro gekostet. Das sind ca. 175 Euro pro Arbeitsplatz einschließlich der Autos. Das ist ein Klacks, wenn man sieht, dass sich querbeet so viel positive Stimmung breitgemacht hat (...), das kann man eigentlich gar nicht bezahlen. Es ist schwer, diese Maßnahmen – isoliert gesehen – mit reinen Zahlen zu bewerten. Dies gilt aber sehr oft auch für viele andere Maßnahmen im Unternehmensalltag. Nehmen Sie z.B. den Marketingbereich. Trotzdem weiß jeder, dass sie gemacht werden müssen.“

So sehe ich das auch für alle gesundheitsfördernden Maßnahmen, wie hier bei der Elektromog-Reduzierung. Der Rückgang der Fehltagel wurde sicherlich von vielen Faktoren positiv beeinflusst, aber wenn man qualitative Dinge – wie Begeisterung der Mitarbeiter, zufriedene, strahlende Gesichter, Reduzierung der Krankheitstage und höhere Akzeptanz der Geschäftsführung – sieht, dann muss man gar nicht darüber nachdenken, sondern man muss es einfach tun. Ja, es hat sich vielfach ausgezahlt, denn im Endergebnis wurden z.B. bei der Allianz Handwerker Services die anfänglich tiefroten in schwarze Zahlen und entsprechend sichere Arbeitsplätze umgewandelt!“

Berechtigung. Persönliche Anlagen und der Zustand des Immunsystems spielen eine entscheidende

Die heutige Generation der Kinder und Jugendlichen wächst in einer Elektromog-Wolke auf. Auf-

Auffällig ist, dass Burn-out, ADHS und andere psychische Krankheiten seit 15 Jahren drastisch zunehmen.

Rolle. Es ist wie bei allen Umweltgiften: Jeder reagiert anders, die äußeren Ursachen wirken im Zusammenspiel mit den inneren Bedingungen. In jeder Zelle wirkt die Mobilfunk-Strahlung, aber mit

füllig ist, dass Burn-out, ADHS und andere psychische Krankheiten bei Jugendlichen und Erwachsenen seit 15 Jahren drastisch zunehmen – also parallel zum Vormarsch der Mobilfunktechnologie. In den Kör-

Die von Lobbyisten durchgesetzten deutschen Behörden und Schutzkommissionen ignorieren die Studienlage.

unterschiedlichen Folgen. Langzeitwirkungen hat jeder zu befürchten. Kopfschmerzen, Schlafstörungen und Erschöpfung sind typische Symptome. Besonders betroffen sind Elektrohypersensible. Sie sind meist durch andere Umweltgifte vorbelastet und die EMF bringen das Fass zum Überlaufen.

perzellen herrscht Stress. Die Krebsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat 2011 die nicht-ionisierende Strahlung als möglicherweise krebserregend eingestuft. Swiss Re, einer der größten Rückversicherer, stufte sie 2013 unter dem Titel „Unvorhersehbare Folgen elektromagnetischer Felder“

in das höchste Risikopotenzial ein. Die Europäische Umweltagentur widmete ihr 2013 im zweiten Band des Umweltberichts „Späte Lehren aus frühen Warnungen“ ein eigenes Kapitel.

Die von Lobbyisten durchgesetzten deutschen Behörden und Schutzkommissionen ignorieren und verfälschen in ihren Berichten die Studienlage. Diagnose-Funk e.V. versucht, die Wahrheit durch gründliche Recherchen ans Licht

Wegen Internetverbots komplett ausgerastet

Augsburg – Ein Jugendlicher ist in Augsburg durchgedreht, weil ihm seine Mutter den Internetzugang abgestellt hat. Der 15-Jährige hatte sieben Stunden lang ununterbrochen Playstation gespielt, als seine Mutter die Verbindung unterbrach. Daraufhin tobte er so heftig, dass sich seine Mutter mit seinem zwölfjährigen Bruder in einem Zimmer einschloss und die Polizei rief. Durch das Fenster warf sie den Beamten den Wohnungsschlüssel zu. Zu viert gelang es den Beamten, die Tür zu öffnen, gegen die sich der 15-Jährige stemmte. Er wurde in eine Klinik gebracht.

5/7.04.08.2014



Das Heft „Burn-out“ ist noch lieferbar: www.umwelt-medizin-gesellschaft.de → Archiv

Peter Hensinger, Jahrgang 1948, studierte Germanistik, Linguistik und Pädagogik, erlernte anschließend den Beruf des Druckers, übte ihn aus, wechselte dann in die Psychiatrie und war dort 20 Jahre als Gruppenleiter tätig. Bei der Verbraucherschutzorganisation „Diagnose-Funk e.V.“ ist er Vorstandsmitglied und Leiter des Bereichs „Wissenschaft“. Zudem ist er Vorstandsmitglied im Kreisverband Stuttgart des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).



peter.hensinger@diagnose-funk.de

Schutzmaßnahmen und technische Alternativen

Wie sich Gesundheitsrisiken reduzieren lassen

Die mobile Kommunikation ist die Leittechnik des 21. Jahrhunderts und die umsatzstärkste Branche unserer Zeit. Sie basiert auf Mikrowellen-Technologie und wurde eingeführt ohne Beachtung ihrer Risiken. Ihre Faszination scheint das Nachdenken über mögliche Gesundheitsgefahren zu ersticken, dabei sind die durch zahlreiche Forschungsstudien belegt.

von Jörn Gutbier

Zurzeit befinden wir uns – nach dem Hype der ständigen Erreichbarkeit – in einer weiteren Phase des Ausbaus der Funkanwendungen: Parallel zur Einführung der Smartphones und Tablets findet die Mobilmachung

nen wir uns schützen? Kann die Politik handeln? Dreimal ja, denn nichts ist alternativlos.

Die Risiken der Mikrowellen-Technologie waren bereits vor ihrer Einführung aus Militärforschungen in den USA, der DDR und der

„MiniWatt-Programm“ erarbeiten. Regulierungsmaßnahmen wie „Ein Netz für alle Anbieter“ wurden diskutiert. Doch Industrie-Kanzler Gerhard Schröder und 50 Mrd. Euro Lizenzgebühren beendeten die Diskussion. Verkaufte Gesundheit! Flankierend wurde ein ganzes System zur Risikoverschleierung aufgebaut. Die unkontrollierte Bestrahlung wurde zugelassen und heute haben wir mehr als ein Dutzend parallel betriebener Mobilfunknetze.

Was ist zu tun? Was ist technisch möglich?

Für einen guten Gesundheitsschutz müsste in einem ersten Schritt die Strahlenbelastung um ein Mehrtausendfaches gesenkt werden. Das ist durch drei Maßnahmen möglich, ohne die Kommunikationsmöglichkeiten einzuschränken:

- Durch die Trennung von Indoor- und Outdoor-Versorgung, die den Schutz der Wohnung vor ungewollter Durchstrahlung ermöglichen würde.

- Durch ein Netz für alle Anbieter, so wie wir auch nur ein Stromnetz

Risiken der Mikrowellentechnologie waren aus Militärforschungen in den USA, der DDR und der UdSSR bestens bekannt.

des Internets statt. Darüber hinaus wird der „Funk der Dinge“ grenzenlos ausgeweitet. Jedes Gerät, jeder Gegenstand fängt an, Informationen zu übermitteln, aber auch jedes Tun soll und wird immer und überall digital erfasst, gesammelt und gespeichert. Das nächste Mammutprojekt ist die komplette Vernetzung und Überwachung des Autoverkehrs: Ab 2015 werden automatische Notrufmelder in Neuwagen zur Pflicht. Für all dies ist die Anwendung von Funktechnologien unabdingbar und die Strahlenbelastung steigt und steigt. Können wir daran noch was ändern? Kön-

UdSSR bestens bekannt. Das Bundesamt für Telekommunikation ließ in den 1990er-Jahren die umfangreiche Forschung von Prof. Dr. med. Karl Hecht (Charité) aufarbeiten, aber sein Bericht war aufgrund der darin u.a. dokumentierten Langzeitschädigungen zu brisant und verschwand im Archiv.

Die zuständigen Sachbearbeiter im Bundesamt für Strahlenschutz veröffentlichten noch 2005 die „Leitlinien Strahlenschutz“, in denen sie vor der „unkontrollierten Exposition“ warnten und staatliche Regulierung einforderten. Die Bundesregierung ließ das



Foto: Grey59 / pixelio.de

Endgerät versus Sendeanlage

Die Höhe der Belastung durch das Handy/Smartphone/Tablet richtet sich nach den Abstrahlungseigenschaften des benutzten Geräts (SAR-Wert), nach der Qualität der Verbindung zur nächsten Basisstation und nach der Sendetechnik (GSM, WLAN oder UMTS/LTE), aber vor allem nach dem Verhalten des Nutzers. Optimierte Sendernetze führen auch bei den Endgerätenutzern zu einer deutlichen Reduzierung der Sendeleistung und damit zu einer Reduzierung der Belastung. Je kürzer und direkter der Weg zwischen Sender und Empfänger – v.a. ohne dämpfende Gebäudemasse auf der Funkstrecke –, desto besser.

und eine Autobahninfrastruktur haben und nicht jeder Autobauer seine eigenen Straßen baut. (Zielvorgabe ist: Die Funkstrecke muss so kurz wie möglich sein. Die Kommunikation läuft dann aber immer noch über die Mikrowellentechnologie.)

- Durch die schnellstmögliche Ablösung der Mikrowellentechnologie durch eine gesundheitsverträgliche Technologie. (Daran wird geforscht. Mit der optischen Übertragungstechnik „Visible Light Communication“/VLC über LED-Licht liegen bereits Ergebnisse vor. Die Anwendungsreife steht vor der Tür.)

Trennung von Indoor- und Outdoor-Versorgung

Die Outdoor-Versorgung findet über GSM-, UMTS- oder LTE-Mobilfunkmasten statt. Über sie telefonieren, SMSen oder surfen wir mit den Handys, Smartphones und

Tablets. Die Abstrahlleistung der Mobilfunkmasten ist so ausgelegt, dass sie alle Dämpfungswiderstände (Häuser, Bäume, Reflexionen usw.) überwindet, damit in jeder Wohnung und noch in mehreren

extrem anschwellende Datenvolumen durch die Mobilmachung des Internets nicht mehr transportieren kann. Deshalb weichen die Betreiber aktuell auch auf lizenzfreie WLAN-HotSpots als weiteres Netz

Industrie-Kanzler Gerhard Schröder und 50 Mrd. Euro Lizenzgebühren beendeten die Diskussion. Verkaufte Gesundheit!

Kilometern Entfernung am Rande einer Funkzelle im Haus telefoniert und gesurft werden kann. Das führt vor allem für die nahe an Mobilfunkmasten wohnenden Menschen zu extremen Dauerbelastungen. In Gutachten wie dem für Stuttgart-West wurden Stärken von 130.000 µWatt/m² und mehr in den umliegenden Häusern gemessen.

Doch diese Technik stößt an ihre Grenzen, weil sie vor allem das

aus. Neue Sendeanlagen sind in der Regel keine Frage der funktchnischen Erreichbarkeit mehr, sondern überholten Versorgungskonzepten geschuldet, womit in völlig unnötiger Weise die Strahlenbelastung wider besseren Wissens ständig gesteigert wird, anstelle sie zu senken. Wie könnte diese Spirale gestoppt werden?

Die Anbindung aller Haushalte und Gewerbebetriebe an das Glas-

fasernetz (oder ein sehr schnelles Kupfernetz für die Übergangszeit) muss zur Grundversorgung werden. Damit ist ein schneller und nahezu unbegrenzter Datentransport in die Häuser möglich, ohne erst die Baumasse und/oder große Entfernungen mittels Funksignalen überwinden zu müssen. Jeder Bürger ist dann an seinem Schreibtisch – über seinen Router verkabelt – optimal versorgt. Die Durchstrahlung der Gebäude für schnelles Internet von außen durch LTE, wie es vor allem in ländlichen Gebieten gerne beworben wird, kann entfallen.

Wer im Haus (Indoor) trotz Festnetz auf einen mobilen Empfang nicht verzichten will und eine Strah-

lasterung in Kauf nimmt, nutzt seinen Router als sogenannte Mini-Zelle (Femto-Zelle): ein kleiner Mobilfunksender in der Wohnung, der die Mobilfunksignale des Anbieters über das Kabel ins Haus bringt. Die Strahlungsstärke kann dabei so gering eingestellt werden, dass nur ein Raum versorgt und kein Nachbar zwangsweise bestrahlt wird. Technische Störungen durch sich überlagernde Funknetze werden damit ausgeschlossen und hohe Datenraten gewährleistet. Und nachts kann

jeder alles ausschalten, um sich von der Mobilfunkstrahlung zu erholen. Das Recht auf den Schutz der Wohnung, in diesem Fall vor elektromagnetischen Feldern, bleibt damit gewahrt und auch sehr empfindliche Menschen könnten wieder Rückzugsräume in einem normalen städtischen Umfeld finden bzw. in ihren angestammten Orten bleiben.

In der Outdoor-Versorgung können auf der Grundlage einer lückenlosen Glasfaser-Infrastruktur nun neue Wege gegangen werden. Die herkömmlichen Mobilfunkmasten (Makrozellen) werden durch viele Picozellen (Mini-Basisstationen) ersetzt, die auch im Nahbereich nur schwache Funkbe-

Höherfrequente Mikrowellen stören keine Nachbarn

Neue Entwicklungen nutzen hochfrequente Signale bei z.B. 50 GHz für die Innenraumversorgung (anstelle 2,4 oder 5 GHz wie bei WLAN). So schnell schwingende Funkwellen können Baumasse (fast) nicht mehr durchdringen. Damit wäre weitgehend sichergestellt, dass kein Nachbar mehr unerwünschte Mobilfunkstrahlung von nebenan in seiner Wohnung ertragen muss. Und der Smartphone-Nutzer bleibt weiterhin auf Empfang – aber ebenfalls strahlungsminimiert.

Für einen guten Gesundheitsschutz müsste die Strahlenbelastung um ein Mehrtausendfaches gesenkt werden.

lastungen verursachen. Ziel ist die Absenkung der Sendeleistung aller heutigen Outdoor-Basisstationen auf einen Immissionspegel, der nur zur Versorgung des Außenbereichs dient. Eine Optimierung der Senderstandorte ermöglicht, abhängig von Topografie, Zellgröße und Zellart, eine Immissionsminderung um mehrere Zehnerpotenzen.

Wenn keine Innenräume von außen versorgt werden müssen, werden zukünftige Outdoor-Basisstationen viel kleiner, preisgünstiger und können mit hoher Homogenität und besserer Ausleuchtung störungsfrei und leistungsarm betrieben werden. Diese Lösung wurde bereits vor 15 Jahren im MiniWatt-Programm der Bundesregierung vorgeschlagen. Im schweizerischen St. Gallen wird zurzeit eine solche Versorgung mit der Zielvorgabe der Immissionsmini-

mierung und gleichzeitig maximaler Kapazität erprobt.

Es ist dabei nur logisch, dass für diese Versorgung ein Netz aufgebaut werden muss, in das sich alle Betreiber einmieten. Dies ist technisch machbar und nur eine Frage des politischen Willens.

Visible Light Communication (VLC)

Smartphones kommunizieren momentan über elektromagnetische Wellen in Frequenzen von 800 bis 2.600 MHz. Diese gepulsten Mikrowellen-Frequenzen sind gesundheitsschädlich. Auch das Licht ist eine elektromagnetische Welle – nur mit viel höherer Frequenz: von 384 bis 789 THz. An diese schon immer vorhandenen Frequenzen hat sich unser Körper evolutionär angepasst. Warum nicht die Fre-

quenzen des Lichts als Übertragungsmedium nutzen? Das hätte nur Vorteile: Künstliche Lichtquellen sind überall vorhanden, in der Wohnung, in den Büros, in der Tiefgarage, an den Straßenlaternen, in den Verkehrsampeln. Wir haben also schon Milliarden potenzielle Basisstationen.

Die Bundesregierung und die Medien sind dick im digitalen Geschäft und arbeiten an der Vertuschung der Risiken zusammen.

Nur mit vielen kleinen Sendezellen und mit höheren Frequenzen kann das ständig wachsende Datenvolumen auch zukünftig bewältigt werden. Die Vorstellung ist bestechend: Ich schalte im Büro die Beleuchtung ein und mein PC empfängt das Internet und mein Smartphone telefoniert darüber. Die LED-Lampe ist Sender und Empfänger. Die LED-Technik macht es möglich, optisch zu kommunizieren. Hinzu käme auch ein Schutz gegen Datenspionage: Lichtwellen dringen nicht durch Wände. Ein be-

Das Grundprinzip zum Umgang mit dieser Risikotechnologie lautet: je weniger Strahlung, desto besser.

triebliches VLC-Intranet ist schwerer zu knacken. Die VLC-Technik wurde u. a. am Heinrich Hertz Institut in Berlin und an der Universität Edinburgh entwickelt. Auch China arbeitet mit Hochdruck daran und nennt es „Li-Fi“. Die Berliner Wissenschaftler werben für die Akzeptanz der Technologie und suchen nach Möglichkeiten für Pilotprojekte, um die Alltagstauglichkeit zu beweisen.

Wie kann man sich wirksam schützen?

Das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen, aber dennoch kann es nicht akzeptiert werden, dass die Menschen um des Profits willen nicht aufgeklärt werden, ihre Gesundheit gefährdet ist und der Staat in keiner Weise regulierend

eingreift, um strahlungsminimierende Maßnahmen durchzusetzen. Der mündige Verbraucher ist hier nicht erwünscht. Im Gegenteil: Die Bundesregierung und die Medien sind dick im digitalen Geschäft und arbeiten an der Vertuschung der Risiken zusammen. Es ist so auch kein Zufall, dass über die Verbraucherschutz- und Vorsorgeempfehlungen des Europa-Parlaments, des Europa-Rats, der Europäischen Umweltagentur, der Österreichischen Ärztekammer, industrieunabhängiger Wissenschaftlerverbände und

Verbraucherschutzorganisationen in Deutschland so gut wie nicht berichtet wird.

Das Grundprinzip zum Umgang mit dieser Risikotechnologie lautet: je weniger Strahlung, desto besser. Die Intensität und noch wichtiger die Dauer der Bestrahlung sind zu minimieren. Deshalb: „Fasse dich kurz!“ Der alte Spruch in den Telefonzellen bekommt eine neue Bedeutung. Drei Bereiche der Bestrah-

BUCHTIPPS

Ratgeber Heft 1
Elektrosmog im Alltag
Was E-Smog verursacht – Anregungen zur Minimierung
Diagnose-Funk e.V.
2. Auflage, September 2013
44 Seiten, 3,00 Euro
<http://shop.diagnose-funk.org>

Wolfgang Maes
Stress durch Strom und Strahlung
Baubiologie: Unser Patient ist das Haus – Band 1
Institut für Baubiologie + Ökologie IBN
6. Auflage, Mai 2013
1.100 Seiten, 45,00 Euro
978-3-9235312-6-4
www.baubiologie-shop.de

Berufsverband
Deutscher Baubiologen (Hrsg.)
Energieversorgung & Mobilfunk
Elektromagnetische Verträglichkeit
7. EMV-Tagung, April 2013
250 Seiten, 39,90 Euro
978-3-923531-26-4
www.baubiologie.net → Publikationen

Ärztinnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt u. a. (Hrsg.)
Leitfaden Senderbau (LSB)
Vorsorgeprinzip bei Errichtung, Betrieb, Um- und Ausbau von ortsfesten Sendeanlagen
Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, 2012, 36 Seiten, kostenfreier Download
www.aegu.net/pdf/Leitfaden.pdf



Foto: Joim Gutbier

lenbelastung in Kauf nimmt, nutzt seinen Router als sogenannte Mini-Zelle (Femto-Zelle): ein kleiner Mobilfunksender in der Wohnung, der die Mobilfunksignale des Anbieters über das Kabel ins Haus bringt. Die Strahlungsstärke kann dabei so gering eingestellt werden, dass nur ein Raum versorgt und kein Nachbar zwangsweise bestrahlt wird. Technische Störungen durch sich überlagernde Funknetze werden damit ausgeschlossen und hohe Datenraten gewährleistet. Und nachts kann

lung durch Hochfrequenz, in denen eine Gesundheitsvorsorge stattfinden muss, sind im Wesentlichen zu unterscheiden:

■ Immissionen durch Sendeanlagen der Mobilfunkbetreiber: Hier muss der Staat regulierend eingreifen und Konzepte zur Strahlenminimierung durchsetzen. Aber auch die Kommunen sind aufgerufen, aktiven Gesundheitsschutz zu be-

treiben durch Mobilfunkvorsorgekonzepte, mit denen die Aufstellung von Sendeanlagen geregelt oder auch Modellprojekte zur Strahlenminimierung (Beispiel St.Gallen) erprobt werden können. Diagnose-

des Nachbarn. Hier muss der Staat durch Aufklärung sensibilisieren, handyfreie Waggons und Zonen einführen (analog zu Nichtraucherabteilen), leistungsgeregelte WLANs als Norm einführen, dauerstrahl-

Die Intensität und noch wichtiger die Dauer der Bestrahlung sind zu minimieren.

Funk e.V. unterstützt dies mit einem Ratgeber für Kommunen und Ausgaben der Reihe „Brennpunkt“ zu zukunftsfähigen Lösungen.

■ Immissionen durch private Endgeräte und Router Dritter: Es ist nicht mehr möglich, der Bestrahlung auszuweichen – für Elektrosensible eine ausweglose Situation: leistungsstarke HotSpots im Öffentlichen Nahverkehr und Bahnen, WLAN und DECT-Telefon

lende DECT-Telefone verbieten und das Nachbarschaftsrecht um Schutzklauseln gegenüber Funkanwendungen ergänzen.

■ Selbstbefeldung/-verstrahlung durch eigene Endgeräte und stationäre Dauersender zu Hause und am Arbeitsplatz: Darüber hat jeder vollständige Entscheidungsgehalt, vorausgesetzt man kennt die Risiken. Die wichtigsten Regeln, die man sofort umsetzen kann:

Smartphones – ständig ungefragt online

Das Datenblatt des Smartphones verspricht zwei Wochen Stand-by, aber die Realität sieht für Nutzer ganz anders aus: Ruckzuck ist der Akku leer, er hält meist nicht mal einen Tag lang durch. Warum eigentlich? Weil sich das multifunktionale Fernsprengerät neben einem meist zu hell eingestellten Bildschirm und der dauernden Suche nach GPS-Satelliten zur Standortbestimmung ständig mit dem Internet über Funk austauscht. Auch ohne Ihr aktives Zutun sind Smartphones ständig mit dem Mobilfunknetz verbunden. Das liegt an den vielen Apps auf Ihrem Gerät.

Das E-Mail-Programm checkt nach neuen E-Mails. Facebook- und Twitter-Apps senden und

empfangen automatisch aktuelle Daten und sorgen neben der schnellen Entladung des Akkus auch für eine ständige Strahlenbelastung. Fleißige Sender und Empfänger sind zudem viele Gratis-Apps – etwa ein Taschenrechner. Der Grund: Die eingebauten Werbebanner nutzen Standorterkennung und Onlineverbindung, um ständig Reklame nachzuladen, und auch die Updatefunktion will solche Programme laufend aktualisieren. Ähnliches gilt bei News-, Wetter-, Musik-, Video-, Kamera-, Radio-, Fernseh-, Spiele-, Sport-, Freizeit-, Fitness-, Finanz-, Reise-, Gastro-, Shop-, Lifestyle-, Kino-, Merkel- und sonstigen Apps.

Apps sorgen dafür, dass ein Smartphone teils im Minutentakt online ist, obwohl der Nutzer das Ge-

rät nach dem Einschalten nur rumliegen lässt. Auf allen verfügbaren Funkwegen wird laufend gesendet und empfangen. Das gilt auch nachts. Im Vergleich dazu das Send- und Empfangsverhalten eines klassischen Handys ohne Apps: Nur alle paar Stunden ein Abgleich mit dem Netz.

Kontrollieren Sie, welche Apps Sie wirklich brauchen, und deaktivieren Sie, was möglich ist. Mit der Einstellung „Flugmodus“ werden alle Funkverbindungen, auch das Telefonieren, unterbunden. Wenn Sie den „Datennetzmodus“ und das „WLAN“ deaktivieren, können Sie immer noch telefonieren und simsen, doch Anwendungen, die eine Datennetzverbindung benötigen, sind nun unterbrochen.

Minimierung am praktischen Beispiel

Trennen von Indoor- und Outdoorversorgung

Eine Datenfunk-Verbindung ist laut der Zeitschrift „Connect-Test“ noch bei einer Empfangsstärke von $0,0005 \mu\text{W}/\text{m}^2$ gegeben. Zur Bereitstellung dieses Leistungspiegels nur für den mobilen Funk im Außenbereich könnte die aktuelle Sendeleistung der Sendeanlagen, verbunden mit einer Optimierung der Standorte, um ca. drei Zehnerpotenzen gesenkt werden. In Stuttgart-West z.B. würde die Dachgeschosswohnung gegenüber der Sendeanlage dann nicht mehr $100.000 \mu\text{W}/\text{m}^2$, sondern „nur“ noch mit ca. $100 \mu\text{W}/\text{m}^2$ belastet.

Ein Netz für alle

Würde der Staat zudem die Mobilfunkbetreiber auf die Nutzung von nur noch einem gemeinsamen leistungsfähigen Mobilfunknetz verpflichten, würde die Vielfachbestrahlung vermieden und in der Dachgeschosswohnung kämen nur noch um die $10 \mu\text{W}/\text{m}^2$ an.

Femtozellen für die Indoorversorgung

Am Rande dieser optimierten Funkzelle, wo außen (Outdoor) nur noch sehr schwache Signalstärken ankommen – also Indoor dann durch die Gebäudedämmung kein Mobilfunkempfang mehr möglich ist –,

übernimmt die Femtozelle im Haus die Versorgung. Der Smartphone-Nutzer betritt seine Wohnung und die kleine Sendeanlage im Haus sichert automatisch ohne Unterbrechung den Mobilfunkempfang. Diese Technik steht bereits zur Verfügung und löst auch das Kapazitätsproblem der Betreiber.

Tests mit handelsüblichen Femtozellen haben gezeigt, dass z.B. bei einer maximalen Funkbelastung von weit unter $10 \mu\text{W}/\text{m}^2$ im Nahbereich eines regelbaren Indoor-Routers, auch in 10m Entfernung noch Übertragungsraten von 20 Megabit/Sek. auf das Smartphone möglich sind.

- Sorgen Sie dafür, nach Möglichkeit verkabelt zu arbeiten und zu leben, solange keine echten gesundheitsverträglichen Funktechniken angeboten werden – wir in Europa haben dazu die Infrastruktur und mögliche Mehrkosten sind tragbar!
- Halten Sie die Mikrowellensender Handy und Smartphone nicht an den Kopf und das Tab-

nur dann ein, wenn Sie es tatsächlich benötigen!

- Wenn DECT-Schnurlostelefone und WLAN-Router genutzt werden, sorgen Sie für die Abschaltung in der Zeit, in der Sie es nicht benötigen, reduzieren Sie die Sendeleistung. Benutzen Sie dauerstrahlende alte DECT-Telefone nicht mehr! Beste Lösung: kabelgebunden telefonie-

Persönliche Schutzmaßnahmen befreien die Politik aber nicht von ihrer Verantwortung aktive Vorsorge zu betreiben, die sie bis dato leider fast vollständig verweigert – wider besseren Wissens. ■

Schwangere sollten die Geräte nicht am Körper und Männer nicht in der Hosentasche tragen!

let nicht an den Körper! Nutzen Sie Freisprecheinrichtungen und Headsets!

- Telefonieren Sie im Auto nicht ohne Außenantenne!
- Vor allem Schwangere sollten die Geräte nicht am Körper, Männer nicht in der Hosentasche und Frauen nicht am Bauch oder im BH tragen. Schalten Sie den Datenfunk und das WLAN von Smartphones

ren. „Zweitbeste“ Lösung: DECT-Telefone der ECO-Plus-Generation. Schalten Sie mögliche Dauerstrahler auch an Fernsehgeräten, HiFi-Anlagen, Druckern, Scannern und anderen elektronischen Geräten aus!

Auch in Zeiten des „Digitalismus“ gibt es Möglichkeiten, ein Weniger an Belastung durch elektromagnetische Noxen umzusetzen.

Jörn Gutbier, Jahrgang 1967, studierte Architektur, bildete sich zum Baubiologen weiter und ist seit 1998 als Freier Architekt tätig. Bei



der Verbraucherschutzorganisation „Diagnose-Funk e.V.“ ist er seit 2010 Vorstandsvorsitzender und zuständig für den Bereich „Verbraucherschutz und Alternativen“. Zudem ist er Mitglied im Arbeitskreis „Immissionsschutz“ des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Mitglied im Gemeinderat der baden-württembergischen Stadt Herrenberg.

joern.gutbier@diagnose-funk.de



Foto: Jörn Gutbier

Reform des Wahlrechts

Jugendliche wollen wählen, denn es geht um ihre Zukunft

Driviertel aller deutschen Kinder und Jugendlichen sehen im Klimaschutz die größte Herausforderung unserer Zeit. Beim großen „TV-Kanzlerduell“ vor den letzten Bundestagswahlen im September 2013 fiel das Wort „Klima“ jedoch kein einziges Mal. Lag es daran, dass in wenigen Jahren die Rentner ein Drittel und die Jugendlichen nur ein Sechstel der Bevölkerung stellen? Mit dem demografischen Wandel wächst die Gefahr, dass ältere Menschen die Themen der politischen Agenda bestimmen – und dies nicht unbedingt zukunftsorientiert.

Wir Jugendlichen von der Initiative „Plant-for-the-Planet“ fordern deshalb ein Wahlrecht ohne Mindestalter. Jeder Mensch sollte wählen dürfen, sobald er will. Es könnte weiterhin eine Altersgrenze von 16 oder 14 Jahren gelten, von der an offiziell zur Wahl geladen wird. Doch wer schon früher wählen möchte, sollte sich ins Wählerverzeichnis eintragen dürfen. Politisches Bewusstsein und Urteilsvermögen können schon früh entwickelt sein. Die 8.700 Kinder, die an unserer Initiative in Deutschland teilnehmen und Bäume pflanzen, sind durchschnittlich 12 Jahre alt und schon seit mehreren Jahren politisch aktiv.

Wenn ein junger Mensch in seinem Gemeinwesen mitentscheiden möchte, sollte ihn kein Gesetz davon abhalten. Auch bei Erwachsenen ist

die Wahlbeteiligung oft niedrig, also das politische Bewusstsein unterentwickelt. Niemand käme auf die Idee, das Demonstrationsrecht, das übrigens ab 0 Jahren gilt, abzuschaffen oder einzuschränken, bloß weil es nur eine Minderheit nutzt.

Die Jugendlichen der Initiative „Plant-for-the-Planet“ fordern ein Wahlrecht ohne Mindestalter. Jeder Mensch sollte wählen dürfen, sobald er will.

Dass die Befürchtung, junge Menschen würden zu extremistischen Parteien neigen, unbegründet ist, zeigte das Projekt „U18“, eine Alternativwahl, die in Schulen und Jugendtreffs angeboten wird.

Die Frage, ob sich Kinder gut genug mit Politik auskennen, kann kein legitimer Einwand gegen ein Wahlrecht für sie sein, denn in einer Demokratie darf es keine Wissenstests geben. „Wahlreife“ ist nirgends definiert und wird bei niemandem geprüft, sei er nun 30, 60 oder 90 Jahre alt. Nach oben gibt es auch keine Altersgrenze, obwohl von derzeit 62 Mio. Wahlberechtigten rund 1 Mio. an Demenz leidet.

Viele Kinder setzen sich schon früh kritisch und klug mit ihrer Welt auseinander, sprechen besser Englisch und verstehen mehr vom Internet als ihre Eltern und Großeltern. Psychologische Studien zeigen, dass bereits 12- bis 15-Jährige zu for-

mal-logischen Denkkonstruktionen fähig sind – eine entscheidende Stufe der kognitiven Entwicklung. In diesem Alter haben viele Kinder schon eine stabile intellektuelle, soziale und moralische Urteilsfähigkeit erreicht. Deshalb sollten auch nicht

die Eltern die Stimmzettel für ihre Kinder ausfüllen. Eine Briefwahl unterhalb des regulären Wahlalters von 16 oder 14 Jahren sollte es nicht geben, um eine mögliche Fremdbestimmung durch die Eltern zu erschweren.

Junge Menschen sollten mitentscheiden dürfen, wenn es um ihre Zukunft geht. Nicht „Kinder an die Macht“ wollen wir, sondern faire Mitspracherechte. Nur wer wählt, der zählt! ■

Felix Finkbeiner, Jahrgang 1997, ist Schüler und gründete 2009 die internationale Kinder- und Jugendinitiative „Plant-for-the-Planet“.



www.wir-wollen-waehlen.de

Bei der Bundestagswahl darf nur der seine Stimme abgeben, der mindestens 18 Jahre alt ist. Gegen diese Beschränkung klagen beim Bundesverfassungsgericht 15 Kinder und Jugendliche, denn sie sehen ihre Interessen von der Politik nur ungenügend berücksichtigt. Dieser Auffassung ist auch schon seit Langem die ÖDP. Ein Grund, beide Positionen zu vergleichen.

Unsere auf Wahlen beruhende Demokratie hat einen gewaltigen Pferdefuß: Die Kinder, die von allen Entscheidungen mit Langzeitwirkung stärker betroffen sind als die Erwachsenen, werden bei Wahlen nicht berücksichtigt. So kommt es, dass der Bevölkerungsanteil der Familien mit minderjährigen Kindern bei Wahlen nur etwa zur Hälfte ins Gewicht fällt. Dies hat zur Folge, dass diese Familien seit Jahrzehnten auch in der Gesellschaftspolitik systematisch benachteiligt, ja geradezu ausgebeutet werden. Beispielhaft ist das

priesene „Familienlastenausgleich“ macht nur einen Bruchteil des Betrags aus, der den Eltern durch die Vergesellschaftung der Alterssicherung entzogen wird.

Dieser Defekt unserer Demokratie belastet ihre Zukunftsfähigkeit, da langfristiges Denken und Handeln erschwert wird. Die Demokratie selbst ist jedoch nicht das Problem, sondern das Wahlrecht. Und dessen Fehlerhaftigkeit ist korrigierbar. Die zentrale Frage lautet: Wie lässt sich der Bevölkerungsanteil der Kinder berücksichtigen und den Familien der Einfluss verschaf-

Die ÖDP fordert ein Antragsrecht für Jugendliche, selbst an der Wahl teilzunehmen. Nehmen sie es nicht wahr, werden sie von ihren Eltern vertreten.

Rentenrecht anzuführen, das zwar die heutigen Rentner mit erheblichen Rechten ausstattet, aber den Kindern, die diese Renten später bezahlen sollen, keine vergleichbare soziale Sicherheit zugesteht.

Das nur halbe Wahlgewicht der Familien benachteiligt aber immer auch die Eltern, deren Erziehungsleistung ihnen selbst – wirtschaftlich gesehen – nicht mehr zugute kommt, wie das früher selbstverständlich war. Es kommt heute stattdessen der Gesamtgesellschaft zugute, die aber keine angemessene Gegenleistung vorsieht. Der ge-

fen, der ihnen nach ihrem Bevölkerungsanteil zusteht?

Die Hoffnung, alle Erwachsenen würden die Interessen der Kinder mitvertreten, ist eine Illusion. Zwar sind die Wählerinnen und Wähler ohne minderjährige Kinder in der Regel nicht „kinderfeindlich“, aber sie haben die Belange von Kindern meist nicht oder zumindest weniger im Blick als deren Eltern. Demgegenüber sind die Interessen von Eltern und Kindern einer Familie meist weitgehend gleich. Was liegt näher, als die Eltern für ihre Kinder abstimmen zu lassen? Schließ-

lich müssen sie auch sonst für sie entscheiden, weil ihnen schon das Grundgesetz die Verantwortung für ihre Kinder zuweist. Deshalb fordert die ÖDP in ihrem Bundespolitischen Programm (Kapitel V,3 Zeilen 2491–2502) ein Elternwahlrecht.

Ein Gegenargument lautet, dies verstoße gegen die Geheimheit der Wahl, die auch zwischen den beiden Elternteilen gilt. Die Lösung im ÖDP-Programm: Wenn es zwei Erziehungsberechtigte gibt, können beide jeweils eine halbe Stimme pro Kind erhalten.

Ein weiteres Gegenargument: Wenn Eltern für ihre Kinder abstimmen dürfen, kann das zu Streit mit sich bevormundet fühlenden Jugendlichen führen. Die Lösung im ÖDP-Programm: ein Antragsrecht für Jugendliche, selbst an der Wahl teilzunehmen. Wird es nicht wahrgenommen, lässt sich davon ausgehen, dass sie damit einverstanden sind, von ihren Eltern vertreten zu werden. ■

Dr. Johannes Resch, Jahrgang 1940, war Arzt und ist u.a. Vorsitzender des „Bundesarbeitskreises Familie, Soziales und Gesundheit“ der ÖDP.



www.johannes-resch.de

Zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

Sonnensteuer statt Steuern in Richtung Zukunft

Die im August 2014 in Kraft getretene EEG-Reform ist gründlich missglückt. Sie bremst den Ausbau und den Umstieg auf Erneuerbare Energien, statt ihn zu forcieren und unsere Energieversorgung auf ein neues Niveau zu heben. Das ist allerdings ganz im Sinne der großen Stromkonzerne, die ihre monopolistische Marktposition erfolgreich verteidigen konnten.

von Dr. Michael Stöhr

Da muss man sich die Augen reiben: Seit 1. August 2014 soll auf Solarstrom, der selbst erzeugt und im eigenen Haus verbraucht wird, EEG-Umlage gezahlt werden – vergleichbar mit einer Mehrwertsteuer auf selbst verzehrtes Gemüse aus dem eigenen Garten. Mit Fug und Recht kann man von einer Sonnensteuer sprechen. Allein der administrative Aufwand zur Erfassung des selbst erzeugten und auch selbst verbrauchten Stroms ist ein bürokratisches Monster. Darum ziehen die Übertragungsnetzbetreiber die EEG-Umlage auf diesen Strom auch erst einmal nicht ein und hoffen, den Kelch an die Verteilnetzbetreiber weiterreichen zu können.

Mehr eine EEG-Deform statt eine -Reform

Die Sonnensteuer ist nur der groteskteste Unsinn, der in das Gesamtpaket EEG-Reform – besser wäre eingestiegen: EEG-Deform – hineingepackt wurde. Wie naiv war

es zu glauben, solcher Schwachsinn werde nur vorgeschlagen, um im Wiederabrücken davon als Kompromissbereit zu erscheinen und die eigentlich gewollten Anliegen besser durchdrücken zu können?

*Die Sonnensteuer ist nur der groteskteste Unsinn,
der in das Gesamtpaket
EEG-Reform hineingepackt wurde.*

Nein, Schwachsinn ist durchaus legalisierbar.

Doch was man sich auf der Zunge zergehen lassen sollte, ist das zwischen den Zeilen des Gesetzestextes ausgedrückte Eingeständnis, dass Solarstrom mittlerweile sehr kostengünstig geworden ist – die Gestehungskosten liegen zwischen 8 und 12 Cent/kWh mit einer Tendenz zum weiterhin zügigen Sinken – und man seine Erzeugung deshalb sogar mit einer Abgabe belegen muss, um dieser ungewollten Konkurrenz noch halbwegs Herr zu werden.

Verschleierung der Kostenwahrheit

Ja, PV- und Windstrom sind nun etwa so teuer wie Kohlestrom und preisgünstiger als Atomstrom, wenn man neue Kraftwerke vergleicht.

Letztes belegt eine offensichtlich in völliger Unkenntnis der erneuerbaren Alternativen geschriebene und als wahrer Offenbarungseid zu lesende Pressemitteilung des Konsortiums rund um die französische Électricité de France (EdF) zur garantierten Einspeisevergütung der britischen Regierung für das geplante Kernkraftwerk Hinkley Point C.

Um den Einwand gleich abzufangen, PV- und Windstrom seien „nicht so viel wert“ wie Atomstrom, da ihre Erzeugung schwanke, sei

erwähnt, dass es natürlich auch komplexere Berechnungen des gesamten Stromversorgungssystems gibt, welche diesen Unterschied berücksichtigen. Es schwankt übrigens auch der Stromverbrauch, was dazu führt, dass man ja auch nicht die gesamte Stromversorgung mit Atomkraftwerken sicherstellen kann. Diese sind nämlich sehr schlecht steuerbar. PV-, Wind- und Atomkraftwerke brauchen alle die Ergänzung durch flexible Elemente im Stromversorgungssystem. Ein solches, aber nicht das einzige Mögliche, sind Gaskraftwerke.

Eine gute Kurzstudie von Prognos, die im Anschluss an die Pressemitteilung zu Hinkley Point C erstellt wurde, weist nach: Die Kombination aus PV-, Wind- und Gaskraftwerken kann Strom ca. 20% günstiger bereitstellen als die Kombination aus Kern- und Gaskraftwerken. Das zeigt mit übergrößer Deutlichkeit: Wer neue Kohle- und Kernkraftwerke bauen will, muss mittlerweile verschleiern,

dass sie teurer sind als Erneuerbare Energien.

„Schwarzbrenner“ und „Unterwanderer“

Das wird jedoch nicht eingestanden. Die EEG-Demonteure psalmodieren das Lied der Kostenbegrenzung, meinen die EEG-Umlage, die mitnichten die Kosten abbildet, und übergehen, dass diese auch mit Novelle kaum stärker sinkt, als sie es ohne schon getan hätte. Wer unter den Pseudo-Befürwortern der Erneuerbaren Energien diese

Energiekommissar, von einer „Unterwanderung Deutschlands durch Eigenheimbesitzer mit Solaranlagen“.

Begründet werden diese Entgleisungen damit, dass Verbraucher, die sich weitgehend mit selbsterzeugtem erneuerbarem Strom versorgen, ja das Netz für ihren Reststrombezug oder für die Einspeisung von Stromüberschüssen weiter in Anspruch nähmen. Richtig, möglicherweise wird das Netz von ihnen nur noch punktuell, aber dann für hohe Leistungsübertragung in An-

*Die Kombination aus PV-, Wind- und Gaskraftwerken
kann Strom 20% günstiger bereitstellen
als die Kombination aus Kern- und Gaskraftwerken.*

Verbal-Kosmetik nicht durchhält, drückt sich auch schon mal drastischer aus: Johannes Teysen, Vorstandsvorsitzender von Eon, sprach von „Schwarzbrennern“, Günther Oettinger, bis vor Kurzem EU-

spruch genommen; und irgendwann gerät dann vielleicht die Refinanzierung der Netzinfrastruktur ins Wanken.

Doch es gibt eine ganz einfache Möglichkeit, dies zu verhindern:

Foto: Erich Westendamp / pixelio.de



eine an der Leistungsabnahme statt dem Energiebezug bemessene Netzanschlussgebühr. Diese böte weitgehend selbstversorgten Verbrauchern einen Anreiz, durch Verbrauchsmangement oder Speicherung von Strom den noch notwendigen externen Leistungsbezug gleichmäßiger zu gestalten und damit den Bedarf an Netzkapazität zu reduzieren. Das entspräche dem Verursacherprinzip und die erzielten Einnahmen stünden auch tatsächlich im richtigen Verhältnis zu den Kosten der Netzinfrastruktur. Diese sind nämlich abhängig von der Leistungsübertragungskapazität, nicht von der übertragenen Energie.

Wie der Gesetzesrahmen zu gestalten ist

Die EEG-Umlage auf Eigenstromerzeugung aus Erneuerbaren Energien ist nur die Spitze des Unsinnigen, der mit der EEG-Reform verzapft wurde. Doch statt dies zu betrauern, ist ein Blick auf das Vonnöten, was im EEG 2014 nicht enthalten ist: Regelungen, die den zügigen Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien flankieren.

Freilich, nicht alle Energie ist Strom, aber Sonnenlicht und Wind, die beiden Erneuerbaren Energien mit dem bei Weitem größten Potenzial, lassen sich am leichtes-



Foto: Uschi Dreier/pxella.de

Im Strombereich selbst können Batterien, stromangebotsgeführt betriebene Wärmepumpen mit Wärmespeicher und Elektrolyseeinheiten (die erste Stufe der synthetischen Kraftstoffherstellung) als steuerbare

passt, wird in immer genaueren Simulationen verschiedener Forschungsinstitute vorgeführt.

Also Strom! Eine Förderung des Umstiegs auf eine hundertprozentig erneuerbare Versorgung beziehungsweise dessen regulatorische Rahmgestaltung muss folgende Herausforderungen in den Blick nehmen:

- Es ist auf möglichst kleinräumiger Ebene ein möglichst weitgehender Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch zu schaffen. Dazu ist für Ausgleichsmechanismen (Flexibilitäten) wie Last- und Erzeugungsmanagement sowie Energiespeicherung ein geeigneter Rahmen zu schaffen, der Marktteilnehmer

Verbraucher oder sogar Speicher und zum Ausgleich zwischen der fluktuierenden Erzeugung aus Sonne und Wind und dem ebenfalls fluktuierenden Verbrauch dienen. Wie dies alles dann zusammen-

motiviert, diese anzubieten, und die Hürden für den Markteintritt so niedrig wie möglich hält.

- Es sind weiterhin Marktmechanismen zu schaffen, die den Handel auch mit kleinen Flexibilitäten ermöglichen und sicherstellen, dass deren Preis so niedrig wie möglich ist und die notwendigen Informationen für Marktteilnehmer einfach und günstig zugänglich sind.

- Die direkte Belieferung von Verbrauchern mit erneuerbarem Strom muss ermöglicht werden. Was im deformierten EEG als „Direktvermarktung“ bezeichnet wird, ist Etikettenschwindel.

- Der Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch muss nicht komplett auf der niedrigsten Ebene, etwa der eines Einfamilienhauses, erfolgen. Sinnvoller ist wahrscheinlich, den Ausgleich stufenweise auf verschiedenen Ebenen zu erzielen. Der Rah-

Mehraufwand höherer Anforderungen dann durch entsprechend günstigere Flexibilitäten kompensieren. So kann ein Ausgleich auf der Ebene eines Straßenzugs oder Stadtteils mit einer Redox-Flow-Batterie erfol-

gen, was auf der Ebene eines Hauses nicht möglich ist, wo eher teurere Blei- oder Lithium-Ionen-Batterien zum Einsatz kommen.

- Erzeuger und Verbraucher müssen einen finanziellen Anreiz haben, sich möglichst gut aufeinander einzustellen, also nachfrageorientiert zu erzeugen beziehungsweise angebotsorientiert zu verbrauchen. Wichtig ist hier auch, den erzielba-

den. Dies muss aber auch durch die Rahmengesetzgebung gefördert, nicht behindert werden. Dazu gehört, dass Erzeuger einfach und ohne große Transaktionskosten Dritte beliefern können. Dazu ge-

hört, dass sie keinen komplizierten Ausschreibungsverfahren unterworfen werden. Kurz: Dazu gehört, was sonst selbstverständlich als Beseitigung von Markthemmnissen gefördert wird.

All dies leistet die aktuelle EEG-Reform nicht, einiges fällt aber auch in den Bereich anderer Gesetze, vor allem in den des Energiewirtschaftsgesetzes. ■

Erneuerbare Energien ermöglichen eine Vielfalt von Akteuren. Dies muss die Rahmengesetzgebung fördern, nicht behindern.

EU-Kommissar Günther Oettinger sprach von einer „Unterwanderung Deutschlands durch Eigenheimbesitzer mit Solaranlagen“.

men für einen Flexibilitätsmarkt muss entsprechend ausgestaltet werden.

- Der Vorrang des Ausgleichs auf möglichst niedriger Ebene kann durch gestaffelte Anforderungen an die Marktteilnehmer gewährt werden, wobei denen auf der niedrigsten Ebene einfache, automatisierbare und kostengünstige Verfahren gestattet werden sollten.

- Anbieter auf übergelagerten Ebenen (Straßenzug, Stadtteil, Region, Netzgebiet) können mit höheren Anforderungen konfrontiert werden, nicht zuletzt auch aufgrund der auf diesen Ebenen größeren Zuverlässigkeits- und Sicherheitsanforderungen. Diese müssen den

ren finanziellen Vorteil kalkulierbar zu machen.

- Es müssen dazu nicht in jedem Fall gigantische Datenmengen zur Steuerung des Ausgleichs im Netz ausgetauscht werden. Eine kleine PV-Anlage kann auch abhängig von Spannung und Frequenz im Stromnetz automatisch so gesteuert werden, dass sie mal mehr, mal weniger Blind- beziehungsweise Wirkleistung einspeist und das, was nicht vor Ort verbraucht wird, in einer Batterie zwischenspeichert. Einer Datenverbindung zum Netzbetreiber bedarf es dafür nicht.

- Erneuerbare Energien ermöglichen eine Vielfalt von Akteuren in die Energieversorgung einzubin-

Wer neue Kohle- und Kernkraftwerke bauen will, muss mittlerweile verschleiern, dass sie teurer sind als Erneuerbare Energien.

ten in Strom umwandeln. Dieser kann mittels Wärmepumpen dem Wärmesektor und über Elektroantriebe oder synthetische Kraftstoffe dem Transportsektor als Quelle dienen.

Dr. Michael Stöhr,
Jahrgang 1964,
studierte Physik
und arbeitet seit
1992 beruflich im
Bereich „Erneuerbare Energien“



als Forschungsprojektleiter und Berater. In den Jahren 1998 bis 1999 bereitete er in einer Arbeitsgruppe der Bayerischen Solarinitiativen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit vor. Er gründete zwei Photovoltaik-Bürgerbeteiligungsgesellschaften im Münchner Stadtteil Messestadt-Riem, deren Geschäfte er auch führt. 2006 erhielt er den „Deutschen Solarpreis 2006“ in der Kategorie „Medien“ und seine Familie wurde „Deutscher Energiesparmeister 2006“ in der Kategorie „Mieter“. In die ÖDP trat er 2014 ein.

m.stoehr@baumgroup.de



Foto: Klaas Hartz/pixelio.de

Zu den geplanten Freihandelsabkommen

Bestimmen künftig Konzerne unsere Gesellschaft?

Trotz zahlreicher Proteste befürwortet die schwarz-rote Bundesregierung weiterhin ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Dessen wesentlicher Bestandteil ist ein Investitionsschutzabkommen, was bedeutet: Der Staat gibt seine Souveränität an die Profitinteressen international agierender Konzerne und an dubiose Schiedsgerichte ab.

von Hermann Striedl

Erher durch Zufall wurde kurz vor der Europawahl 2014 bekannt, dass die EU-Kommission im Auftrag der Regierungen der EU-Staaten mit den USA und mit Kanada die Freihandelsabkommen TTIP und CETA erarbeitet, die ihre restliche Souveränität beseitigen würde. Durch undichte Stellen wurde trotz totaler Geheimhaltung seitens der Verhandlungsführer bekannt, was mit den Freihandelsabkommen beabsichtigt ist: Es sind völkerrechtliche Verträge zwischen

den Staaten, durch die im Interesse der Wirtschafts- und Finanzkonzerne Handelshemmnisse abgebaut werden sollen. Hierbei geht es weniger um sogenannte „tarifäre Handelshemmnisse“ – Zölle und Subventionen –, sondern vor allem um „nichttarifäre Handelshemmnisse“. Ein radikales Diskriminierungsverbot soll nationale und lokale Wirtschaftsförderung, Umweltschutz, Landnutzungsschutz, Sozialschutz, Kulturförderung usw. im Wesentlichen unterbinden.

Staatliche Entscheidungen mit negativen Auswirkungen auf die Gewinnerwartung von transnationalen Investoren würden die Staaten erheblichen Schadensersatzforderungen aussetzen. Nach TTIP und CETA könnten private Investoren Staaten verklagen. Zuständig wären nicht staatliche oder überstaatliche Gerichte, sondern Schiedsgerichte. Diese würden von der Weltbank und der UNO organisiert, diese sollen mit drei „Richtern“ besetzt sein, die in der Mehrzahl aus Rechtsan-

wälten großer Wirtschaftskanzleien bestehen. Ihre Entscheidungen sollen unangreifbar sein.

Was hier geschieht, ist aus völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und verfassungsrechtlicher Sicht unbegreifbar. Der souveräne Staat soll abgeschafft werden. Völkerrechtliche Vereinbarungen würden außer Kraft gesetzt. Es gäbe keinen nationalen Staat mehr, aber auch kein zwischenstaatliches Staatengebilde, das einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat entspricht. Betrachtet man die politische Entwicklung, kann man nicht nur von einem Staatsstreich sprechen, es liegt eine Revolution vor. Staaten werden vernichtet, der demokratische und soziale Rechtsstaat wird beseitigt, verbindliches Völkerrecht und Verfassungsrecht ausgeschlossen.

USA steigen zur führenden Weltmacht auf

Das Ende des 2. Weltkriegs war für die Weltordnung ein wesentlicher Einschnitt. 1945 stand die Friedenssicherung im Mittelpunkt der Bestrebungen der Siegermäch-

te. Obwohl es unterschiedliche Auffassungen wie Kommunismus und Kapitalismus gab, herrschte die Einsicht, dass der Weltfrieden nur durch ein gemeinsames Bündnis zu sichern sei. So kam es zum Abschluss der UNO-Charta, einem multivölkerrechtlichen Bündnis, dem zwischenzeitlich 178 Völker beigetreten sind. Sie ist für die Vertragsstaaten auch heute noch gültiges Recht. Allerdings brach wenige Jahre nach ihrer Vereinba-

ung die Koalition der Siegermächte auseinander. Unter Führung der USA strebten die westeuropäischen Staaten eine militärische und wirtschaftliche Integration an. Die wirtschaftliche erwies sich anfangs als

risch und ökonomisch von ihm profitiert hatten, eine neue Weltwirtschaft. Die Außenbeziehungen der Industriestaaten wurden nach den liberalen Prinzipien des freien Austauschs von Gütern und Dienst-

Der demokratische und soziale Rechtsstaat wird beseitigt, verbindliches Völkerrecht und Verfassungsrecht ausgeschlossen.

problematisch, da sie grundlegende Existenz- und Souveränitätsfragen der einzelnen Staaten berührte.

Die Souveränität der Staaten war eines der wesentlichen Grundprinzipien der Nachkriegsordnung (Art. 2 Ziffer 1 UNO-Charta). Die rechtliche Unabhängigkeit eines souveränen Staates bezieht sich nicht nur auf seine territoriale Unverletzbarkeit. Der Staat ist souverän in der Bestimmung seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ordnung. Dies beschreibt die Prinzipienklärung der UNO von 1970 folgendermaßen: „Aufgrund des in der Charta der Vereinten

leistungen organisiert. Nach und nach löste der radikale Neoliberalismus der Chicagoer Schule die Soziale Marktwirtschaft ab. Die Soziale Marktwirtschaft ging davon aus, dass der Staat eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung im Rahmen seiner Verfassung unter Betonung sozialpolitischer Ziele zu gewährleisten hat. Der Neoliberalismus lehnt jeglichen Einfluss des Staates auf die Wirtschaft ab. Nach seiner Auffassung regelt der Freie Markt die Gesellschaft. Über General Augusto Pinochet in Chile und Margaret Thatcher in England wurde diese Auffassung in den 1980er-Jahren

Was hier geschieht, ist aus völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und verfassungsrechtlicher Sicht unbegreifbar.

te. Obwohl es unterschiedliche Auffassungen wie Kommunismus und Kapitalismus gab, herrschte die Einsicht, dass der Weltfrieden nur durch ein gemeinsames Bündnis zu sichern sei. So kam es zum Abschluss der UNO-Charta, einem multivölkerrechtlichen Bündnis, dem zwischenzeitlich 178 Völker beigetreten sind. Sie ist für die Vertragsstaaten auch heute noch gültiges Recht. Allerdings brach wenige Jahre nach ihrer Vereinba-

Nationen verankerten Grundsatzes der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker haben alle Völker das Recht, frei und ohne Einmischung von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten, und jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht im Einklang mit den Bestimmungen der Charta zu achten.“

Nach dem 2. Weltkrieg bestimmten die USA, die politisch, militä-

TTIP
unfair
handelbar

Bündnis zahlreicher deutscher NROs aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Entwicklungs- und Handelspolitik zur kritischen Begleitung der Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der US-Regierung.

www.ttip-unfairhandelbar.de

unter Ronald Reagan zum Credo der US-amerikanischen Politik.

Zudem waren die maßgeblichen US-amerikanischen Politiker von einem pseudo-religiösen Sendungsbewusstsein beseelt: Die USA hätten die Aufgabe, als mächtigste Nation der Welt unbeschränkt das durchzusetzen, was für sie wichtig ist – mit den Mitteln, die sie für richtig halten. Es ging dabei nicht um Demokratie, sondern um Macht. So definiert der amerikanische Historiker Gabriel Kolko die US-amerikanische Außenpolitik seit 1945 als das Bemühen, eine weltweite Wirtschaftsordnung durchzusetzen, die so organisiert ist, dass die USA sie beherrschen oder zumindest von ihr profitieren. Tatsächlich handeln die USA, seit sie die einzige Weltmacht sind, wie eine Siegermacht. Völkerrecht und

völkerrechtliche Verträge interpretieren sie, wie sie es für richtig halten, oder missachten sie.

Deutschland übernimmt neoliberale Doktrin

Als Bündnispartner hat sich Deutschland als größte Handelsmacht in der EU voll der neuen Weltwirtschaftsordnung angeschlossen. Seit Mitte der 1980er-Jahre baut die deutsche Politik bewusst den demokratischen und sozialen Rechts-

sen. Der Staat wird gehindert, seine Verpflichtungen wie die soziale Sicherung seiner Bürger zu erfüllen. Durch Privatisierung dieser Aufgaben wird sie einem Markt überlassen, der gewinnorientiert ist und offen bekennt, dass er keine soziale und keine kulturelle Aufgabe hat.

Seit Jahren höhlt die politische Klasse Deutschland als souveränen Staat aus, indem sie unwiderlich Souveränität auf das Wirtschaftsbündnis EU und auf andere

Gerichte werden ersetzt durch von der Wirtschaft in ihrem Interesse gestellte Schiedsgerichte.

staat ab. Der Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen wird durch Liberalisierung ausgeschlos-

Bündnisse überträgt. Seit Jahren unterläuft die deutsche Politik die Demokratie. Durch die Übertra-

gung der Souveränität auf transnationale Bündnisse und wirtschaftsorientierte Organisationen wie WTO und GATT, die im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschehen und überwiegend unwiderlich sind, wird den Bürgern jeder Einfluss genommen.

Selbst die grundsätzlichen Voraussetzungen eines Rechtsstaates werden beseitigt. Gerichte werden ersetzt durch von der Wirtschaft in ihrem Interesse gestellte Schiedsgerichte. Faktum ist, dass die politische Klasse eine neue Wirtschaftsordnung durchsetzt, die primär eine radikale neoliberale Wirtschaftspolitik zum Inhalt hat.

Es geht hier nicht um eine Auseinandersetzung Kapitalismus gegen Sozialismus, nicht um die Vorteile und Nachteile des Liberalismus, nicht um die Frage, ob Deutschland in einem transnationalen Bundesstaat aufgehen darf. Es geht darum, dass unter Missachtung des Völkerrechts – der UNO-Charta – und der Verfassungen die Rechtsstaatlichkeit im Interesse international operierender Wirtschafts- und Finanzkonzerne beseitigt wird. Es geht darum, dass die politische Klasse die Grundregeln der Demokratie und sozialen Rechtsordnung beseitigt. Wollen wir das? ■

Hermann Striedl, Jahrgang 1938, ist Jurist und war von 1967 bis 1969 Staatsanwalt und von 1969 bis 2003 Richter am Landgericht Regensburg. 2003 trat er in die ÖDP ein und war von 2008 bis 2010 ihr Stellvertretender Bundesvorsitzender. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr Demokratie und Pax Christi.



Kontakt: h.striedl@gmx.de

ONLINETIPPS

Sebastian Müller
Gauk preist Ceta
le Bohemien, 27.09.2014
www.le-bohemien.net →
Suche: Gauk preist Ceta

Heribert Prantl
Verfluchtes Schiedsgericht
Süddeutsche, 25.09.2014
www.sueddeutsche.de →
Suche: Verfluchtes Schiedsgericht
Raoul Marc Jennar

Vorsicht, Tisa!
Le Monde diplomatique, 12.09.2014
www.monde-diplomatique.de →
Archiv-Texte → Suche: Vorsicht Tisa

Hertha Däubler-Gmelin
CETA ist nicht zustimmungsfähig
Zeit, 12.09.2014
www.zeit.de →
Suche: Ceta zustimmungsfähig

Ulrike Herrmann
Minimale Änderungswünsche
Taz, 11.09.2014
www.taz.de/!145838

Fritz Glunk
Das CETA-Abkommen mit Kanada ist rechtswidrig
Norbert Häring, 07.09.2014
www.norberthaering.de →
Suche: Ceta

Thomas Fritz
Studie: TIPP vor Ort
Campact, 04.09.2014
<http://blog.campact.de/2014/09/>

Silvia Liebrich
Mehr Wachstum bedeutet nicht zwangsläufig mehr Wohlstand
Süddeutsche, 17.08.2014
www.sueddeutsche.de →
Suche: Mehr Wachstum mehr Wohlstand

Interview mit Heribert Prantl
„Das ist ein Anschlag auf die parlamentarische Demokratie“
Telepolis, 10.08.2014
www.telepolis.de →
Suche: Heribert Prantl

Alessa Hartmann,
Ernst-Christoph Stolper,
Maritta Strasser
Rote Karte für TTIP und CETA
Süddeutsche, 05.08.2014
www.sueddeutsche.de →
Suche: Rote Karte TTIP CETA

Kim Otto, Stephan Stuchlik
Der große Deal – Geheimakte Freihandelsabkommen
ARD, 04.08.2014
www.ardmediathek.de →
Suche: Der große Deal

Silvia Liebrich
Ölindustrie und Freihandel: Angriff auf den Klimaschutz
Süddeutsche, 19.07.2014
www.sueddeutsche.de →
Suche: Ölindustrie und Freihandel

Nikolaus Steiner, Kim Otto,
Philipp Jahn, Bastian Pietsch
Freihandelsabkommen TTIP – Angriff auf die Demokratie?
ARD, 22.05.2014
www.wdr.de →
Suche: TTIP Angriff Demokratie

Christoph Süß
Freihandelsabkommen: Zustimmung bevor es die Chinesen tun?
BR, 15.05.2014
www.br.de →
Suche: Zustimmung Chinesen



Foto: H. D. Veltz / pixelio.de

Postwachstumstreffen in Leipzig

Wachsende Kritik am Wirtschaftswachstum

Die vierte Internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit fand vom 2. bis 6. September 2014 in Leipzig statt. Das Treffen markiert das Erstarken einer neuen globalen Bewegung, die die Kritik an unserem derzeitigen Wirtschaftsmodell in den Fokus nimmt.

von Pablo Ziller

Grenzenloses wirtschaftliches Wachstum, vor allem dargestellt durch das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), hat in den Industrienationen keine große Zukunft mehr. Das ist mittlerweile selbst im politischen Mainstream angekommen. Die Ressourcen des Planeten sind begrenzt und obwohl sie Tag für Tag in einer immer stärkeren Weise ausgebeutet werden, wird den Menschen immer wieder vor Augen geführt, dass jede Ressource endlich ist, selbst bei einer scheinbar unendlich vorkommenden Ressource wie Sand.

Die knapp 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vierten internationalen Degrowth-Konferenz

Wohlergehen einer ausbeuterischen Wirtschaftsform wie das gegenwärtige neoliberale Wirtschaftsmodell, welches allein den Interessen der Reichen dient. Auch soll der Primat der wirtschaftlichen Effizienz durch die Ausrichtung an Suffizienz, also das möglichst effektive Wirtschaften mit knapper werdenden Ressourcen, ersetzt werden.

Zahlreichen Podien, Workshops, Performances und andere Veranstaltungsformate beschäftigten sich mit den Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen. So zum Beispiel Fragestellungen, inwieweit Unternehmen in einer solchen Postwachstumsgesellschaft arbeiten und wirtschaften sollten oder

renztage. Die Konferenz startete mit einem Begrüßungsabend. Dieser wurde unter anderem durch eine Videokonferenz mit der berühmten Globalisierungskritikerin und Autorin Naomi Klein garniert, die in ihrem Statement leider nicht besonders überzeugte, da sie vor allem über ihr neues Buch sprach und es kaum schaffte, die Bewegung zu einen und auf die beginnende Konferenz einzustimmen.

Am ersten Konferenztag wurde über die aktuellen Wirtschaftskrisen diskutiert und wie man diesen aus einer wachstumskritischen Sicht begegnen könne. Am zweiten Tag ging es um die Vernetzung der Akteure mit den verschiedensten Hintergründen. Am dritten Tag wurden Transformationsstrategien hin in eine Postwachstumsökonomie diskutiert. Zum Ende des Kongresses standen abschließende Plenen und eine bunte Demonstration in der Leipziger Innenstadt auf dem Programm.

Die ÖDP trat besonders durch ihre auf der Konferenz anwesende erste stellvertretende Bundesvorsitzende, Susann Mai, immer wieder deutlich in Erscheinung. Dabei betonte die sympathische Thüringerin am Rande der Diskussion, dass die ÖDP die einzige Partei sei, die die

Postwachstumsökonomie in ihrem Programm verankert habe. Dies war vor allem deshalb so wichtig, da es am Rande auch um den mangelnden politischen Aktivismus der Bewegung ging. Manche Teilnehmer wünschten sich gar die Neugründung von politischen Parteien. Was man als klares Signal werten kann, dass die ÖDP sich auf diese

Generation auf breite Resonanz stößt. Schafft es die ÖDP, sich hier für Aktivisten mit den vielfältigsten politischen und ideologischen Hintergründen zu öffnen und somit der Bewegung auch eine politische Alternative zum Wachstumswahn der Grünen anzubieten, dann wäre für die Partei viel gewonnen. Eine Konzentration auf dieses Themenfeld

präsent: alles engagierte Mitglieder der Bundesprogrammkommission, was dazu beitragen könnte, die Ideen der Bewegung noch weiter im Programm der ÖDP zu verankern und weiterzudenken.

Eine ganz entscheidende Frage, die auf der Konferenz immer wieder aufkam, ist die der Berührungspunkte zu den restlichen 99% der Gesellschaft. Zwar ist die Kritik am derzeitigen kapitalistischen System mittlerweile wohl in fast allen gesellschaftlichen Milieus eingekehrt, doch scheitert die Postwachstumsbewegung oft daran, ihre Anliegen geschickt in der breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren, ohne in die Hippie/Öko-Schublade gesteckt zu werden. Hier wurde immer wieder der Wunsch geäußert, die Leute

Die ÖDP sollte auf die Bewegung zugehen.

neu formierende Bewegung wachsam einlassen sollte. Die vielen jungen Menschen auf der Konferenz symbolisieren zudem, dass die Thematik auch in einer angeblich so politikverdrossenen jungen

scheint daher strategisch für die ÖDP ratsam. Zwar konnte die ÖDP keinen Stand für die Konferenz auf die Beine stellen, doch waren neben Susann Mai auch Jürgen Osterländer und Christine Stankus stets

Sie alle wollen eine Gesellschaft, die die Menschen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt.

in Leipzig waren sich zumindest in dieser Analyse einig. Auch wollen sie alle eine Gesellschaft, in der die Menschen in regional verankerten und nachhaltig geführten Ökonomien zusammenleben, die die Menschen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen und nicht das alleinige

wie man einerseits Gesellschaft so umbaut, dass sie offen für Flüchtlinge und Zuwanderer bleibt und umgekehrt dennoch ihre Wurzeln und ihren Bezugspunkt immer in der regionalen Ebene sieht.

Das Programm der Konferenz orientierte sich an festen Themensträngen für die drei Konfe-



Foto: Pablo Ziller

Demonstriert wurde zum Abschluss der Konferenz vor allem jung und bunt.

dort abzuholen, wo sie im gegenwärtigen System stünden, nämlich plakativ gesagt zum Beispiel in Shoppingmalls, Fastfoodrestaurants, auf Kreuzfahrten oder im Discounter um die Ecke. Die Bewegung dürfe nicht den Fehler machen und sich als Elitebewegung verstehen. Es gelte mittelfristig, die Leute mitzunehmen und nicht aus Schreck vor Kritik Vegieday-Diskussionen zu meiden. Hier wünscht man sich also einerseits mehr Mut, der Gesellschaft einen kritischen Spiegel vorzuhalten, was die Grünen sich wohl auf absehbare Zeit nicht mehr trauen werden. Andererseits möchte man auch den Durchschnittsbürger wieder besser erreichen und nicht als elitäre Zeigefinger-Bewegung verstanden werden, sondern als eine Bewegung, die uns allen ein besseres Leben ermöglichen möchte. Am Wissen und einer selbstkritischen Sichtweise mangelte es in Leipzig auf keinen Fall.

Die Haltung unter den Teilnehmern der Konferenz war über weite Teile sehr euphorisch, eine Aufbruchsstimmung war deutlich spürbar. Dennoch wurde auch die Kritik laut, dass es an konkreten Berührungspunkten mit den sozialen Bewegungen, insbesondere

mit den Gewerkschaften, mangle. Oftmals rieben sich, so die Kritik, wachstumskritische Themen, wie die Verminderung von Rohstoffförderung mit dem Arbeitsplatzargument (aktuelles Beispiel Braunkohleförderung), was es dringend zu entkräften gelte. Ein Gegenwurf zu dieser Argumentation sind übergeordnete politische Lösungen, auf die sich die Postwachstumsbe-

Die Arbeitskosten zu senken, könnte eine politische Forderung sein, um den Schulterschluss auch zu den sozialen Bewegungen zu ermöglichen.

wegung stärker fokussieren sollte. Hierbei sind insbesondere das Steuer- und Finanzsystem, aber auch das Geldsystem zu nennen. An Stellschrauben in diesem Bereich zu drehen, würde einige dieser Konflikte bezüglich Arbeitsplätzen contra Umweltschutz verändern. Das Senken von Arbeitskosten könnte eine konkrete politische Forderung sein, auf die man sich eventuell auch in Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen einigen könnte. In diesem Kontext sollten die in der Vergangenheit stark gestiegenen wirtschaftlichen Kosten

des Faktors Arbeit und umgekehrt die sinkenden gesellschaftlichen Kosten von Umweltverschmutzung und kurzweiligem Konsum sowie die in Relation gesunkene Besteuerung von Kapital thematisiert werden. Das Steuersystem bietet die Möglichkeit, dies zu ändern und so zum Beispiel lokale Reparaturwerkstätten – durch die Kostensenkung des Faktors Arbeit (z.B. Lohnne-

benkosten), finanziert durch höhere Umweltsteuern (z.B. auf Kerosin) – lukrativer zu machen. Dem Konsumwahn wäre damit ein Stückchen entgegengewirkt und neue, nachhaltige Arbeitsplätze könnten gesichert bzw. geschaffen werden. Ähnliches gilt für traditionelle Handwerksberufe, die unter hohen Arbeitskosten ganz besonders leiden.

Auch wenn viele Fragen offen blieben: Die Konferenz hat gezeigt, dass viele Menschen ein anderes Wachstum, eine andere Gesellschaft wollen, die nachhaltiger mit natürlichen Ressourcen wirtschaftet und das Kapital nicht religionsartig vergöttert.

Ein großes Lob geht abschließend vor allem an die Organisatoren und die fleißigen Helferinnen und Helfer sowie die Köche von „Le Sabot“, die auf der Konferenz bewiesen, dass man eine Masse an Menschen drei Tage lang mit veganem Essen aus einer Zeltküche bestens versorgen kann. ■

Weiterführende Informationen und Videos von der Konferenz finden sich unter: leipzig.degrowth.org/de/



Die vegane Großküche „Le Sabot“ versorgte die über 3.000 Teilnehmer vorzüglich.

Foto: Pablo Zillier

An alle Mitglieder

von Sebastian Frankenberger

Liebe ÖDP-Mitglieder,

Die anstrengenden Wahljahre sind vorerst vorbei. Wir haben mit dem Einzug ins Europaparlament durch unseren Abgeordneten Klaus Buchner einen der größten Parteierfolge erreicht. Nun sind wir endlich in einem überregionalen Parlament vertreten.

Eigentlich wäre es jetzt Zeit zum Durchschnaufen. Denn die nächsten Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz stehen erst im Jahr 2016 an. Politisch lässt die aktuelle Lage aber nicht wirklich eine Verschnaufpause zu. Zum einen müssen wir dringend die Demokratie aushöhlenden und sozialfeindlichen Wirtschaftsabkommen CETA, TTIP und TISA stoppen. Zum anderen haben wir aber innerhalb der ÖDP einiges an Aufgaben zu erledigen. Die Professionalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen der letzten vier Jahre sind noch nicht ganz abgeschlossen, z.B. was die Mitgliederverwaltung betrifft oder auch die ganze Servicestruktur für die Kreisverbände. Das Ziel muss es sein, noch effizienter zu werden, noch mehr Synergieeffekte zu nutzen, um die Kreisverbände vor Ort mit organisatorischer Arbeit zu entlasten. Außerdem wollen wir wieder kampagnenfähiger werden, um dadurch die politischen Inhalte unseres wunderbaren Grundsatzens öffentlicher wirksamer zu verbreiten.

Durch das Europamandat von Klaus Buchner haben wir neue Mitarbeiter hinzubekommen, die in die Parteiarbeit integriert werden müssen. In München wird der bayerische Landesverband zusammen mit Klaus Buchner und dem Stadtverband mit Unterstützung des Bundesverbandes eine neue Geschäftsstelle einrichten. Aber auch in Berlin und Brüssel gibt es neue Mitarbeiter und damit auch neue Synergien und Kooperationsmöglichkeiten. Dabei achten wir natürlich als ÖDP strikt auf die Trennung von Abgeordnetenmitarbeit und Parteiarbeit. Doch Klaus Buchner braucht inhaltliche Zuarbeit. Vor allem bei den Themen europäische Finanzpolitik, Friedenspolitik und Asylpolitik sind wir in unseren Ausführungen des bundespolitischen Programms etwas schwach auf der Brust. Deshalb wünschen wir uns hier von unseren Bundesarbeitskreisen und der Programmkommission, diese Lücken zu füllen. Und wir stehen vor der Herausforderung, nicht nur mit idealistischem Weitblick in unserem Grundsatzen fortzuschreiten, sondern diese Politik in der Realpolitik im Europaparlament umzusetzen.



Foto: Bijana Kuljak

Darüber hinaus stehen wir vor der Aufgabe, bis zu den nächsten Wahlen neue Wählerschichten und -milieus anzusprechen, mit dem Schwerpunkt in Baden-Württemberg 2016 bei der Landtagswahl, wo wir dringend die 1%-Hürde überspringen müssen und damit die Parteienfinanzierung erhalten können. Die Aufgabe wird hier sein, zu überlegen, wie wir unser Parteiprogramm gerade auch für diejenigen jungen Wähler interessant machen können, die von unseren ökologischen und wirtschaftlichen Ansätzen absolut überzeugt sind, aber oft unser Familien- und Gesellschaftsbild als sehr rückständig empfinden, obwohl es dies überhaupt nicht ist, sondern vielleicht eher eine Frage, wie wir es darstellen und verkaufen!

Wir haben also viele Baustellen, die wir in den nächsten Jahren angehen. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit einem neu gewählten Bundesvorstand und den vielen neuen Mitarbeitern den eingeschlagenen und bereits beschrittenen Weg der letzten Jahre fortsetzen und mit langem Atem die ÖDP weiter stärken und aufbauen können. Wir werden keinen kurzfristigen und schnellen Erfolg wie eine AfD oder die „Piraten“ hinlegen, sondern unser Ziel muss es sein, weiterhin vor Ort die Kreisverbände zu stärken und aufzubauen, kommunale Mandate zu erreichen und damit die ÖDP vor Ort zu leben und umzusetzen, jedoch zeitgleich nicht unseren bundes- und europapolitischen Anspruch aus den Augen zu verlieren.

Bei dieser anstrengenden vielseitigen Aufgabe mit unterschiedlichen Meinungen und Ansätzen dürfen wir vor allem eines nicht: unsere ethischen Grundsätze und ho-

hen Ansprüche herunterschrauben, was den Umgang untereinander betrifft. Hier sollten wir dringend auch innerparteilich das leben, was wir nach außen fordern, denn nur gemeinsam werden wir langfristig einen größeren Erfolg erreichen. Das sehe ich auch als die große Chance und die Vision für die ÖDP, dass wir glaubwürdig, ehrlich, mit idealistischem Anspruch Politik fordern und all das vor allem selbst leben. Mit diesem gelebten Zeugnis sind wir anders als alle anderen Parteien und damit attraktiv für viele Wähler. Denn eigentlich suchen die Wähler nach einer politischen Partei, die das alles vereint, aber nicht nur eine NGO ist mit punktuellen Projekten, sondern die auch den Anspruch hat, mitzuregieren, mitzuentcheiden und Verantwortung zu übernehmen.

Im November steht uns der nächste Bundesparteitag mit der Neuwahl des Bundesvorstands bevor. Ich habe im Juni öffentlich angekündigt, mich vorübergehend zurückzuziehen und darüber nachzudenken, ob ich überhaupt noch einmal kandidieren möchte.

Es tut mir leid, dass Sie seither von mir keine Nachricht mehr zur Kandidatur erhalten haben, da ich meine Aus-

Wochen sehr aufmunternde Worte geschickt haben und mich vor allem ermutigt und aufgefordert haben, weiterzumachen. In den beiden Auszeit-Monaten ist mir mit etwas Abstand klar geworden, dass es für mich selbst aktuell nicht der richtige Zeitpunkt wäre zu gehen.

Ich habe in den letzten vier Jahren einige Projekte angestoßen, die vor allem die interne Professionalisierung der Organisation und des Auftretens nach außen betreffen und die noch nicht abgeschlossen sind. Auch das Integrieren des EU-Mandats in die inhaltliche Parteiarbeit erfordert, so glaube ich, an der Spitze Kontinuität, sodass ich mich entschlossen habe, noch einmal für das Amt des Bundesvorsitzenden zu kandidieren.

Es ist mir bewusst, dass meine Person auch innerparteilich sehr polarisierend wahrgenommen wird, und so habe ich versucht, einige dieser Konflikte der letzten Jahre in Gesprächen anzugehen.

Leider konnte ich hier mit dem bayerischen Landesvorstand keine Lösung finden. Doch ich blicke nach wie vor positiv in die Zukunft und glaube, dass in den nächsten beiden Jahren – vor allem mit dem Schwerpunkt Baden-Württemberg, Rheinlandpfalz und Nordrhein-Westfalen – die existierenden Konflikte mit dem bayerischen Landesvorstand nicht ins Gewicht fallen werden, wenn es um die Aufbauarbeit der ÖDP für die nächsten Wahlen geht.

Gerade mit den neuen Mitarbeitern habe ich wieder richtig Lust bekommen, die ÖDP anzuschieben. Ich bin mir nach wie vor sicher, dass wir auch die verbleibenden Konflikte lösen werden. In Zukunft muss ich für mich aber auch mehr darauf schauen, mein berufliches und privates Leben neben meinem Engagement als Bundesvorsitzender nicht maßlos zu strapazieren.

Ich würde mich deshalb darüber freuen, wenn Ihre Delegierten mir auf dem bevorstehenden Bundesparteitag wieder ihr Vertrauen aussprechen würden.

In diesem Sinne danke ich nochmals für Ihr Verständnis und die aufmunternden Worte in der letzten Zeit. Sie haben mir Kraft und Zuversicht gespendet. Ich freue mich auf die Zukunft mit und in der ÖDP.

Es grüßt Sie herzlich



Ihr Sebastian Frankenberger



Sebastian Frankenberger und Klaus Buchner engagieren sich gemeinsam für eine starke ÖDP.

zeit erst Mitte August antreten konnte. Im Juni und Juli war ich durch den Einzug ins Europaparlament und die damit verbundenen innerparteilichen organisatorischen Umstrukturierungsmaßnahmen noch sehr beschäftigt. Ich bin lange Zeit unschlüssig gewesen, da ich nicht wie in den letzten beiden Jahren die meiste Zeit und die größte Energie für innerparteiliche Konflikte aufwenden möchte.

Ich will explizit noch einmal allen Mitgliedern und Gruppierungen der ÖDP danken, die mir in den letzten

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Zukunft der ÖDP

Analyse und Sachstandsbericht

Wichtige Etappenziele erreicht

Die ÖDP hat im Jahr 2014 einige wichtige Etappenziele erreicht. Es ist uns gelungen, in Bayern die Zahl der kommunalen Mandate und der Bürgermeister weiter auszubauen, und wir konnten im Mai in weiteren Bundesländern unsere kommunale Struktur festigen sowie – ganz besonders entscheidend und wichtig – mit unserem Spitzenkandidaten Prof. Dr. Klaus Buchner ins Europäische Parlament einziehen. Mit 0,6 % lag dieses Ergebnis aller-

dings hinter den Erwartungen vieler Mitglieder, hatte man doch eher auf einen weit größeren Zuwachs spekuliert, vor allem nachdem die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auch gegen die 3%-Sperrklausel erfolgreich war.

liepartei) das Ergebnis der ÖDP mit einem leichten Gewinn als deutlich solider und stabiler auch für die Zukunft zu bewerten. Auch der Fall der Sperrklauseln muss den Wählern besser bekannt gemacht werden.

Die Bundespartei muss sich in Zukunft noch stärker in der Aufbauarbeit an der Basis engagieren.

Wir müssen die junge Generation, ihre Wünsche, Themen und ihr Weltbild mitnehmen.

dürfte die fehlende Verankerung auf der kommunalen Ebene sein. Trotzdem ist vor dem Hintergrund der Stimmenverluste anderer kleiner Parteien (Freie Wähler, Fami-

lienspartei) das Ergebnis der ÖDP mit einem leichten Gewinn als deutlich solider und stabiler auch für die Zukunft zu bewerten. Auch der Fall der Sperrklauseln muss den Wählern besser bekannt gemacht werden.

Kommunale Verankerung essenziell

Die Analysen zeigen, dass die ÖDP in Gebieten mit aktiven Kreisverbänden und kommunaler Verankerung im Süden und Westen deutlich bessere Ergebnisse einfahren konn-

Zukunft der ÖDP in parteiinterner Diskussion

Die ÖDP-Gremien diskutieren seit dem Wahlerfolg bei der EU-Wahl die künftige Arbeitsweise der ÖDP im politischen Bereich. Dazu zählt einerseits die Organisation des Ab-

geordnetenbüros in Brüssel mit den angeschlossenen Büros in Berlin und München. Andererseits muss der ÖDP-Bundesverband wichtige organisatorische Weichen stellen, um die Parteistruktur auszubauen, sprich neue Kreis- und Ortsverbände gründen. Dies bedeutet für die Zukunft der Bundespartei, dass sie sich noch stärker in der Aufbauarbeit an der Basis engagieren muss,

damit wir bei der nächsten Europawahl weiterhin mit Mandaten im EU-Parlament vertreten sind. Dabei wurde in den Diskussionen deutlich, dass dies vor allem in Baden-Württemberg (mit Blick auf die Landtagswahl 2016, um zumindest die 1%-Hürde zu überspringen) passieren muss und in Nordrhein-Westfalen als dem bevölkerungsreichsten Bundesland. Auch stehen die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen hier im Fokus. Die Betreuung im Norden und Osten soll jedoch punktuell nicht aufgegeben werden. Wie viel wir davon umsetzen können, hängt im Wesentlichen natürlich von der finanziellen Entwicklung in der Bundespartei ab, die man vor allem immer erst nach dem Bescheid der Bundestagsverwaltung über die staatlichen Mittel im Februar eines jeden Jahres bis ins Detail planen kann. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Strukturaufbaus: Wir gewinnen neue Mitglieder und verbessern

damit auch die Finanzen der Partei durch die Mitgliedsbeiträge. Der Strukturaufbau in der Partei soll auch wesentlich dazu beitragen, dass wir kampagnenfähiger sind und beispielsweise stärker bei Demonstrationen oder anderen (eigenen) Aktionen politisch sichtbarer

Wie können wir Postwachstumsökonomie konkret in die Praxis umsetzen?

werden. Ein wichtiger Baustein ist daher für mich die Bundespressestelle in Berlin, die dort weiterhin Netzwerkarbeit leisten kann und die wichtigen Kontakte zu Journalistinnen und Journalisten aufbauen muss, um die Partei nach der Wahl ins Europäische Parlament auch dort bekannter zu machen.

Auch müssen wir unser wertkonservatives, wertorientiertes sowie soziales Parteiprofil angesichts der Veränderungen im Parteiensystem weiter schärfen. Dazu heißen unsere Schlagworte Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung, mit denen wir die klassischen Volksparteien angreifen. Wir sind eine Partei der Solidarität und Subsidiarität und nicht des egoistischen Ellenbogens. Dies spricht unsere kirchlichen Kreise ebenso an wie z.B. junge Menschen. Wir sollten zudem nicht aus dem Auge verlieren, dass wir auch die junge Generation, ihre Wünsche, Themen und ihr Weltbild mitnehmen müssen, denn nur mit neuen jungen Mitgliedern können wir die ÖDP nachhaltig fit für die Zukunft machen. Hier ist zu prüfen, inwieweit die bisherigen Instrumente, wie z.B. die Jungen Ökologen oder die Hochschulgruppen, der richtige (oder ausreichende) Weg sind, um die Partei für junge Menschen

attraktiv zu machen. Hier wünsche ich mir eine engagierte Arbeitsgruppe junger Parteimitglieder, die sich diesen Fragen stellen und Lösungen erarbeiten.

Gleichermaßen müssen wir die Grünen entzaubern, insbesondere in ökologischen Fragen, wie dem

Bau des überflüssigen und zweifelhaften Hochmoselübergangs bei ÜrzgünRheinland-Pfalz (Rot/Grün) oder den Plänen für sogenannte Fluglärmpausen für das Rhein-

Ich wünsche mir viele Aktive, die für den Bundesvorstand kandidieren.

Main-Gebiet, die weithin als Moggelpackungen der hessischen Landesregierung (Schwarz/Grün) bewertet werden. Durch Anpassung werden sie auf dem ökologischen Auge blind. Die ÖDP wird also spannenden politischen Auseinandersetzungen entgegengehen und dafür müssen wir uns entsprechend vorbereiten und neu ausrichten.

Wichtig ist zudem die politische Ausrichtung der Partei in den nächsten Jahren, die sich stärker mit der Außen- und Europapolitik beschäftigen sollte, da Klaus Buchner auch hier seine Arbeitsschwerpunkte hat. Die ÖDP muss sich in einigen Themenfeldern neue Kompetenzen erarbeiten. Dazu gehört nicht nur die Europa- und Außenpolitik sowie die Umweltpolitik, sondern auch die Wirtschaftspolitik. Das Kernthema der ÖDP, die Kritik am ewigen wirtschaftlichen Wachstum, muss weiter mit konkreten Lö-

sungskonzepten erarbeitet werden. An welchen Schalthebeln soll die Soziale Marktwirtschaft weiterentwickelt werden? Wie können wir die Postwachstumsökonomie, die ja nun in Teilen im Grundprogramm angesagt wurde, mit konkreten politischen Weichenstellungen auf den Weg bringen? Wir sollten daher in diesem Kontext auch die Arbeit der Arbeitskreise überdenken und die Reaktionsfähigkeit des Bundesverbandes verbessern und ausbauen.

Aber mit viel (neuem) Programm alleine ist es da nicht getan. Ein Bundesvorstand muss mit profilierten Persönlichkeiten in die Öffentlichkeit treten und die Ziele der Partei vertreten. Bekannterma-

ßen lautet die Erfolgsformel bei Wahlen: Persönlichkeiten plus die richtigen Themen zum richtigen Zeitpunkt gleich Erfolg. Die vielen Erfahrungen, die wir aus den letzten Wahlen geschöpft haben, zeigen uns doch, wie es gehen kann. Von daher wünsche ich mir, dass sich möglichst viele Aktive bereitfinden, für den neuen Bundesvorstand zu kandidieren, der am 15./16.11.2014 in Erlangen gewählt werden soll.

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro,
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz,
Tel. (0 61 31) 67 98 20, Fax (0 61 31) 67 98 15, Mobil (01 60) 87 10 542



politik@oedp.de

Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach über drei Monaten als Europaabgeordneter habe ich mich gut in meiner Fraktion und den Ausschüssen eingelebt. Auch meine Mitarbeiterinnen Florence von Bodisco in Berlin und Simone Lettenmayer in Brüssel konnten Büros beziehen und ihre Tätigkeiten aufnehmen.

Für mich stehen in den nächsten Monaten unter anderem das weitere Engagement gegen TTIP an und eine Kampagne gegen TISA. TISA ist ein Abkommen über die Liberalisierung von Dienstleistungen zwischen der EU und 21 anderen Ländern (darunter die USA, Türkei, Kanada, Mexiko, Australien und Japan) – was in den vergangenen Jahren fast ohne größeres öffentliches Aufsehen verhandelt wurde. Auch bei diesen Verträgen geht es wieder darum, den großen Konzernen entgegenzukommen und in der Folge Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards abzusenken. Wie immer mit dem großen Versprechen im Hintergrund, viele Arbeitsplätze zu schaffen. Ich als EU-Abgeordneter sage NEIN zu TISA, denn ich will den Menschen und nicht die Wirtschaft in den Mittelpunkt meines politischen Handelns rücken. An meiner Kampagne gegen TISA werde ich selbstverständlich die ÖDP mit einbeziehen und gehe davon aus, dass die Kreisverbände sich mit Musteraktionen gut beteiligen können. Nur wenn wir gemeinsam Druck machen, können wir etwas verändern. Ich halte Sie hier natürlich auf dem Laufenden.

Ein weiteres Thema, das mich beschäftigt, ist der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Ich bin der Meinung, dass es am besten wäre, wenn die UN-Friedenstruppen in das Gaza-Gebiet schicken würden, um die Hamas-Kämpfer an weiteren Kriegshandlungen zu hindern. Als Gegenleistung sollte jedoch Israel das Ende der Gaza-Blockade einläuten und die Militäraktionen stoppen. Dringend nötig ist zudem der Wiederaufbau der Infrastruktur in Gaza.

Sie sehen, es gibt politisch viel zu tun. Ich möchte es aber nicht versäumen, in den nächsten Monaten auch hin und wieder bei ÖDP-Kreis- oder Landesverbänden



Foto: Rosemarie Buchner

vorbeizuschauen, um mit den Mitgliedern über meine politischen Ziele zu diskutieren. Sehr gerne möchte ich mir von der ÖDP Rückendeckung und vor allem auch Inspiration für meine Tätigkeit als Europaabgeordneter holen.

Es grüßt Sie herzlich

K. Buchner

Ihr Klaus Buchner

Büro Brüssel, Prof. Dr. Klaus Buchner,
European Parliament, Rue Wiertz, Altiero Spinelli
04E205, 1047 Brussels, Belgium

Tel. Assistentin Simone Lettenmayer, 003222837739
klaus.buchner@europarl.europa.eu

Abgeordnetenbüro Prof. Dr. Klaus Buchner,
Ebelingstr. 8, 10249 Berlin, Tel. 030/ 42086700
bodisco@klausbuchner.eu

Aus den Landesverbänden

Hessen

Bericht vom Landesparteitag

Der diesjährige Landesparteitag überzeugte durch rege Teilnahme auch neuer Mitglieder. Gäste waren Werner Roleff aus dem Bundesvorstand der ÖDP und Walter Konrad vom kommunalpolitischen Büro der ÖDP in Mainz.



Foto: LVB Hessen

V.l.: Frank Deworetzki (Beisitzer), Christian Dörfler (Beisitzer), Franziska Kliemt (2. Stellvertretende Vorsitzende), Arnd Lepère (Vorsitzender), Marika Speckmann (Beisitzerin), Jürgen Reuß (Schatzmeister), Angela Binder (1. Stellvertretende Vorsitzende), Melanie Schwarze (Beisitzerin)

Im neu gewählten Vorstand wurde Arnd Lepère als Vorsitzender im Amt bestätigt. Neu gewählt wurden: 1. Stellvertretende Vorsitzende: Angela Binder, 2. Stellvertretende Vorsitzende: Franziska Kliemt und als Schatzmeister wiedergewählt wurde Jürgen Reuß. Weiterhin begrüßen wir als neue Beisitzer: Frank Deworetzki und Melanie Schwarze sowie Marika Speckmann und Christian Dörfler, die bereits im alten Vorstand waren.

Der neue Landesvorstand freut sich auf eine konstruktive Arbeit und dankt allen Anwesenden des Landesparteitags für einen sehr erfreulichen Beginn guter Zusammenarbeit! Das Team aus acht Mitgliedern hat sich straffe Ziele gesetzt. Derzeit erarbeitet der Landesvorstand auf Basis der selbst gestellten Vision eine Strategie zum Aufbau der ÖDP Hessen (Mitgliederzahl derzeit: 85).

Unsere Vision: Wir wollen als ÖDP sicht- und wählbar sein. Dazu wollen wir Mitglieder gewinnen und nachhaltig binden, gesellschaftliche Integration und

den Einzug in politische Gremien erreichen. Das ursprüngliche Anliegen der ÖDP ist dabei in jeder Hinsicht zu wahren. Langfristig wollen wir mit mindestens einem Sitz in den Bundestag einziehen.

Kontakt: ÖDP Landesgeschäftsstelle Hessen,
Hügelstraße 17, 35398 Gießen,
Tel. 06 41/ 2 58 94, info@oedp-hessen.de

Baden-Württemberg

Vorbereitung der Landtagswahl

Nach dem anstrengenden Europa- und Kommunalwahlkampf haben viele Mitglieder die Sommerpause genutzt, um wieder neue Kraft zu tanken. Aktivitäten fanden vor allem auf kommunaler Ebene statt, wo sich die gewählten ÖDP-Mandatsträger(innen) auf die neue Legislaturperiode vorbereiteten, wozu in verschiedenen Orten und Kreisen insbesondere die Bildung von Fraktionsgemeinschaften gehörte.

Nach der Sommerpause beteiligten sich die Kreisverbände der ÖDP Baden-Württemberg in erster Linie an Aktionen gegen die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA). Insbesondere am TTIP-Aktionstag, dem 11. Oktober, war die ÖDP in verschiedenen Orten auf der Straße präsent.

Die Landtagswahl 2016 wirft bereits jetzt ihre Schatten voraus. Daher wird zurzeit die genaue Strategie für die Aufstellung von Kandidat(inn)en und Ersatzkandidat(inn)en und für die Sammlung der notwendigen Unterstützungsunterschriften in allen 70 Wahlkreisen erarbeitet. Auf dem nächsten Landesparteitag am 22. November (im Großraum Stuttgart), der ansonsten insbesondere dem Thema Bildung gewidmet ist, werden die Delegierten mit allen notwendigen Informationen versorgt. Auf alles Wissensnotwendige werden wir auch in der nächsten Ausgabe der ÖkologiePolitik eingehen.

Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein,
Tel. 07 11/ 6 36 46 44, info@oedp-bw.de
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich,
Tel. 0 71 21/ 88 01 04, dietrichmat@web.de

Nordrhein-Westfalen

Umzug der Landesgeschäftsstelle

Die ÖDP-Landesgeschäftsstelle ist innerhalb von Münster umgezogen. Nun lautet die Adresse: Weseler Straße 19–21 in 48151 Münster. Auslöser des Umzugs war



Benjamin Jäger

Foto: LVB NRW

Das rechtliche Know-how aus diesen beiden Klagen soll nun die Basis sein, um auch gegen die neue Hürde vorzugehen:

„Hier findet ein erneuter Demokratieabbau statt – dem werden wir nicht tatenlos zusehen“, erklärt der stellvertretende Landesvorsitzende Benjamin Jäger die Position des ÖDP-Landesvorstands. „Es werden Argumente für eine neue Prozenzhürde angeführt, die nicht haltbar sind. Zum Beispiel die Behauptung, kleinere Fraktionen würden Ratsitzungen in die Länge ziehen, weil eine größere Anzahl verschiedener Meinungen geäußert wird. Der entscheidende Faktor, der Sitzungen unnötig verlängert, ist nach unserer Beobachtung ein ungezügelter Darstellungsdrang gerade bei manchem Mitglied großer Fraktionen! Zudem hat der LVerf.G-Hof in beiden Urteilen die Verfassungswidrigkeit festgestellt, da die Gleichheit der Wählerstimmen durch die Landesgesetzgebung mit den Füßen getreten wurde.“ Benjamin Jäger weiter: „Der Landesvorstand der ÖDP NRW wird die Entwicklung des im Landtag NRW geplanten Gesetzesentwurfs weiterhin verfolgen und, wenn nötig, erneut mit einem sogenannten Organstreitverfahren gegen die Einführung einer neuen Prozentklausel vorgehen. Dabei werden wir die in den Jahren 1999 und 2008 gemachten Erfahrungen zu nutzen wissen.“

Kontakt: ÖDP-Landesgeschäftsstelle NRW,
Weseler Str. 19–21, 48151 Münster,
Tel. 02 51/ 76 02 76 45, info@oedp-nrw.de

Bayern

Bayerns ÖDP geht an Bord!

Die Parteispitze der bayerischen ÖDP war am 3. August bei der vom Bund Naturschutz organisierten Kultur- und Erlebnis-Schiffahrt auf der Donau. An Bord: ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek, seine Stellvertreterin und Kreisrätin Agnes Becker aus Wegscheid und Vorstandsmitglied Oswald Zöllner fuhren mit, um ein Zeichen für die frei fließende Donau zu setzen. Auch Passaus 2. Bürgermeister und ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold war dabei.

„Die Meldung, dass die Ministerialbürokratie den Donauausbau mit Staustufe und Stichtkanal in den Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans gedrückt hat, ist empörend. Wir vermuten dahinter Seehofers Hauptwidersacher Erwin Huber und sein Netzwerk gegen die wunderschöne Donaulandschaft. Die CSU zählt nach wie vor nicht zu den wahren Freunden der Donau. Wer mit Stau- und Stichtkanal die naturnahe Donau ge-

die Aufkündigung der ÖDP Münster mit der langjährigen Rats-Zusammenarbeit der UWG-MS aufgrund inhaltlicher Differenzen. Nach der Kommunalwahl im Mai 2014 kamen die zwei Münsteraner Mandatsträger der Piratenpartei auf die ÖDP zu. Daraus entstand die Fraktion ÖDP/Piraten, die ihre neuen gemeinsamen Räumlichkeiten – strikt getrennt zwischen Parteien und Fraktion – bezogen hat.

Neben diesem Adresswechsel kommen wieder altbekannte Schwierigkeiten auf die ÖDP NRW zu. Die Parteien im Landtag – allen voran die SPD – fordern seit geraumer Zeit die Wiedereinführung einer Prozenthürde für die NRW-Kommunalparlamente. Nachdem 1999 die 5%-Hürde fiel, wollen die Landtagsparteien nun eine neue Hürde mit 3% errichten. Diese neue „Mitsprache-Verhinderung“ soll sogar in der Landesverfassung verankert werden!

1999 hatte ÖDP NRW vor dem NRW-Landesverfassungsgerichtshof (LVerf.G-Hof) gegen die damalige 5%-Hürde geklagt und das Verfahren gewonnen (Federführung durch den damaligen ÖDP-Landesvorsitzenden Dr. Peter Lorscheid). Ebenso hatte die ÖDP NRW ein weiteres Gerichtsverfahren vor dem LVerf.G-Hof (Münster) im Jahr 2008 gewonnen (Federführung durch den ÖDP-Landesvorsitzenden Gerd Kersting): Bei dieser Klage ging es gegen die sogenannte 1-Sitz-Sperrhürde bei der Kommunalwahl. Auch diese Gesetzesregelung war lt. LVerf.G-Hof verfassungswidrig!



Foto: LVB Bayern

Auf dem Donauschiff „MS Johanna“ vor der Vilshofener Donaubrücke (v.l.): ÖDP-Bezirksrat und Bürgermeister Urban Mangold, Bund Naturschutz-Landesvorsitzender Prof. Dr. Hubert Weiger, der ehemalige Direktor der Landvolkshochschule Niederalteich,

Dr. Josef Rehrl, stellv. ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker, ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek, stellvertretender BN-Landesvorsitzender Sebastian Schönauer und ÖDP-Vorstandsmitglied Oswald Zöller

fährdet, muss mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen“, so ÖDP-Landesvorsitzender Mrasek.

Der niederbayerische ÖDP-Vorsitzende Urban Mangold will in den nächsten Jahren auch an einem vorsorgenden Hochwasserschutz dranbleiben: „Flutpolder und Deiche reichen nicht. Wir brauchen auch natürlichen Hochwasserschutz durch Renaturierung von Flüssen, natürliche Versickerung und Entsiegelung“, so Mangold.

Schluss mit der Geheimnistuerei bei TTIP und TISA!

Die ÖDP Bayern macht durch lokale Aktionen in vielen Städten und Landkreisen gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA mobil. Die bayerische ÖDP hat hierfür Aktionsvorschläge erarbeitet, die sich auch zur Behandlung in den kommunalen Gremien eignen. Wichtig ist, dass jetzt die schädlichen Auswirkungen diskutiert werden, die die Freihandelsabkommen auf die kommunale Planungs- und Gestaltungshoheit haben können. Dabei geht es um Bereiche wie Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, Trinkwasserversorgung oder auch den öffentlichen Nahverkehr.

Die Mandats- und Funktionsträger der bayerischen ÖDP finden die Vorschläge im Intern-Teil auf www.oedp-bayern.de unter Aktionen → Bayern. Rückfragen beantwortet die ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern unter Tel. 08 51/ 93 11 31.

Klausurtagung des ÖDP-Landesvorstands

In einer Klausurtagung hat der ÖDP-Landesvorstand Bayern die Weichen für die nächsten Jahre gestellt: Ein großes Anliegen ist der bayerischen ÖDP-Spitze dabei die optimale Zusammenarbeit mit dem neuen Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner. Seine Initiativen und seine herausgehobene Rolle als einziger MdEP in der bayerischen Landeshauptstadt sollen auch in der ÖDP-Parteiarbeit optimal genutzt und vernetzt werden.

Kurzfristig geplant sind ferner Aktionen zu den Freihandelsabkommen, eine Unterstützung der Klagen gegen den Braunkohletagebau und Aktivitäten für eine wirkungsvolle Hochwasser-Vorsorge. Mit Otto Feldmeier, dem neuen Landesbeauftragten Hochwasserschutz, wird es auch hierbei lokalisierbare Ideen und Initiativen geben.



Foto: LVB Hamburg

Auf dem Bild zu sehen sind v.l.n.r., hintere Reihe: Klaus Mrasek (Landesvorsitzender), Stephan Treffler (stellv. Landesvorsitzender), Dr. Hermann Schweiger (Bundesvorstand), Franz Hofmaier, Urban Mangold (Landesgeschäftsstelle), Oswald Zöller,

Jörn Rüter (Landesgeschäftsstelle), Manuela Forster v.l.n.r., vordere Reihe: Gerhard Mai (Landesschatzmeister), Agnes Becker (stellv. Landesvorsitzende), MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner, Gabriela Schimmer-Göresz (Beisitzerin des Landesvorstands)

Zur Verbesserung der Parteistruktur soll es unter anderem Regionalkonferenzen in Zusammenarbeit mit den Bezirksvorständen geben, Internet- und Typo3-Schulungen, die Realisierung eines Premium-Antrags-Verzeichnisses und verschiedene Initiativen für eine verstärkte Mitgliederwerbung.

Kontakt: ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern,
Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel. 08 51/ 93 11-31, bayern@oedp.de

Hamburg

Drei Mandate in Hamburg?

Norddeutschland ist in den Augen vieler ÖDP-Mitglieder ein weißer Fleck auf der Landkarte. Viele Urlauber, die im letzten Sommer durch Hamburg spaziert sind, haben daher erstaunt die Plakate der ÖDP wahrgenommen. Mit der Plakatierung mehrerer Vortrags-Veranstaltungen in der Hamburger Innenstadt und etlichen Infoständen haben wir weit vor der Bundestagswahl und zwischen den Wahlen Präsenz gezeigt.

Gleichzeitig zur Europawahl im Mai fanden in Hamburg die Wahlen zu den Bezirksversammlungen statt,

zu denen wir nur im Stadtteil Bergedorf angetreten sind. Bei der Plakatierung wurde bewusst die Bekanntheit der Kandidaten genutzt. Dank der Unterstützung der benachbarten Landesverbände für die Anschaffung von Plakatträgern und zusätzlicher kostenloser Plastikplakate des Bundesverbands konnten wir hamburgweit 700 (davon in Bergedorf 400) Plakate stellen und 15.000 Faltblätter an Passanten und Haushalte verteilen. Das sollte sich am Ende auszahlen: Neben einem Zuwachs von über 80 % bei der Europawahl reichten die Ergebnisse bei unserem ersten Wahlantritt zur Bezirkswahl in Bergedorf von 1,3 % der Stimmen für die Bezirksliste (96.000 Wahlberechtigte) über 5,9 % für die Wahlkreisliste Neuallermöhe (16.500 Wahlberechtigte) bis hin zu 12,3 % für die Wahlkreisliste in der direkten Nachbarschaft unserer ÖDP-Landesgeschäftsstelle (1.200 Wahlberechtigte).

Anhand der Zahlen der Wahlberechtigten kann jeder nachvollziehen, wie viele Sitze in den verschiedenen kommunalen Parlamenten die ÖDP in einem Flächenland bekommen hätte. Leider gibt es in Hamburg aber nur relativ große Einheiten, in denen gewählt wird. Hamburg wählt seine Bezirksversammlungen in sieben Bezirken und kennt keine Ortsbeiräte (z.B. München

dagegen hat 25 Stadtbezirke und Bremen 22 Ortsbeiräte). Und damit die großen Parteien keine Mandate abgeben müssen, wurde nach der Abschaffung der 3%-Hürde durch das Landesverfassungsgericht diese Hürde von SPD, CDU und Grünen sechs Monate vor der Wahl sicherheitshalber direkt in die Landesverfassung geschrieben. Dadurch erhielten wir in Hamburg nicht drei, nicht ein, sondern leider kein Mandat. Aber wir lassen uns nicht entmutigen und wissen, dass wir mit einer weiter steigenden Bekanntheit, guten Initiativen und mehr Kandidaten auf der Bergedorfer Liste in fünf Jahren durchaus Chancen haben, auch eine 3%-Hürde zu nehmen.

Hilfreich auf diesem Weg wäre eine jährliche finanzielle Mindestausstattung (die mehr als nur die Lagerung der Plakatträger und zwei Landesparteitage ermöglicht), bis wir uns durch steigende Mitgliederzahlen und Wählerstimmen selber tragen können. Wer uns bis dahin finanziell oder durch tatkräftige Mithilfe z.B. jetzt beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften für die nächste Bürgerschaftswahl unterstützen möchte, ist herzlich willkommen. Weitere Infos finden Sie auf unserer Homepage www.oedp-hamburg.de.

Rückkehr der 3%-Hürde?

Berlin und Hamburg haben sie wieder eingeführt, Politiker in Nordrhein-Westfalen fordern sie: Die 3%-Hürde ist wieder im Gespräch. Schnell vergessen wird dabei von den Kommunalpolitikern das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Europawahl, das die 2008 in seinem Urteil über die Verfassungswidrigkeit der Prozenzhürde auf Ebene der Kommunen festgestellten Bedingungen für verfassungskonforme Prozenzhürden weiter verschärft hat.

Aber der Reihe nach: Nach diversen Klagen unterschiedlicher Parteien, Änderungen der Kommunalverfassungen mit der Direktwahl von Bürgermeistern und einer geänderten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts waren für eine kurze Zeit in allen Bundesländern sämtliche Prozenzhürden bei der Wahl der Kommunalparlamente abgeschafft. Andeutungen in den Ausführungen der Verfassungsrichter weckten jedoch Begehrligkeiten: Bei nachgewiesener oder drohender Funktionsunfähigkeit der Parlamente oder wenn man die Verfassung umschreibe, sollte nach Ansicht einiger Experten die (Wieder-)Einführung einer Prozenzhürde möglich sein. Berlin hat es vorgemacht, Hamburg folgte: Beide Stadtstaaten haben die 3%-Hürde in die Landesverfassung geschrieben. Eine Klage da-

gegen vor dem Landesverfassungsgericht in Berlin blieb ohne Erfolg. Nach dem Urteil des BVerfG zur Europawahl und aufgrund der anders strukturierten Bezirke in Hamburg wird der Hamburger Landesvorsitzende Volker Behrendt mit Unterstützung der ÖDP auch in Hamburg eine Klage auf den Weg bringen.

Aber egal, wie das Ergebnis aussehen wird: Die Hoffnung der Politiker z.B. in NRW, dass das Vorgehen der Stadtstaaten zur Blaupause für die Flächenländer werden könnte, sollte das nicht befördern. Im Gegensatz zu den mit nur sehr geringen Befugnissen ausgestatteten Bezirksversammlungen in Hamburg (die lediglich Ausschüsse der Verwaltung darstellen), werden die Kommunalparlamente in den Flächenländern durch Art. 28 GG geschützt. Der Grundsatz der Gleichheit der Wahl, das Recht auf Wahlgleichheit und Chancengleichheit der Parteien finden bei ihnen unmittelbare Anwendung. Das Gegenargument der (drohenden) Funktionsunfähigkeit der Parlamente sollte die ÖDP in den betroffenen Ländern dennoch bewusst aufgreifen. Dort, wo die großen Parteien derzeit Sitzungsmarathons stattfinden lassen und damit eine mögliche Funktionsstörung in Kauf nehmen, sollte sie durch positive Beispiele aus anderen Kommunen und Vorschlägen von praktikablen Geschäftsordnungen den Befürwortern der 3%-Hürde den Wind aus den Segeln nehmen und die Debatten darüber im Keim ersticken.

*Kontakt: Landesvorsitzender Volker Behrendt,
Tel. 0176/ 57 39 58 93, info@oedp-hamburg.de*

Weihnachtsurlaub 2014/2015

Die Bundesgeschäftsstellen haben wie folgt Urlaub:

Büro Berlin:

20. Dezember 2014 bis 4. Januar 2015

Büro Würzburg:

20. Dezember 2014 bis 6. Januar 2015

Büro Mainz:

20. Dezember 2014 bis 11. Januar 2015

Abrechnungen 2014

Alle Abrechnungen für dieses Jahr müssen bis **spätestens 15. Dezember** bei den zuständigen Gliederungen eingereicht sein. Alle nach diesem Termin eingereichten Abrechnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Wachstum ohne Grenzen? Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

öd

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- Aktives Mitglied
 Schnuppermitglied
 Förderndes Mitglied

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße / Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ / Ort

.....
Tel. / Fax

.....
Handy

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Gebustag

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommersgasse 197070 Würzburg
Tel. 0931/ 40486-0 | Fax 0931/ 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
 Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
 ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
 Ich zahle freiwillig 12 Euro/ Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
 Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
 Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

X
Datum, Unterschrift

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung! Unsere Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft Kto-Nr.: 981 52 00 | BLZ: 700 205 00

Vielen Dank!

Zusammengestellt von Pablo Ziller

BAK „Frauen in der ÖDP“ wählt Vorstand

Am 12.07.2014 trafen sich zehn Mitgliedsfrauen in München zur konstituierenden Sitzung des Bundesarbeitskreises „Frauen in der ÖDP“, der inzwischen bereits 16 Mitglieder aus drei Bundesländern zählt.

Jeweils ohne Gegenstimmen wurde Roswitha Bendl aus Erding und Agnes Becker aus Passau zur Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Beisitzerinnen sind Petra Franek aus Augsburg, Brigitte Streit aus Augsburg und Bettina Günther aus München.

Der ÖDP-Satzung gemäß arbeiten Arbeitskreise in ihren Themenfeldern der Bundespartei und ihren Gremien mit Vorgaben und Diskussionsbeiträgen zu.

Der BAK hat sich bereits ein weites Themenspektrum vorgenommen, wird aktuelle Entwicklungen und Beschlüsse zu frauen- und geschlechtsspezifischen Themen in Politik, Gesellschaft und Verbänden verfolgen, diskutieren, bewerten und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Mit einer ersten Pressemitteilung zum aktuellen Quotengesetzentwurf des Kabinetts wurde die Arbeit bereits begonnen. Aufgrund der großen Distanzen und der Eingebundenheit der Frauen in andere Gremien der Partei wird die Arbeit hauptsächlich über das Internet abgewickelt werden.

Interessentinnen an einer Mitgliedschaft im BAK können diese bei der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg (info@oedp.de) anmelden.

Bürgermeister für den Frieden – mayors for peace

Im August 1945 wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki durch den Abwurf von Atombomben innerhalb weniger Augenblicke in Aschewüsten verwandelt. Eine große Anzahl von Menschen verlor ihr Leben.

Damit sich solche Tragödien auf dieser Erde nie mehr wiederholen, haben sich die beiden Städte vereint und fordern gemeinsam die Abschaffung der Kernwaffen. In der Überzeugung, dass sich die Katastrophe der Atombombe niemals wiederholen darf, wurde die Konferenz der Bürgermeister für den Frieden auf Initiative der beiden Städte Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1982 gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, versuchen die Mayors for Peace, Einfluss auf die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu nehmen.

Die Mitgliedschaft in Mayors for Peace ist eine Form des Ausdrucks, dass die Städte Verantwortung übernehmen für eine friedvolle Welt. Zum 1. Juli 2014 waren es bereits 6.127 Mitglieder weltweit, davon 416 in Deutschland, die sich für eine internationale atomare Abrüstungsinitiative einsetzen. Der Beitritt ist kostenlos. Vielleicht möchten Sie sich ja auch in Ihrer Kommune für einen Beitritt zu diesem Bündnis starkmachen.

Weitere Informationen und Hintergründe finden Sie unter www.mayorsforpeace.de

*Kontakt: Mayors for Peace Deutschland,
Büro Oberbürgermeister, Trammplatz 2, 30159 Hannover*



Der BAK Frauen auf seiner konstituierenden Sitzung

Foto: BAK Frauen



Michael Bettinger

Ein Nachruf von Agnes Becker

Die ÖDP hat am 28. August einen Freund und politischen Weggefährten verloren: Michael Bettinger, langjähriges Mitglied des Bundesvorstands und Landesvorstandsmitglied in Bayern, Bezirksvorsitzender in Schwaben von 1997 bis 2002, Mitglied im Bezirksvorstand Schwaben, stellvertretender Kreisvorsitzender und ÖDP-Kreisrat im Landkreis Aichach-Friedberg.

Über 20 Jahre lang war Michael Bettinger Mitglied der ÖDP. Er hat tatkräftig mitgeholfen, die Partei in Schwaben, im Landkreis Aichach-Friedberg, in Bayern und im Bund aufzubauen. Er war 1994 Gründungsmitglied und freute sich darauf, das 20-jährige Bestehen des Kreisverbands Aichach-Friedberg am 21. September zu feiern.

Bis zum Schluss arbeitete Michael Bettinger unermüdlich im Kreisvorstand an der erfolgreichen Verankerung der ÖDP vor Ort mit. Zuletzt konnte er sich im März 2014 mit seinen ÖDP-Kollegen über den erstmaligen Einzug der ÖDP in den Friedberger Stadtrat sowie über ein weiteres ÖDP-Mandat im Kreistag freuen, dem er selbst viele Jahre als Einzelkämpfer angehörte.

Auch überregional engagierte sich Michael Bettinger für die ÖDP über viele Jahre hinweg als Mitglied im Bundesvorstand, Landesvorstand und auf

Bezirksebene. Den Bezirksverband Schwaben führte er von 1997 bis 2002 als Vorsitzender, zuletzt als Beisitzer. Seine langjährige Arbeit für die ÖDP im bayerischen Landesvorstand (1997–2009) war geprägt von großer Verlässlichkeit, Fleiß, großem Fachwissen und von Menschlichkeit. Seine wichtigsten Anliegen waren neben der Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien auch das familiengerechte ÖDP-Rentenmodell und, sicherlich auch seinem Lehrerberuf geschuldet, die Bildungspolitik. Bis zuletzt unterstützte Michael Bettinger die Landespartei als Beauftragter für Bildungspolitik.

Wir verlieren mit ihm einen ehrlichen, aufrichtigen und engagierten Menschen, der für seine ökologischen und demokratischen Überzeugungen nicht nur geworben, sondern diese auch gelebt hat. Als Vertreter der ÖDP hat er sich im Landkreis Aichach-Friedberg und darüber hinaus in ganz Bayern einen Namen gemacht. Michael Bettinger hat Spuren hinterlassen.

Sein plötzlicher Tod macht uns betroffen und ratlos. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Ursula und seiner Familie. Sein gelebtes Engagement für die Ökologie und den Erhalt unserer Schöpfung ist uns Vorbild und Verpflichtung. Danke Michael.

Zusammengestellt von Pablo Ziller

Situation weiblicher Flüchtlinge darf nicht zu kurz kommen

Anlässlich des Tags des Flüchtlings und der interkulturellen Woche hat die Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Frauen in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Roswitha Bendl, dazu aufge-



Roswitha Bendl

rufen, die häufig besonders prekäre Situation von weiblichen Flüchtlingen und Asylbewerberinnen in den Blick zu nehmen und auf eine angemessene Berücksichtigung ihrer Nöte zu achten.

Das Schicksal von Flüchtlingen, die häufig vor, während und nach der Flucht Fürchterliches erleben, könne derzeit niemanden kaltlassen, der aufmerksam das Weltgeschehen verfolge. Dabei gehe angesichts der immensen Herausforderungen für die aufnehmenden Länder oft unter, dass es gerade Frauen und Mädchen sind, die unter Gewalt und Fremdbestimmung besonders litten. Angesichts der großen Zahl von Traumatisierungen sei deshalb nicht nur eine adäquate normale Gesundheitsversorgung vonnöten, es müsse vor allem die zeitnahe Möglichkeit psychosozialer Beratung und Betreuung verbessert werden.

„In den Aufnahmelagern und Unterkünften muss das gesteigerte Sicherheitsbedürfnis von Mädchen und Frauen und die Schaffung wenigstens einer minimalen Privatsphäre sichergestellt werden.“ Ohne einen vernünftigen und deutlich besseren Schlüssel für Kräfte in der sozialen Beratung und Betreuung



sei dies nicht zu schaffen – Nachbesserungen sind dringend überfällig.

Bendl appellierte an alle Frauen und besonders die Frauen in der ÖDP, sich als ehrenamtliche Helferinnen gerade auch dieser speziellen Anliegen anzunehmen und Wohlfahrtsverbände und Behörden zu unterstützen.

Tiertransporte zu nahe liegendem Schlachthof!

Laut einem Bericht des deutschen Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) über durchgeführte Kontrollen von Tiertransporten wurden auch im Jahr 2013 wieder zahlreiche Mängel festgestellt. Knapp ein Viertel der kontrollierten Schweine-, 34 % der Schaf- und 38 % der Rindertransporte wurden beanstandet. Die häufigsten Verstöße: Überladung der Fahrzeuge, falsche Anbindung der Tiere, defekte Lüftungsanlagen und fehlende Wasserversorgung.

Die ÖDP fordert schon lange, Schlachtiertransporte nur bis zu einem nahe geleg-

enen Schlachthof zuzulassen und Langzeittransporte zu verbieten. „Es werden tonnenweise tiefgekühlte Lebensmittel quer durch Europa transportiert, warum soll dies nicht auch beim Fleisch möglich sein? Lebend-Tiertransporte bedeuten

immer großen Stress und viel zusätzliches Leid für die Tiere“, sagt dazu Ludwig Maier, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik der ÖDP. Weitaus schonender für die leidenden Tiere, so die Meinung der Öko-Demokraten, sind dezentrale Schlachthöfe, mobile Schlachtanlagen und eine handwerkliche Verarbeitung der Tiere. „Eben das ist jedoch nur mit einer bäuerlichen Landwirtschaft, einer bodengebundenen Tierhaltung und einer Abkehr von der Weltmarktorientierung der Fleischproduktion möglich“, unterstreicht Ludwig Maier.

Ukraine-Krise – Atomphysiker Buchner (MdEP) sieht AKWs in großer Gefahr!

Der EU-Abgeordnete Klaus Buchner der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) fordert von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier mehr Engagement zur Sicherung der durch Kampfhandlungen potenziell gefährdeten ukrainischen Atomkraftwerke. Der emeritierte Atomphysiker engagiert sich seit 30 Jahren gegen die Atomenergie und ist über die aktuelle Sicherheitslage der ukrainischen Reaktoren sehr besorgt.

Insbesondere das größte europäische Atomkraftwerk Saporoschje im Südosten der Ukraine ist durch die Kampfhandlungen akut gefährdet. Es liegt auf halbem Weg zwischen der umkämpften Stadt

Donezk und der Krim. Zwar ist Donezk etwa 200 Kilometer entfernt, befindet sich aber in Reichweite der „Grad“-Raketen, die in den kriegerischen Auseinandersetzungen dort eingesetzt werden. Falls die Kampfhandlungen noch näher heranrücken sollten, wären auch andere Waffen und Kampfflugzeuge eine weitere Gefahr für das AKW. Zurzeit wird das AKW von der ukrainischen Armee nur gegen das Eindringen von Terroristen geschützt.

„Es ist dringend nötig, das Kraftwerk in Saporoschje abzuschalten und die verbrauchten Brennelemente zu entfernen, die dort in Behältern unter freiem Himmel gelagert werden“, so Klaus Buchner. Das AKW besteht aus sechs russischen Reaktoren des Typs WWER 1000/320, die zwischen 15 und 30 Jahre alt sind.

Zur weiteren Entschärfung der Situation wünscht sich Buchner die Möglichkeit, dass Deutschland der Ukraine technische Hilfe zur Verfügung stellt. Professor Klaus Buchner zeigte sich sehr enttäuscht darüber, dass die zuständige Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) der Ukraine die angeforderte Hilfe für das Atomkraftwerk vor Kurzem verweigert hat und als nationale Angelegenheit nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich sieht.

Der Atomphysiker erläuterte, dass die in Deutschland vorhandenen Simulationsanlagen die unterschiedlichen Unfall-Szenarien untersuchen könnten. Als weitere Hilfestellung schlägt Buchner vor, Castor-Behälter zur Verfügung zu stellen, um die verbrauchten Brennelemente aus dem Gefahrengebiet zu

transportieren. Zudem könnte der Ukraine überschüssiger Strom aus dem deutschen Netz als Ersatz für den Produktionsausfall zum Selbstkostenpreis angeboten werden.

Darüber hinaus befinden sich noch fünf weitere Atomkraftwerke in der Ukraine. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ukraine kein atomares Endlager besitzt. Eine große Menge hoch radioaktiven Atomabfalls lagert deshalb auf dem Kraftwerksgelände von Saporoschje. Die NATO hat bereits im Mai empfohlen, die möglichen Sicherheitsmaßnahmen im Falle von Krieg und Besetzung zu prüfen. „Die Bundesregierung muss nun dringend reagieren und auf die atomare Gefährdung in der Ukraine mit entsprechenden Sicherungsmaßnahmen reagieren. Es ist offensichtlich, dass ein Angriff auf die Anlagen eine Katastrophe für die Ukraine und ganz Europa bedeuten würde“, so Klaus Buchner in Brüssel.

EU-Kommission lehnt Bürgerinitiative ab

Dem aus knapp 230 zivilgesellschaftlichen Organisationen bestehenden Bündnis „Stop TTIPP“ wurde heute überraschend von der Europäischen Kommission mitgeteilt, dass die geplante Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die internationalen Handels- und Investitionsverträge Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) und Comprehensive Economic and

Trade Agreement (CETA) nicht zugelassen wird.

Die Ablehnung wurde damit begründet, dass die Verhandlungsmandate zu TTIP und CETA keine Rechtsakte, sondern interne Vorbereitungsakte zwischen den EU-Organen seien und deshalb durch eine Europäische Bürgerinitiative nicht anfechtbar sind. Außerdem könne die Kommission keine negativen Ratifizierungsvorschläge machen und insofern der Forderung der Initiative, die Verhandlungen über CETA und TTIP nicht abzuschließen, auch nicht nachkommen.

Der Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) Sebastian Frankenberger ist über diese Nachricht schockiert: „Der EU-Kommission scheint der Wille der europäischen Bürgerinnen und Bürger völlig egal zu sein! Mit juristisch streitbaren Positionen wird hier gegen ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis gearbeitet.“

Frankenberger verweist darauf, dass die gleiche Argumentation auch schon gegen die erste erfolgreiche Bürgerinitiative mit dem Namen „Wasser ist ein Menschenrecht!“ vorgetragen wurde. Auch damals hatten diese Argumente keine juristische Grundlage gehabt. „Nun versucht es die Kommission

erneut und führt damit Europas Bürgerinnen und Bürger im Interesse der europäischen Konzerne vor. Wir werden uns das nicht bieten lassen und jetzt noch massiver gegen CETA und TTIP kämpfen. Die Kommission wird sich noch wundern, was sie mit ihrem fatalen Politikstil anrichtet.“ Auch schließt Sebastian

Frankenberger juristische Mittel vor dem Europäischen Gerichtshof nicht aus.



Prof. Dr. Klaus Buchner



Ludwig Maier



Sebastian Frankenberger

Allgemeine Zuschriften

Die ÖDP und Esperanto

Seit mehr als 15 Jahren nutze ich die internationale Sprache Esperanto u. a. natürlich auch für meine Korrespondenz zu vielen Esperantisten im In- und Ausland. Als ehemaliger Lehrer denke ich gerne an „meine“ Esperanto-Projektwochen und Arbeitsgemeinschaften zurück. Jetzt freue ich mich besonders darüber, dass Esperantisten sich nun auch von der ÖDP Unterstützung erhoffen können. Inzwischen gibt es ja sogar schon das Heft „Die ÖDP stellt sich vor“ auf Esperanto zum Download auf der ÖDP-Homepage.

Nun aber mal ehrlich: Kennen SIE Esperanto?

Hoffentlich kommt jetzt nicht: „Ja, davon hab ich schon mal was gehört, aber das hat sich ja nie durchgesetzt.“ Denn, wenn Sie das so formulieren, gebe ich zurück, was ich schon sehr häufig bei meiner Mitarbeit im Wahlkampf auf den Straßen in Hamburg über die ÖDP gehört habe. Meistens hört man, dass man von unserer Partei überhaupt noch nichts gehört hat. Und wenn, dann kommt oft so ein Satz, wie eben oben im Zusammenhang mit Esperanto.

Trösten wir uns. Vom Esperanto-Verein Hamburg kenne ich folgende kleine Weisheit: „Gute Ideen brauchen manchmal eine längere Zeit, um sich schließlich durchzusetzen.“

Klaus Friese, 21035 Hamburg

Weiter so!

Die aktuelle Ausgabe unserer Zeitschrift ist wiederum äußerst informativ und bringt aufschlussreiche Beiträge zu sehr wichtigen Themen, die unbedingt stärker in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollten. Beim ersten Blättern im Heft weckten die Artikel zur Mediennutzung und über die möglichen negativen Folgen der Digitalisierung sogleich mein Interesse, da ich dank des Hinweises durch eine Buchbesprechung in einer Journalausgabe im letzten Jahr kürzlich das Buch „Mythos Mobilfunk“ von Werner Thiede mit Spannung und großem Gewinn für mein diesbezügliches Wissen, aber durchaus auch mit Auswirkung auf die Mediennutzung in meinem persönlichen Alltag gelesen habe. Die Artikel hierzu im neuen Heft tragen zu einem erweiterten Verständnis bei und ich las mit Freude, dass zum Thema in der nächsten Ausgabe weitere Aufsätze folgen werden. Vielen Dank auch für die Literaturhinweise, die u. a. auf ein neueres von Werner Thiede verfasstes

Buch hinweisen, das ich demnächst wohl gerne lesen werde. Verfolgen Sie diese wichtige Thematik bitte weiterhin in so qualifizierter Weise.

Ferdinand Traurig, 81739 München

Werbe-Beilage in der ÖkologiePolitik

Als ÖDP-Mitglied bin ich doch sehr erstaunt, dass im ÖDP-Journal eine Werbe-Beilage eines Finanzdienstleisters zu finden ist. Für mich ergibt dies einen faden Beigeschmack. Begründung: 1. Die ÖDP ist glücklicherweise eine Partei, die keine Firmenspenden annimmt und diese gesetzlich immer noch erlaubte „Bestechungspraxis“ auch bekämpft. Eine Firmenwerbung im Partejournal erscheint mir da doch recht eigentümlich. 2. Gerade in einer Zeit, in der die Prokon-Pleite den „Blätterwald“ beherrscht und die sog. „Nachrangigen Darlehen“ als Finanzprodukte des „Grauen Finanzmarkts“ für Privatanleger als zu gefährlich beschrieben werden, ja sogar in der Politik überlegt wird, ob dieses Finanzprodukt nicht für Privatanleger verboten werden sollte, ist diese Werbung in einer ÖDP-Zeitschrift m.E. geradezu irrwitzig. Selbstverständlich hat dies nichts mit der Seriosität der Anbieterfirma zu tun. Meine Frage: Warum wird diese Werbung im ÖDP-Journal praktiziert?

Günter Grzega, 91757 Treuchtlingen

Antwort des ÖDP-Bundesvorsitzenden

Vielen Dank für Ihre Zuschrift, die ich voll und ganz verstehen und unterstützen kann. Bisher gab es hier keine klare Regelung bezüglich derartiger kostenloser Beilagen in der ÖkologiePolitik. Der aktuelle Bundesvorstand hat aber bereits im Frühjahr und letzte Woche bei einer Telefonkonferenz nochmals klargestellt, dass im Mitgliedermagazin der ÖDP überhaupt keine Werbung zugelassen wird. Leider war dies aber für die aktuelle Ausgabe zu spät. In Zukunft sollten Sie also

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Dezember 2014** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (030) 49 85 40 50, presse@oedp.de

keine Werbung mehr erhalten. Wir fordern Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit und das sollten wir unbedingt selber vorleben!

Ich bitte also zu entschuldigen, dass es Versäumnisse gab, die wir aber jetzt aufgearbeitet haben.

*Sebastian Frankenberger,
amtierender Bundesvorsitzender der ÖDP*

Zum Titelthema „Digitalisierung des Alltags“

Artikel verweisen ins Internet

Lobenswerterweise schreiben Sie in ÖkologiePolitik August 2014 über die Gefahren des Internet. Warum aber treiben Sie den Teufel mit dem Beelzebub aus, indem sie viele Artikel mit Internetadressen zieren? Ich bin Totalverweigerer der Computerei und wünsche mir Briefe und Postadressen. Auch kann ich das Wort „Vernetzung“ nicht mehr hören. Ich glaube daran, dass es viele Menschen gibt, die sich engagieren und Gutes tun, aber ich muss doch nicht von jedem Einzelnen wissen.

Johannes Jacobs, 61476 Kronberg

Zum Leserbrief von Sonja Berchhold

Schluss mit den Klischees

Was sind „spezifische Probleme und Anliegen“ von Frauen? Dazu fallen mir spontan „nur“ Schwangerschaft, Geburt, Stillen und die Regelblutung ein. Und was sind denn bitteschön „die spezifischen Stärken und Kompetenzen, die Frauen in die Politik einbringen könnten“? Sich stylen, Sonderangebote von Aldi und Lidl „studieren“, bei Ebay Kleidung ersteigern und viel Kuchen für den Kindergarten und die Schule zu backen, damit dieser verkauft werden kann, um diese Bildungseinrichtungen zu sponsern. Ach ja, fernsehen sollte auch nicht vergessen werden. Wo sind denn die Frauen, die über ihren Tellerrand gucken? Wer macht denn beispielsweise bei einer Demonstration am Muttertag mit? Und: Wer hat denn diese angeblich durchsetzungsstarken Männer in erster Linie gezogen? Schluss mit Klischees.

Petra Franek, 86199 Augsburg

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Dezember 2014**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (0931) 4 04 86-0,
Fax (0931) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de
Pablo Ziller (pz)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
presse@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Agnes Becker, Volker Behrendt, Roswitha Bendl,
Angela Binder, Ulrike Brandhorst, Ulrich Brehme,
Prof. Dr. Klaus Buchner, Matthias Dietrich, Angela Frank,
Sebastian Frankenberger, Edgar Guhde, Benjamin Jäger,
Franziska Kliemt, Dr. Claudius Moseler, Dr. Johannes Resch,
Jörn Rüter, Dr. Michael Stöhr, Hermann Striedel

Gastautoren

Uwe Buermann, Felix Finkbeiner,
Jörn Gutbier, Peter Hensinger

Interviewpartner

Prof. Dr. Stefan Bauberger SJ, Prof. Dr. Werner Thiede

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. (030) 49 85 40 50
pablo.ziller@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.



VORSCHAU

ÖkologiePolitik im Februar 2015

Meinungsmanipulation

Ist die Welt so, wie sie uns erscheint? Was ist wahr? Mit zunehmender Komplexität und Informationsüberflutung sind objektive Beurteilungen schwierig geworden. Meinungen sind häufig das Resultat gezielter Desinformation und manipulierter Gefühle, das Ergebnis strategisch geplanter Kampagnen von PR-Agenturen, die das Spiel mit Bildern und Begriffen gekonnt beherrschen. Konzerne, Lobbyorganisationen und Politiker nutzen deren Dienste, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Ziele sind dabei vielfältig und reichen vom Greenwashing bis zur Kriegspropaganda. Die Prinzipien sind allerdings teilweise schon recht alt und oft leicht zu durchschauen. Trotzdem funktionieren sie – was auch daran liegt, das selbst vormals kritische Medien heute viel zu oft bedenkenlos nachplappern, was ihnen die Meinungsmacher vorbeten.

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!



TERMINE

Sa. 08.11.2014	Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz (Koblenz)
Sa./So. 15.–16.11.2014	ÖDP-Bundesparteitag (Erlangen)
Sa. 22.11.2014	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (Stuttgart)
So. 15.02.2015	Bürgerschaftswahl in Hamburg
Sa./So. 11.–12.04.2015	ÖDP-Bundesparteitag (Dietzenbach)
So. 10.05.2015	Bürgerschaftswahl in Bremen
Frühjahr 2016	Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
Frühjahr 2016	Landtagswahl in Baden-Württ.
Frühjahr 2016	Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

Meine Familie
ist infiziert!



Mein Iphone
ist verbogen!

